

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR
FASCHISMUS- UND
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

**BULLETIN
Nr. 8**

**Thema:
Probleme der Widerstandsforschung**

1997

INHALTSVERZEICHNIS

Thema

Werner Röhr

Deutsche Widerstandsforschung 1994/95 – Fragen und Probleme 3

Terje Halvorsen

Die Sabotageorganisation von Asbjörn Sunde
und der kommunistische Widerstand in Norwegen 86

Bibliographien

Wissenschaftliche Publikationen von Günther Wieland 101

Wissenschaftliche Publikationen von Paul Heider 105

Veranstaltungen im ersten Halbjahr 1997 113

Information an unsere Leser 118

[2:]

AUTOREN DES HEFTES

Werner Röhr

Prof. Dr. sc. phil., Historiker, Berlin

Terje Halvorsen

Prof., Historiker, Universität Lillehammer, Norwegen

Margarete Piesche

Dr. phil., Historikerin, Berlin

[3:]

WERNER RÖHR

Deutsche Widerstandsforschung 1994/95. Fragen, Probleme, Kritiken¹

1. Vorbemerkungen

In das Jahr 1994 fiel der 50. Jahrestag des Attentats vom 20. Juli 1944. Das Jubiläum gab den Anlaß für zahlreiche Bücher und Artikel über dieses Ereignis und darüber hinaus zur Geschichte des deutschen Widerstandes gegen den Hitlerfaschismus.² Die Haupttendenz in dieser Literatur ist nach einem Wort von Ulrich Heinemann die „Arbeit am Mythos“³, d. h. eine „schleichende Aktualisierung historiographisch längst überwunden geglaubter Deutungsmuster“ des 20. Juli 1944, und zwar eine Idealisierung wie Überschätzung von Ausmaß und Bedeutung der Widerstandskräfte der konservativen Funktionseliten einerseits, eine erneute Verkürzung des kommunistischen Widerstandes andererseits. Norbert Frei sieht in der Welle dieser Jubiläumsliteratur die „Verstärkung eines schon seit geraumer Zeit in Gang befindlichen methodischen und interpretatorischen Richtungswechsels innerhalb der Widerstandsforschung und -diskussion“.⁴

[4:] Unter den Arbeiten der letzten drei Jahre sind nicht wenige Werke, die den Anspruch erheben, eine wissenschaftliche Analyse sowohl des Widerstandes selbst als auch der Probleme seiner Erforschung zu bieten. So erschienen 1994 zwei Lexika, eines herausgegeben von Peter Steinbach und Johannes Tuchel⁵, das zweite von Wolfgang Benz und Walter Pehle.⁶ Das politisch wichtigste und mit Beiträgen von 38 Historikern wissenschaftlich anspruchsvollste Überblicksband ist zweifellos der von Peter Steinbach und Johannes Tuchel herausgegebene Band „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“⁷. Die Herausgeber verstehen ihn als Widerspiegelung des Forschungsstandes⁸, der in der betonten Vielfalt des Inhalts und der Perspektiven des Widerstandes eine „Herausforderung für die Deutung der Vergangenheit in unserer Gegenwart“ darstelle.⁹ Dieser Band soll im Mittelpunkt der folgenden Analyse stehen.

Der Rezeption und der Bewertung des deutschen Widerstandes gegen das Hitlerregime in der deutschen und der ausländischen Öffentlichkeit sowie in der Historiographie widmen sich 17 Historiker in einem von Gerd R. Überschar herausgegeben Band, dessen Beiträge das im Titel genannte Spektrum weit überschreiten.¹⁰ Über diese Bände hinaus werden vor allem jene 1994/95 erschienenen Arbeiten herangezogen, die die Perspektiven des Widerstandes und die Methoden der Widerstandsfor-

¹ Überarbeiteter und erweiterter Text eines Vortrages vom 25. Februar 1996 vor der Adam-Próchnik-Gesellschaft in Warschau. Für Kritik und Anregungen danke ich Hans Coppi, Kurt Finker und Ryszard Nazarewicz.

² Siehe den Überblick über historiographische und publizistische Neuerscheinungen bei Kurt Finker: Der 20. Juli 1944-20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung, Rosa-Luxemburg-Verein Leipzig 1995; Vgl. auch: Aus Politik und Zeitgeschehen. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. B 28/94 vom 15. Juli 1994.

³ Vgl. Ulrich Heinemann: Arbeit am Mythos. Neuere Literatur zum bürgerlich-aristokratischen Widerstand gegen Hitler und zum 20. Juli 1944, in: Geschichte und Gesellschaft, 21 (1995), S. 111-119.

⁴ Norbert Frei: Erinnerungskampf Zur Legitimationsproblematik des 20. Juli 1944 im Nachkriegsdeutschland. In: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft. Festschrift für Hans Mommsen.

⁵ Lexikon des Widerstandes 1933-1945, hg. von Peter Steinbach und Johannes Tuchel, München 1994.

⁶ Lexikon des deutschen Widerstandes, hg. von Wolfgang Benz und Walter Pehle, Frankfurt am Main 1994.

⁷ Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hg. von Peter Steinbach und Johannes Tuchel, Berlin 1994.

⁸ Repräsentativ ist der Band nur für die westdeutsche Forschung und auch das nur eingeschränkt. Die in der DDR geleisteten Forschungen zum Widerstand wurden kaum berücksichtigt, ein thematischer Beitrag dazu befaßt sich allein mit den Forschungen zum 20. Juli 1944.

⁹ Hinsichtlich des historischen Spektrums des Widerstandes können die Beiträge des Bandes kaum als repräsentativ gelten. Viele Autoren können sich auch nicht vom eingeschliffenen Sprachgebrauch lösen, als „deutschen Widerstand“ kurzerhand die Kräfte des 20. Juli zu unterstellen. Analysemuster, die von der westdeutschen Historiographie am Beispiel des 20. Juli gewonnen wurden, sind jedoch für die Untersuchungen anderer Richtungen des Widerstandes nur bedingt geeignet, ja beschränken die Erkenntnisfähigkeit des Forschers.

¹⁰ Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, hg. von Gerd R. Überschar, Köln 1994.

[5:]schung beleuchten.¹¹ Eine Reihe älterer Werke der Widerstandshistoriographie wurde 1994 unverändert wiederaufgelegt.¹² Dies betrifft vor allem den 1985 von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach herausgegebenen Konferenzband mit 64 Beiträgen „Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus“.¹³ In bezug auf das untersuchte Widerstandsspektrum beschränkter, ist diese Arbeit jedoch im Hinblick auf Forschungsprobleme und die Kontroversen um sie genauer als der von Steinbach/Tuchel 1994 herausgegebene Band. Der unveränderte Neudruck 1994 hat den Anspruch auf Gültigkeit noch einmal unterstrichen. Von den in veränderter Fassung 1994/95 neu aufgelegten Arbeiten sei auf den Band „Aufstand des Gewissens“ verwiesen¹⁴, dessen Erstauflage in das Jahr 1984 fiel und der gleichzeitig als Katalog einer Wanderausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes diente. Im Unterschied zur Erstausgabe greifen die Beiträge über den militärischen Widerstand hinaus.

Die folgende Analyse ausgewählter Forschungsprobleme der deutschen Widerstandshistoriographie bezieht sich auf den 1994/95 ausgewiesenen Stand. Ein historischer Längsschnitt und eine Analyse der Entwicklungswidersprüche und -besonderheiten der Widerstandsforschung sind nicht beabsichtigt, allerdings kann von den historischen Aspekten der untersuchten Probleme nicht abgesehen werden. Auch für die zum Zeitpunkt vorliegende Literatur soll kein systematischer Abriss der Forschungsprobleme und -desiderata der Widerstandsforschung gegeben werden. Zweck der Querschnittsanalyse ist es vielmehr, zwei spezifische Problemgruppen herauszuheben:

[6:] Es geht einmal darum, Probleme der Widerstandsforschung, die – wenn auch nicht ausschließlich – Resultat und Bestandteil ihrer eigenen Entwicklung sind, zu benennen. Damit sind vor allem der Widerstandsbegriff selbst, das Problem des Widerstandsrechtes sowie die Legitimität retrospektiver Kritik. Diese Probleme sollen hinsichtlich der Genese, der Konstitution, der begrifflichen Bestimmungen und ihrer oft ambivalenten Folgen, weiterhin hinsichtlich der methodischen Prämissen und Implikationen befragt werden. Ziel dieser Erörterung ist es, einmal Fragen an die Widerstandsforschung zu stellen und zu deren Beantwortung anzuregen, zum anderen durch möglichst zugespitzte Formulierung von Problemen ihr Problembewußtsein zu schärfen, um zur Diskussion herauszufordern.

Anderer Art ist die zweite Gruppe von Forschungsproblemen: Hier handelt es sich um Resultate bzw. Fragestellungen anderer, benachbarter Forschungen zum Faschismus, die für die Widerstandsforschung eine Herausforderung darstellen. Diesen hat sie sich bisher nicht gestellt, so blieben solche Fragen Desiderata. Das betrifft zunächst Forschungen über die Gestapo und die damit zusammenhängenden Handlungsspielräume des Widerstandes. Des weiteren sind mit neueren Forschungen über die Konzentrationslager wichtige Fragestellungen zum Widerstand aufgeworfen. Schließlich werfen Untersuchungen zu den Nachkriegsplanungen im deutschen Faschismus bisher nicht untersuchte Fragen zum Rückhalt der Verschwörer des 20. Juli 1944 in der deutschen Industrie und zum Stellenwert ihrer Nachkriegsplanungen für jene der deutschen Konzerne auf. Solche Untersuchungen sind von unmittelbarer Relevanz für die Widerstandsforschung.

Denn Widerstandsforschung war und ist stets in die Gesamtheit der Forschungen zum Faschismus eingebettet. Ohne die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen jener Politik, der Widerstand geleistet wurde, und den Reaktionen darauf, zwischen Verfolgung und Widerstand, zwischen Massengrundbasis des Naziregimes und Widerstand, bliebe auch die Widerstandsforschung teilweise blind. Eine

¹¹ Vgl. Perspektiven des Widerstandes. Der Widerstand im Dritten Reich und seine didaktische Erschließung, hg. von Gerhard Ringshausen, Pfaffenweiler 1994; Das „andere Deutschland“ im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich, hg. von Helga Grebing und Christi Wickert, Essen 1994.

¹² Ger van Roon: Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick., 6. überarb. Aufl., München 1994.

¹³ Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Hg. von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach. Mit einem Vorwort von Wolfgang Treue, München-Zürich, Neuausgabe 1994.

¹⁴ Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945. Katalog zur Wanderausstellung, hg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Heinrich Walle, 4. Aufl., Herford u. a. 1994.

Selbstisolierung und Konzentration allein auf die Rekonstruktion widerständigen Handelns macht sie begrifflos für viele historische Zusammenhänge, in denen die von ihr untersuchten Akteure tatsächlich wirkten.

Von den neueren Forschungen zu einzelnen Widerstandsorganisationen sollen in der folgenden Analyse nur jene diskutiert werden, für deren Untersuchung sich den Forschern nach 1989/90 neue Quellenbestände öffneten. An ihren Beispielen werden vergleichend Fragen der politisch determinierten Bewertung ihres Widerstandshandelns als „legitim“, „ehren-[7:]haft“, als „Landesverrat“ oder als „Widerstand“ überhaupt diskutiert, die nicht auf einzelne Organisationen oder Richtungen zu beschränken sind. Die historische Erforschung des Widerstandes gegen die faschistische Diktatur war in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften eine politische Angelegenheit. Und sie ist es heute, wo es der nunmehr vergrößerten und souveränen Bundesrepublik Deutschland noch um die nachträgliche Auslöschung aller antifaschistischen Traditionen der DDR geht, allen gegenteiligen Beteuerungen zuwider, erst recht. Seide deutsche Nachkriegsstaaten begründeten ihre historische Rechtfertigung durch den Bezug auf diesen Widerstand, allerdings in sehr unterschiedlicher Weise.¹⁵ Ohne einen Abriß dieser Forschungen zu geben, sollen aber Besonderheiten der Gegenstandswahl und der Forschungsmethodik, die wesentlich aus politischen Determinanten der Widerstandshistoriographie resultierten, als Probleme ihrer Forschungsspezifik benannt werden.

2. Ausgewählte Probleme der Widerstandsforschung

2.1. Kriterien des Widerstandes gegen die Nazidiktatur

In zahlreichen Erörterungen darüber, wie der Widerstand gegen den deutschen Faschismus begrifflich bestimmt werden kann, werden – sei es explizit oder beiläufig – unterschiedliche Kriterien benannt, die sich jeweils auf bestimmte Zusammenhänge als Grundlage des Widerstandes beziehen. Welche dieser Kriterien notwendig bzw. hinreichend sind, ist im einzelnen umstritten. Ihr jeweiliger Stellenwert wird unterschiedlich, ja gegensätzlich bewertet.

a) Widerstand gegen das Naziregime – grundsätzlich oder partiell?

Entscheidend für die Bestimmung von Widerstand ist zunächst jene Politik bzw. Herrschaftspraxis, deren Verwirklichung verhindert, eingeschränkt oder überwunden werden soll. In diesem Sinne ist Widerstand „reaktiv“¹⁶. Umstritten ist in der Literatur vor allem, ob nur Aktionen, die [8:] sich grundsätzlich gegen das faschistische Regime richteten und auf seinen Sturz abzielten, als „Widerstand“ zu fassen wären oder auch all jene, die sich gegen einzelne Verfolgungsmaßnahmen wandten. Wenn der „politische Umgestaltungsanspruch“ zentraler Bestandteil des Widerstandsbegriffs sein soll, Widerstand sich gegen das System richten, auf eine aktive Umgestaltung zielen und „prinzipiell motiviert“ sein soll¹⁷, fielen viele begrenzte Widerstandsakte aus ihm heraus. Solche „widerständigen Reaktionen“ listet Klaus Drobisch¹⁸, wenn er untersucht:

- Widerstand gegen Inhaftierungen und Mißhandlungen
- Aufstehen gegen Judenverfolgung

¹⁵ Die BRD verstand und versteht sich bis heute als Rechtsnachfolger des Hitlerreiches, mit allen rechtlichen Konsequenzen. Dies erschwert die Inanspruchnahme von Widerstandstraditionen, selbst jener des 20. Juli 1944. Eine offizielle Traditionsberufung auf Widerstandskräfte erfolgte sehr spät, sehr langsam und gegen starke Widerstände, sie wurde im Grunde bis heute nicht konsequent durchgesetzt. Vgl. Frei, Erinnerungskampf (FN 4), S. 493-504.

¹⁶ Dies unterscheidet den Widerstandsbegriff z.B. vom Begriff „Antifaschismus“. Antifaschismus ist trotz des Präfix „Anti“ als Idee, politische Haltung und als Bewegung keineswegs nur reaktiv. Vgl. Kurt Gossweiler: Was ist Antifaschis-[8:]mus? Welche Bedeutung hat er heute? In: ders.: Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986, S. 646-658.

¹⁷ Vgl. Peter Steinbach: Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, Paderborn u.a. 1994, S. 63; Christoph Kleßmann: Gegner des Nationalsozialismus. Zum Widerstand im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/1979, S. 25-45.

¹⁸ Klaus Drobisch: Nationalsozialistische Verbrechen und widerständige Reaktionen, in: Steinbach/Tuchel (FN 7), S. 97-106.

- Widerstand gegen Verbrechen in den annektierten und okkupierten Gebieten
- Mitmenschlichkeit gegenüber Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern in Deutschland
- Engagement für die Rettung von Kranken
- Widerstand gegen Deportation und Ermordung deutscher Juden
- Auflehnung gegen blinde Zerstörungen und Morde bei Kriegsende
- Einsatz für die Bestrafung der Verbrechen.

In all diesen Handlungen konnte eine grundsätzliche Gegnerschaft zum Naziregime wirksam sein, die auf dessen Sturz abzielte, aber ebenso ein sich genau und manchmal ausschließlich gegen diese bestimmten Verbrechen äußernder Widerstand, der sich nicht zwangsläufig bewußt und organisiert gegen das Regime überhaupt wandte.

b) Verfolgung – Risiko – Widerstand

Verfolgung und Widerstand gehören untrennbar zusammen, aber sie sind nicht umfangsgleich. Die politischen, nationalen und „rassischen“ Verfolgungen der Nazis forderten jeweils bestimmte gesellschaftliche Kräfte zum Widerstand heraus.¹⁹ Der deutsche Faschismus schuf sich eine Vielzahl von Feinden: Er wollte die kommunistische Bewegung und alle Ar-[9:]beiterorganisationen vernichten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Genossenschaftler mußten ihm schon im Interesse ihrer Selbstbehauptung entgegentreten. Er verfolgte Pazifisten, bürgerliche Demokraten, Liberale, auch Konservative und Gegner aus den eigenen Reihen. Der Totalitätsanspruch des deutschen „Nationalsozialismus“ für seine Politik und „Weltanschauung“ konnte weder von gläubigen Christen noch Vertretern anderer Ideologien akzeptiert werden. Dennoch wäre es verfehlt, im Umkehrschluß anzunehmen, daß jede Verfolgung und jede von den Nazis selbst produzierte Gegnerschaft automatisch zum aktiven oder passiven Widerstand geführt hätte.

Dagegen führte jeder Widerstand zumindestens potentiell zur Verfolgung²⁰. Doch im Unterschied zum Gegenstandsbezug ist dieser Zusammenhang von Verfolgung und Widerstand für den Widerstandsbegriff selbst nicht konstitutiv: Erstens leisteten auch Menschen Widerstand, die keineswegs zuvor verfolgt worden waren, und zweitens haben sehr viele Verfolgte weder vor noch während ihrer Verfolgung Widerstand geleistet.

„Widerstand bedeutet in der Regel, daß aktiv und risikobereit, immer auch risikobewußt dem denkbar umfassenden weltanschaulichen Führungsanspruch der Nationalsozialisten und ihrer Politik entgegengehandelt wird.“²¹ Das nicht nur von Steinbach als Kriterium benannte Risiko ist mit dem Widerstand unverzichtbar verbunden. Da es nicht für den Widerstand ausschließlich zutrifft und diesen inhaltlich nicht durch die *differentia specifica* bestimmen kann, ist Risiko kein Kriterium für Widerstand. Auch ein Schwarzschröter²² oder ein krimineller Polizistenmörder gingen im Nazireich ein hohes persönliches Risiko ein. Weder Verfolgung noch Risiko können hinreichende Konstitutiva für Widerstand sein. Entscheidend muß meines Erachtens die Beziehung zwischen der Politik bzw. Handlungsweise, gegen die sich der Widerstand richtet, und der Tätigkeit sein.

c) Widerstandskampf oder Resistenz?

Zweifelloos ist es erforderlich, in dem breiten Spektrum der Verhaltensweisen in und gegenüber der faschistischen Diktatur von der Anpassung [10:] über die Verweigerung bis zum aktiven Widerstandskampf das begriffliche Instrumentarium der Historiographie zu schärfen. In den 70er Jahren schlugen die Forscher des Bayernprojektes um Martin Broszat vor, den Widerstandsbegriff durch

¹⁹ Vgl. Gossweiler, Was ist Antifaschismus? (FN 16), S. 647.

²⁰ Dabei darf nicht übersehen werden, daß nicht alle Formen mit gleicher Konsequenz verfolgt wurden. So tolerierten die Nazis z.B. im okkupierten Polen das illegale Schulwesen in bestimmtem Maße.

²¹ Peter Steinbach: Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie? in: Überschar, Der 20. Juli 1944 (FN 1 0), S. 83.

²² Wie kompliziert aber selbst dieser Fall sein kann, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß ein Schwein auch schwarz geschlachtet werden konnte, um illegal lebenden Verfolgten zu helfen.

jenen der Resistenz zu ergänzen bzw. zu ersetzen. Dem reinen Wortsinne nach implizieren weder „Widerstand“ noch „Resistenz“ von vornherein ein Verständnis von aktiver Gegnerschaft. Auch wollte Broszat mit der Präferenz für „Resistenz“ keineswegs nur auf innere Befindlichkeiten abheben, sondern zielte auf deren wirkungsgeschichtliche Manifestation ab. Resistenz sollte heißen: „Wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft und ihres Anspruchs, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her.“²³ Resistenz sollte ihren Ausdruck finden sowohl in „aktivem Gegenhandeln und zivilem Ungehorsam als auch in der „bloß inneren Bewahrung dem Nationalsozialismus widerstrebender Grundsätze.“ Broszat hielt den Begriff „Resistenz“ für vorteilhafter als 'Widerstand', weil er offen und wertneutral sei und nicht wertgeladen, vor allem aber, weil der aktive Widerstand gegen die Nazidiktatur vergeblich gewesen sei, die Resistenz aber nicht.

Dieser Vorschlag hing wesentlich mit einer breiteren Entwicklung der Sozial-, Alltags- und Mentalitätsgeschichte, mit dem Vordringen der Regionalgeschichtsforschung seit den 60er Jahren zusammen. Der Erfolg des Bayernprojektes²⁴ hat dazu beigetragen, in unzähligen Forschungsprojekten den Widerstandsbegriff stark auszuweiten und über die politisch bewußte, aktive und organisierte Tätigkeit hinaus zunehmend auch auf die Sphäre alltäglicher Verweigerungen, Loyalitätsentzüge, individueller Proteste aber auch Hilfe für Verfolgte in allen Formen auszudehnen.²⁵

[11:] Bei der Zurückweisung des Austausches des Widerstandsbegriffes durch jenen der Resistenz ist aber auch ein Aspekt des Vorschlages von Broszat an den Rand gedrängt worden, der es verdient hätte, ernster genommen zu werden, nämlich eine stärkere Orientierung auf die Realität des Widerstandes.

d) Individuelles Gewissen oder Realität des Widerstands?

Diese Frage bezeichnet keine sich ausschließenden Alternativen, doch in der Gewichtung beider Pole als Kriterien kann sie dahin tendieren. Mit der Festlegung des Widerstandsbegriffs auf den „Aufstand des Gewissens“ in der westdeutschen Widerstandshistoriographie verschoben sich die Kriterien seiner Bestimmung von der Realität des Handelns und ihres Erfolgs bzw. Mißerfolgs sehr stark, hin zu Problemen der Motivation, des Gewissens und der Moral als der letztlich entscheidenden, ausgezeichneten Konstitutiva von Widerstand. Die „inneren Voraussetzungen von Widerständigkeit“ substituieren hochgradig alle anderen Voraussetzungen und vor allem die Widerstandstätigkeit selbst. Deren Verlaufsgeschichte wird auf niedere Rangplätze verwiesen. „Widerstand als nicht am Erfolg meßbare, sondern auf moralische Integrität und Selbstbehauptung bezogene Haltung und Verhaltensweise“ – diese Bestimmung verbleibt letztlich innerhalb des individuellen moralischen Gewissens. Steinbach polemisierte gegen Broszats Vorschlag, gegenüber solcher Vereinseitigung stärker die Realität und den Erfolg des Widerstandes zu berücksichtigen. Jedoch ist Broszat in der Hinsicht zuzustimmen, daß die Tatsächlichkeit des Widerstandes auch Maßstab seines Begriffs sein müsse: „Politisch und historisch“ zähle vor allem, „was getan und was bewirkt, weniger das, was nur gewollt oder beabsichtigt war.“²⁶

²³ Martin Broszat: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojektes, in: Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft, Bd. IV, S. 679.

²⁴ Bayern in der NS-Zeit. Studien und Dokumente; hg. von Martin Broszat u. a., München 1979-1983, Bd. 5: Hartmut Mehringer/Klaus Schönhoven/Anton Grossmann: Die Parteien KPD, SPD und BVP in Verfolgung und Widerstand, München 1983, und Bd. 6: Elke Frölich: Die Herausforderung des Einzelnen. Geschichten über Widerstand und Verfolgung, München 1983.

²⁵ Dies war nicht auf das genannte Bayernprojekt beschränkt, selbst Regionalforschungen zum Widerstand, die sich konzeptionell gegen Prämissen und Schlußfolgerungen des Bayernprojektes richteten und den organisierten politischen Widerstand deutlicher vom Spektrum der „Kleinformen des Widerstandes“ abheben wollten, setzten die eingetretene Erweiterung als gegeben voraus. Vgl. Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich. Unter Mitarbeit von Hans-Henning Krämer (= Widerstand und Verweigerung im Saarland 1934-1945, hg. von Hans-Walter Herrmann, Bd. 2) Bonn 1991, S. 16.

²⁶ Broszat, Resistenz und Widerstand (FN 23), S. 697.

2.2. „Breiter“ oder präziser Widerstandsbegriff? Zu Problemen der Definition und der Definitionsmacht von „Widerstand“

In den ersten Jahrzehnten nach der Befreiung wurde von den Historikern beider deutscher Nachkriegsgesellschaften in erster Linie der bewußte politische Widerstand untersucht, d. h. die Aktionen jener Kräfte, die aktiv, organisiert und zielbewußt auf die Schwächung, den Sturz und die Zerschlagung des faschistischen Regimes hinarbeiteten. Die Erweiterung des Widerstandsbegriffs bzw. seine Ergänzung oder Ersetzung durch „Resistenz“, „Dissidenz“ oder ähnliche Begriffe führte erstens von diesen Widerstandskämpfern ausgehend hin zum Alltag verschiedener sozialer Schichten, ihren un- bzw. vopolitischen Verhaltensweisen und deren Lebensmilieus. Dabei gab es zweitens eine Verlagerung von der Hervorhebung aktiven Widerstandes zugunsten der „Kleinformen des Widerstandes“ und alltäglicher Verweigerungen. Damit klafften die moralischen Beweggründe und die politischen Zielvorstellungen all jener Menschen, deren Verhalten mittels solchen breiten Widerstandsbegriffes erfaßt wurde, und jener, die das Regime stürzen wollten, weit auseinander.

Eine derartig „breite“ Fassung des Widerstandsbegriffes erschloß zuvor vernachlässigte Widerstandsbereiche – z. B. Jugendlicher, Frauen, religiöse Kleingruppen, Juden und Häftlinge²⁷ – und bezog in der Tat mit den breiteren Verhaltensfeldern auch zuvor vernachlässigte „Elemente des Protestes, des Konfliktes, der Widerstandsfähigkeit im Sinne gruppen- und regionalspezifischer Resistenz, überdies der Dissidenz“²⁸, sowie grundsätzlich die politische Selbstbehauptung ein. Doch die Folgen waren durchaus ambivalent: Eine tendenzielle Inflation des Widerstandsbegriffs blähte vopolitische Verhaltensformen zum Widerstand auf und führte notwendig zu Akzentverlagerung der Forschung. Dies wurde frühzeitig kritisiert, den Gefahren und Verzeichnungen des Widerstandsbegriffs durch Präzisierung zu begegnen versucht.²⁹ Von den mit der Ausweitung und Veralltäglichung des Widerstandsbegriffs verbundenen Problemen seien an dieser Stelle folgende bezeichnet:

– Mit der Ausdehnung des Widerstandsbegriffs auf das weitestmögliche Spektrum oppositioneller Haltungen und Handlungen sind unvermeidlich *Illusionen über Stellenwert und Wirkungen des Widerstandes in Deutschland* befördert worden. Hinzu kommt, daß es nicht so leicht zu bestimmen ist, 1. wie hoch der Anteil der deutschen Bevölkerung war, der dem [13:] faschistischen Regime insgesamt, bestimmten Inhalten seiner Politik, einzelnen seiner Verbrechen oder Maßnahmen der Verfolgung aktiv Widerstand leistete, 2. welchen Stellenwert der in einen „breiten“ Widerstandsbegriff einbezogenen Verhaltensweisen im Gesamtspektrum alltäglicher Verhaltensweisen der Bevölkerung hatten, und 3. welche tatsächlichen Wirkungen der aktive organisierte politische Widerstand hatte.³⁰

– Jede Erweiterung des Widerstandsbegriffs führt ohne begriffliche Präzisierung zu Akzentverlagerungen von ambivalenter Wirkung. Mit einer stark hervorgehobenen oder gar vorrangigen Untersuchung von alltäglichen Verhaltensweisen „kleiner Leute“, von „Kleinformen des Widerstandes“, von Grundlagen für mentale Resistenz und Verweigerung in sozialen und Milieuzusammenhängen trat in der Widerstandsforschung neben der Veralltäglichung eine *Individualisierung* in den Vordergrund. Dafür rückten jene Widerstandsformen, die einer zielbewußten, selbstgeschaffenen Organisation bedurften, teilweise in den Hintergrund.

²⁷ Peter Steinbach: Der Widerstand gegen die Diktatur. Hauptgruppen und Grundzüge der Systemopposition, in: Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, hg. von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans Adolf Jacobsen, 2. ergänzte Auflage, Düsseldorf 1993, S. 453.

²⁸ Ebda. Vgl. Peter Steinbach. Widerstand als Thema der politischen Zeitgeschichte. Ordnungsversuche vergangener Wirklichkeit und politischer Reflexion, in: Bekenntnis, Widerstand, Martyrium, hg. von Gerhard Besier und Gerhard Ringshausen, Göttingen 1986, S. 11-75.

²⁹ Warnungen vor einer Inflation des Widerstandsbegriffs waren Anfang der 70er Jahre vom politischen Kontext nicht zu trennen, denn sowohl Karl Dietrich Bracher z.B. ging es gleichzeitig darum, eine legitimatorische Berufung auf den Widerstand im politischen Kampf gegen den Konservatismus abzuwehren. Vgl. Karl Dietrich Bracher: Verwirrung um Widerstand, in: Rheinischer Merkur vom 8. Januar 1982, vgl. dazu im folgenden die Differenzierungen im Widerstandsbegriff von Bethge.

³⁰ Auch wenn man nur den aktiven Widerstandskampf nimmt, läßt sich seine tatsächliche Wirkung bis heute kaum bestimmen, geschweige denn quantifizieren.

3. Mit der Ausdehnung des Widerstandsbegriffs können Relativierung und inhaltlichen Entleerung des Widerstands verbunden sein, umgekehrt jedoch führte die Veralltäglichsung nicht selten zu einer mentalitätsgeschichtlichen bzw. noch enger motivationsgeschichtlichen *Einseitigkeit*. Die Untersuchung sozialpsychischer Grundlagen von Resistenz und Dissidenz rückten das, was sie vermittelten, nämlich Widerstandsaktivität tendenziell in eine zweite Linie. Doch sollte Widerstandsgeschichte nicht auf die Geschichte mentaler Vorbehalte verengt werden.

4. Die Unbestimmtheit eines „breiten“ Widerstandsbegriffs fällt noch in einer anderen Hinsicht ins Auge. „Widerstand“ verliert in solcher Verwendungsweise nicht selten seinen reaktiven Bezug und wird quasi substantiell. Der Bezug darauf, wogegen Widerstand geleistet wird, erscheint jedoch konstitutiv und unverzichtbar. Mit der Globalformel vom „NS-Regime“ ist es nicht getan, auch nicht mit anderen.

Die Untersuchung der Vielfalt aller Widerstandsformen macht deutlich, daß bestimmte Verbrechen der Faschisten bei Personen auf Widerstand stießen, die andere Bereiche ihrer Politik tolerierten oder unterstützten. Je „breiter“ der Widerstandsbegriff gefaßt wird, desto mehr bedarf er einer Differenzierung des Spektrums von Widerstandsaktivitäten, um so notwendiger ist eine klare begriffliche Bestimmung seiner Konstitutiva und Grenzen. Dieses Bedürfnis wurde und wird von nicht wenigen Wider-[14:]standsforschern durchaus gesehen.³¹ Zwischen dem Widerstand in den besetzten Ländern gegen die deutschen Okkupanten und dem innerdeutschen Widerstand gegen die faschistische Diktatur gibt es zweifellos erhebliche Unterschiede, doch bilden sie m. E. keinen zwingenden Einwand gegen die Verwendung des gleichen Widerstandsbegriffs. Der Widerstand außerhalb Deutschlands muß an dieser Stelle außer Betracht bleiben. Sein historisches Spektrum aber bildet die Grundlage für begriffliche und methodische Differenzierungen der europäischen Widerstandshistoriographie, von denen die deutsche Widerstandshistoriographie bei ihren Bemühungen um Begrifflichkeit leider zu selten Kenntnis nimmt.³²

Der Widerstandsforschung hilft weder ein inflationärer Gebrauch des Widerstandsbegriffs noch seine Ersetzung durch „Resistenz“, sondern eine Schärfung ihrer begrifflichen Instrumentarien, um so mehr, je umfassender das vielfältige Spektrum des Widerstandes erfaßt werden soll. Doch eine solche Präzisierung von Peter Steinbach ausdrücklich abgewiesen: Erstens sei eine genauere begriffliche Bestimmung zu starr und werde den Übergängen und Mischformen der Wirklichkeit nicht gerecht. Zweitens würden mit einer begrifflichen Fixierung meist Ansprüche einer Richtung des Widerstandes auf Ausgrenzung anderer erfüllt, also durch begriffliche Bestimmungen eine politische Selektionsfunktion ausgeübt. Steinbach wendet sich in seinem Plädoyer für einen „breiten“ Widerstandsbegriff gegen die Eingrenzung des Widerstandes auf politischen Widerstand, gegen den Ausschluß des Exils und des NKFD sowie gegen [15:] den Anspruch, nur ein aktives Handeln gegen das Regime aus dessen eigenem Kern heraus sei als „Widerstand“ zu fassen. Diese Abweisungen sind zu unterstützen, doch sie sind ungeeignet, eine Zurückweisung der Forderungen nach präziserer Begrifflichkeit in der Widerstandsforschung zu begründen.

Entwicklungsprozesse hin zum Widerstand wie Differenzierungen innerhalb der Widerstandstätigkeiten sind nur zu begreifen, wenn für die Unterschiede auch unterschiedliche Begriffe zu Verfügung

³¹ So unterschied z. B. Eberhard Bethge zu nennen, fünf Stufen des Widerstandes: 1. einfacher passiver Widerstand, 2. offener ideologischer Gegensatz, 3. Mitwisserschaft an Umsturzvorbereitungen, 4. aktive Vorbereitung für die Zeit nach dem Umsturz, 5. aktive Konspiration. Aber für alle fünf Stufen nimmt Bethge den Begriff „Widerstand“ in Anspruch: Adam Trott zu Solz und der deutsche Widerstand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 11 (1963), S. 221 ff. Andere Differenzierung nahm Broszat in Resistenz und Widerstand (FN 23) vor.

³² Vgl. die Beiträge von Ian Kershaw, Klaus Tenfelde, Christoph Klessmann und Detlev J. K. Peukert in: Schmäddecke/Steinbach (FN 13), S. 779-887; Vgl. zur Kritik: Franciszek Ryszka: Widerstand: Ein wertfreier oder wertbezogener Begriff? In: Schmäddecke/Steinbach (FN 13), S. 1113; vgl. Europäischer Widerstand im Vergleich. Die internationalen Konferenzen Amsterdam, hg. von Ger van Roon, Berlin 1985; Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg, hg. von Gerhard Schulz, Göttingen 1982; Jacques Semelin: Ohne Waffen gegen Hitler. Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa, Frankfurt/M. 1995; Werner Rings: Leben mit dem Feind. Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa 1939-1945, München 1979.

stehen. Je breiter die Palette zu untersuchenden Verhaltens ist, um so dringlicher sind klare Begriffe³³ Differenzierungen etwa zwischen mehr wirkungsgeschichtlicher, prozeßgeschichtlicher oder motivationsgeschichtlicher Orientierung des verwendeten Widerstandsbegriffs haben eine andere Funktion und können die fehlenden Bestimmungen nicht ersetzen.³⁴

Geschichtswissenschaft antwortet auf Fragen, die in der Gegenwart an die Geschichte gestellt werden. Darum kann einer befürchteten Verengung des Widerstandsspektrums durch Definitionen nicht sinnvoll durch einen Verzicht auf sie begegnet werden. Keine geschichtswissenschaftliche Definition von Widerstand gegen den Faschismus kann per se ausschließen, auch für eine politische Selektionsfunktion in Anspruch genommen zu werden. Aber auch die Angst vor einer befürchteten Starrheit klarer Begriffe kann wirkliches Begreifen ausschließen. Wichtiger erscheint mir, daß sie sich ihre Begriffsbildung nicht von unmittelbar politischen Zwecken diktieren lassen, für die Widerstand verwertbar erscheint. Interessen und Zwecksetzungen leiten jedes Erkenntnisstreben, deren Struktur aber wird verlassen, wenn der Erkennende wirklich einen Begriff von der Sache gewinnt.

Auch wenn politische Selektionsfunktion verschiedener Widerstandsbegriffe in erster Linie für die Formen öffentlichen Erinnerns und erst in zweiter für die Forschung gelten, war doch in den Jahrzehnten nach 1945 dieser politische Einfluß auf die wissenschaftliche Begriffs- und Konzeptionsbildungen in der Widerstandsforschung unleugbar stets stärker als umgekehrt. Peter Steinbach und Gerd R. Überschär beschreiben dies für das Nationalkomitees „Freies Deutschland“:

[16:] „Am Ende soll nicht die Beschäftigung mit allen Bereichen des Widerstandes stehen, sondern die Auslöschung einzelner Gruppen aus der Geschichte der Gesamtgegnerschaft gegen den Nationalsozialismus durch Nichterwähnung. Letztlich würde dann auch die Geschichte des Exils Opfer einer politischen Bewertung und definitorischen Verengung sein, die Widerstand nur dann akzeptieren kann, wenn er vom Reichsgebiet aus unter unmittelbarem Risiko für Leib und Leben erfolgt ist. Vor allem wurde des öfteren betont, Widerstand könne nur im Innern geleistet werden und setzte ein persönliches Risiko voraus. Das würde nun wiederum nicht nur die Ausgrenzung des Exils aus dem inhaltlichen Zusammenhang der Widerstandsgeschichte bedeuten, sondern hätte eine neue Auseinandersetzung über die Risikogröße zur Folge, die einzelne Widerstandskämpfer ganz unterschiedlicher Funktion und sozialer Stellung auf sich nahmen.“³⁵

Geschichtswissenschaft verfügt nicht über das Monopol der Definitionsmacht des Widerstandes. Wenn überhaupt wirksam, so haben dies bereits die verfolgenden Instanzen des Nazistaates in Anspruch genommen. Doch die Widerstandshistoriographie kann ihren Widerstandsbegriff nicht den Vorstellungen der Verfolger entnehmen, sie muß ihren eigenen finden. Für Erörterungen über den Widerstandsbegriff bleibt die Schlußfolgerung, daß die historische Wissenschaft ihre Begrifflichkeit nicht an deren Akzeptanz durch bestimmte Gruppen des Widerstandes oder deren politische Erben bzw. durch staatliche oder parteipolitische Gruppen oder Gremien binden darf. Sie muß ihre eigene Begrifflichkeit und ihre eigenen Kriterien entwickeln und darf sich dabei auch nicht auf den Interessen-, Erfahrungs- und Erinnerungshorizont der Widerstandskämpfer beschränken, so genau sie andererseits deren mögliche und wirkliche Erfahrungen historisch begreifen muß. Wenn eine definitorische Verengung vermieden werden soll, so ist nicht die Besonderheit der Begründung ausschlaggebend, sondern die genaue Bestimmung jener Politik, jener Verfolgung und jener Verbrechen, gegen die Widerstand geleistet wurde.

2.3. *Widerstand und Widerstandsrecht*

In der Historiographie der DDR spielten Fragen des Widerstandsrechtes keine größere Rolle. denn für den hauptsächlich untersuchten kommunistischen Widerstand war nicht die Rechtmäßigkeit des

³³ Vgl. Diskussionen zur Geschichte des Widerstands. Ein Tagungsresümee, in: Schmädke/Steinbach (FN 13), S. 1120-1124.

³⁴ Der Beitrag ist der Analyse vorbehalten, eigene Vorschläge für begriffliche Differenzierungen des Widerstandes müssen einer gesonderten Arbeit vorbehalten bleiben.

³⁵ Peter Steinbach/Gerd R. Überschär: Die Geschichtsschreibung zum NKFD und BDO in der Bundesrepublik Deutschland und in den westlichen Ländern, in: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere, hg. von Gerd R. Überschär, Frankfurt/Main 1995, S. 152.

Widerstandes ein Problem, sondern seine politische Wirksamkeit. Das Recht auf Widerstand wurde von den Kommunisten als selbstverständlich in Anspruch [17:] genommen und von den Forschern nicht problematisiert. Wo das Recht auf Widerstand historisch für bürgerliche, christliche und nationalkonservative Widerstandskräfte zweifelhaft war, wurde dies als spezifisches Problem dieser Personen und ihrer Gewissensentscheidung reflektiert, das aus einer doppelten Bindung erwuchs: aus der rechtlich-institutionellen der Beamten und Militärs an Hitler und die Naziregierung und aus der religiös-moralischen Bindung an Normen und Werte, die diese institutionelle Bindung sanktionierten.

In der westdeutschen Widerstandshistoriographie spielten Erörterungen über das Widerstandsrecht eine unvergleichlich größere Rolle. Es hat den Anschein, daß in den ersten Jahrzehnten nach der Befreiung die Überlegungen zum Widerstandsrecht in der westdeutschen Forschung einen sehr viel größeren Stellenwert einnahmen als je unter den Widerstandskämpfern selbst. Dafür sehe ich mehrere Ursachen: Die erste besteht in der direkten Bindung dieser Erörterungen zum Widerstandsrecht an die bundesdeutsche staatsrechtliche Gestaltung von Wiedergutmachung für erlittene Schäden und Folgen, die bekanntlich ganze Richtungen des Widerstandes davon ausschloß. Eine zweite liegt in der einseitigen Orientierung der Widerstandsforschung auf jene Teilnehmer des Widerstandes, für die massive religiöse, moralische, rechtliche oder persönliche Bindungen ihre Bereitschaft zu Widerstand einschränkten und die außerdem durch zahlreiche rechtliche und Loyalitätsbindungen an jenen Staat und seinen „Führer“, denen Widerstand geleistet werden sollte, gebunden waren und blieben³⁶. Viele Forscher haben diese spezifischen Gewissensprobleme mit dem Widerstandsrecht zu unverzichtbaren Merkmalen des Widerstands überhaupt erhoben. Das mußte zwangsläufig zu Verzerrungen führen. Auf eine dritte Ursache, die ebenfalls mit dem Selbstverständnis des nationalkonservativen Widerstandes sowie mit seiner Rolle in der westdeutschen Widerstandsforschung zusammenhängt, hat Christoph Klessmann 1984 aufmerksam gemacht:

„Die Frage, wer befugt und legitimiert ist, in einer entsprechenden Situation aktiven Widerstand gegen eine unrechtmäßig handelnde oder verbrecherische Regierung zu leisten, durchzieht wie ein roter Faden die Diskussionen um das Widerstandsrecht seit dem Mittelalter. Von Ausnahmen abgesehen war die Antwort auf diese Frage im Zeitalter ständischer Ordnungen und ständischen Denkens in der Regel bei Theologen und Juristen eindeutig: Nicht das einfache Volk und im allgemeinen auch nicht die niederen Obrigkeiten sind zum [36:] Widerstand berechtigt, sondern nur die durch ihre soziale und politische Stellung Ausgezeichneten und eine besondere Verantwortung Tragenden.“³⁷

In manchen Forschungen zum Widerstandsrecht werden die Überlegungen der Widerstandskämpfer zum Widerstandsrecht, ihre Skrupel, Hemmungen und Loyalitätskonflikte einerseits und die späteren Kommentare andererseits nicht streng genug auseinandergehalten. Daher sollten bei allen Erörterungen über Grundsätze und Ausmaße des Widerstandsrecht folgende drei Ebenen explizit unterschieden werden: **Erstens** die Überlegungen der Widerstandskämpfer selbst, und zwar während der Nazidiktatur, **zweitens** die Reflexionen der Überlebenden des Widerstands nach der Befreiung, **drittens** die Ebene historiographischer Abhandlungen. Auf der ersten Ebene ist zu fragen, für welche Kräfte des Widerstands die Inanspruchnahme eines Widerstandsrechtes überhaupt zu Loyalitätskonflikten führte und zu rechtlichen, moralischen oder religiösen Problemen wurde. Für Menschen, die das Naziregime von Anfang an und grundsätzlich bekämpften, stand die Rechtmäßigkeit ihres Widerstandes nicht in Zweifel, wohl aber dessen Taktik und Erfolgsaussichten. Für andere aber, die politisch, rechtlich, moralisch oder institutionell mit dem Naziregime und seinen Herrschaftsapparaten in irgendeiner Weise verbunden waren, meist als Offiziere oder Beamte, erforderte der Bruch mit den institutionalisierten Bindungen eine persönliche Entscheidung, die ihnen keine Institution abnehmen konnte.

„Die Frage nach dem Widerstandsrecht zielt nämlich auf eine Bestimmung von Staatszielen und Staatszwecken“, hielt Steinbach fest und folgerte daraus: „Der Widerstand hat sich ... durch seinen Maßstab zu legitimieren.“³⁸ Dies richtet sich dagegen, die auflehnende Tat allein als Bezugspunkt der

³⁶ Vgl. dazu den Abschnitt 4.4.

³⁷ Christoph Klessmann: Das Problem der „Volksbewegung“ im deutschen Widerstand, in: Schmädke/Steinbach (FN 13), S. 822.

³⁸ Steinbach, Widerstand im Widerstreit (FN 17), S. 19 und 36.

Rechtfertigung von Widerstand zu nehmen. In der Tat aber rekuriert die Begründung des Widerstandsrechtes in erster Linie auf jene Herrschaftspraxis, der widerstanden werden soll. Immer war das Selbstverständnis des Widerstandsrechtes bzw. der Widerstandspflicht mit dem Begreifen jener Politik verbunden, die zu bekämpfen war. Die praktische Inanspruchnahme eines Widerstandsrechtes und die moralischen, juristischen, politischen, philosophischen oder theologischen Begründungen desselben aber waren vielfältig und widersprüchlich miteinander verflochten. So verschieden wie die Formen des Widerstandes und die Ziele und Interessen der Angehörigen der Widerstandsorganisationen, so verschieden waren die Begründungen für ihr Handeln³⁹. Sie im Nachhinein normativ auf eine bestimmte moralische, religiöse oder rechtliche Fundierung des Widerstehens – z. B. „Wiederherstellung des Rechtes“ – festlegen zu wollen, führt erneut in die Ausgrenzung. Schließlich sind die „Maßstäbe der Rechtlichkeit und des Anstandes“ verschieden.

Hing auch das Verständnis des Widerstandsrechts mit seiner jeweiligen Begründung zusammen, so war doch seine praktische Inanspruchnahme war nur in bestimmtem Maße und auch nur in bestimmten Gruppierungen von Erwägungen über Art und Ausmaß seiner Zulässigkeit des Widerstandes abhängig, so z.B. von religiösen oder moralischen Skrupeln über die Zulässigkeit des Tyrannenmords. Wichtiger erscheinen mir die politischen Überlegungen der Widerstandskämpfer über Zweckmäßigkeit und Wirkungschancen ihres Handelns und über den gegebenen Handlungsspielraum, vor allem aber das Insistieren auf jenen Interessen, die nur durch den Widerstand gegen die Nazidiktatur verteidigt und durchgesetzt werden konnten. Auch die „reine Gewissensentscheidung“ war nicht ohne aktuelles politisches Kalkül.⁴⁰

Besondere Bedeutung hatten und haben Erörterungen zum Widerstandsrecht für Vertreter der christlichen Kirchen. In ihrer Geschichte haben solche Überlegungen eine lange Tradition. Gerhard Ringshausen resümierte diese Diskussionen⁴¹. Am Beispiel der moraltheologischen Gutachten von Max Pribilla SJ von 1948 bzw. von Hans-Joachim Iwand und Ernst Wolf aus dem Jahre 1952 verdeutlicht er die grundsätzlichen Schwierigkeiten der Anerkennung und Begründung eines Widerstandsrechtes gegen die Obrigkeit, die sich auf christlich-theologische Argumentationen stützt, beweist jedoch, daß sie möglich und überzeugend sein kann. Die katholischen Theologen konnten das Widerstandsrecht mit Verweisen auf die soziale Notlage und mit der Orientierung am Gemeinwohl entsprechend der katholischen Soziallehre rechtfertigen. Papst Paul VI. hatte 1967 in seiner Enzyklika „Populorum Progressio“ das Recht auf eine Revolution gegen eine Gewaltherrschaft, die dem Gemeinwohl schweren Schaden [20:] zufügt, ausdrücklich anerkannt. Eine evangelisch begründete Rechtfertigung des Widerstandsrechtes hat es in der Tradition der Zwei-Reiche-Lehre Luthers schwerer. So traf Karl Barth mit seiner Begründung auf den massiven Widerspruch evangelischer Theologen. Iwands und Wolfs Gutachten rechtfertigten Widerstand mit einem naturrechtlichen Notwehrrecht sowie mit der Widerstandspflicht gegen die Gesetzlosigkeit des Antichrist, wenn der Staat – ansonsten nach Römer 13 als Obrigkeit von Gott – pervertiert sei.

Gegenüber der so kritischen wie informativen Analyse von Ringshausen über die theologischen Begründungen des Widerstandsrechtes bleibt Hans Maiers Erklärung des „Rechtes auf Widerstand“ zu einem per se religiösen Problem hilflos. Im Unterschied zu den Nachkriegserörterungen hatten in den expliziten Debatten verschiedener Widerstandskreise zum Widerstandsrecht naturrechtliche, moralische und religiöse Begründungen dominiert. Diese konnten natürlich einer politischen Opposition unmittelbar keine politischen Ziele weisen. Doch das „Fehlen klarer juristischer Abgrenzungen in der Lehre vom Widerstandsrecht“ war für sie wohl in erster Linie kein Problem der Rechtslehre, sondern ein sehr praktisches. Und wenn ihre Widerstandsbereitschaft durch rechtliche, moralische oder religiöse Gründe und durch Interessenbindungen an dieses Regime gehemmt, eingeschränkt oder

³⁹ Vgl.: Widerstandsrecht, hg. von Arthur Kaufmann, Darmstadt 1972, sowie: Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit, hg. von Christoph Klessmann und Falk Pingel, Frankfurt/Main-New York 1980.

⁴⁰ Vgl. Ulrich Heinemann, Arbeit am Mythos (FN 3).

⁴¹ Gerhard Ringshausen: Der 20. Juli 1944 als Problem des Widerstandes gegen die Obrigkeit. Die Diskussion in der evangelischen und katholischen Kirche nach 1945, in: Überschar, Der 20. Juli 1944 (FN 10), S. 191-202.

widersprüchlich war, so konnten sie doch den Gegensatz von Widerstandspflicht und Loyalitätsbindung durch ihre eigene Entscheidung überwinden. Maier aber erhebt ihr Problem „Gewissensnot und moralische Reinigung“ ohne Seitenblick auf andere zum Normativ und mystifiziert es noch dazu: „Der politische Widerstand in *extremis malis* ist kein juristisches, er bleibt ein religiöses Problem“.⁴²

Noch stärker als beim Widerstandsbegriff selbst waren die Auffassungen der westdeutschen Historiker zum Widerstandsrecht auch theoretisch von den staatsrechtlichen Regelungen der BRD abhängig. Für die Versuche, in den 50er Jahren „das Recht des Widerstands begrifflich zu präzisieren und gleichsam rechtlich einzuhegen“, war daher weniger der historische Rückgriff auf die Widerstandsgeschichte als der zeitgenössische Bezugsrahmen maßgebend.⁴³ Wenn „bestimmendes Merkmal des Widerstandes ... die Auflehnung gegen das Recht“ sein soll, dann ist rechtspositivistisch das Naziunrecht als Recht unterstellt. „Der rechtliche Normalzustand ist infolgedessen die Verneinung des Widerstandsrechtes. Den Gesetzen zu [21:] gehorchen ist staatsbürgerliche Pflicht, auch wenn sie ungerichtet sind.“⁴⁴ Nach Rudolf Wassermann wäre für die Juristen der Bundesrepublik der einzige Ausweg, um überhaupt nachträglich ein ausgeübtes Widerstandsrecht juristisch zu rechtfertigen, die von Gustav Radbruch vorgeschlagene Konstruktion von „gesetzlichem Unrecht“ einerseits und „übergesetzlichem Recht“ andererseits. Denn den anderen Ausweg, sich auf die juristischen Bestimmungen der alliierten Siegermächte zu berufen, lehnten sie ab. Radbruch, ansonsten kein Vertreter des Naturrechts, übernahm hier die naturrechtliche Konstruktion eines *übergesetzlichen Rechts*, die dann greife, wenn der Widerspruch des positiven Rechts zur Gerechtigkeit ein solches Maß erreicht habe, daß das Gesetz als „unrichtiges Recht“ auftrete. Wenn jedoch mit diesem – zeitweiligen – Rückgriff auf eine naturrechtliche Konstruktion wirklich ein Grund für die Lösung jener Rechtsprobleme gelegt worden wäre, „die sich aus blindem Gesetzesgehorsam einerseits und ungesetzlichem Widerstand andererseits“ ergaben, wie Wassermann vermeint, dann hätte die Bundesrepublik sich wohl kaum uneingeschränkt als Rechtsnachfolger des „Dritten Reiches“ verstehen können.

Der Protestbewegung gegen die Notstandsgesetze, die sich durchaus als Widerstandsbewegung verstand, sollte 1968 durch die verfassungsrechtliche Einführung eines Widerstandsrechtes die Spitze genommen werden. Die Anerkennung eines Widerstandsrechtes in Artikel 20 (4) GG bedeutet zwangsläufig die Beschränkung staatlicher Rechtssetzungsgewalt. Die Anerkennung einer Autonomie des Gewissens und der Ehrenhaftigkeit einer reinen Gewissensentscheidung, angelehnt an naturrechtliche Vorstellungen, blieben jedoch unbestimmt genug, um bei der Anerkennung eines übergesetzlichen Widerstandsrechtes im GG, Art. 20/4 folgeschwere Vereinseitigungen zu formulieren, die zu einer Pervertierung des zulässigen Widerstandsrechtes führen, indem sie es mit der Akklamationspflicht für die „freiheitlich-demokratische Ordnung“ identifizieren. Das in der BRD seit 1968 gesetzlich anerkannte Widerstandsrecht wurde so von Anfang an entleert, die wichtigsten Momente sind folgende:

1. Das Widerstandsrecht wurde nur als ein **Individualrecht** anerkannt, dagegen als ein Kollektivrecht ausdrücklich ausgeschlossen. Zur formalen Begründung dieses Ausschlusses wurde angeführt, das Widerstands-[22:]recht solle nicht politischen Gruppenauseinandersetzungen dienen dürfen, z. B. um so gravierende Fragen wie die Wiederaufrüstung.
2. Das Widerstandsrecht gilt ausschließlich als ein **Abwehrrecht**, nicht aber als ein Gestaltungsrecht. Nun ist die Abwehr einer bestimmten Politik immer – und sei es noch so indirekt –, auch ein Faktor zur Gestaltung einer geänderten Politik.
3. Das allgemein anerkannte übergesetzliche Widerstandsrecht wird nur als **reaktives Recht** begriffen, als präventives jedoch ausgeschlossen. Es dürfe nicht im Vorgriff auf ein unterstelltes oder zu erwartendes Unrecht proklamiert werden.

⁴² Hans Maier: Das Recht auf Widerstand, in: Steinbach/Tuchel (FN 7), S. 41.

⁴³ Peter Steinbach: Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld, in: Steinbach/Tuchel (FN 7), S. 604-605.

⁴⁴ Vgl. Rudolf Wassermann: Widerstand als Rechtsproblem. Zur rechtlichen Rezeption des Widerstandes gegen das NS-Regime, in: Überschar, Der 20. Juli 1944 (FN 10), S. 203-213.

Im Hinblick auf diese Einschränkungen des im Grundgesetz enthaltenen übergesetzlichen Widerstandsrechtes resümierte Peter Steinbach:

„Damit wurde das Widerstandsrecht allmählich zum Recht auf die Verteidigung der ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘, die Voraussetzung für die Zähmung staatlicher oder politischer Willkür darstellt. Überspitzt könnte man sagen, daß gerade die im Grundgesetz angelegte Ordnung das Widerstandsrecht domestiziert.“⁴⁵

Diese Domestizierung des proklamierten übergesetzlichen Widerstandsrechtes aber betrifft nachträglich auch dessen historische Anerkennung im Naziregime: Die amputierte, individualisierte und entleerte Fassung eines Widerstandsrechtes räumt einen legitimen, kollektiven und auch präventiven Widerstand gegen eine Staatspolitik, die Expansion, Unterdrückung und Krieg, Verbrechen und Völkermord betreibt, gar nicht erst ein, sondern nur eine individuelle Abwehr von staatlichem Unrechtshandeln, das bereits geschieht, und für das der Maßstab zwischen Recht und Unrecht verschiebbar bleibt.

2.4. Widerstand versus Kooperation?

Im Spektrum der Widerstandskräfte lassen sich Differenzierungen nach unterschiedlichen Kriterien vornehmen. Ein *erstes* wäre der Zeitpunkt des Beginns des Widerstandes: Kommunistische, sozialdemokratische, gewerkschaftliche Gruppen, Pazifisten, auch manche konservative Antifaschisten, Widerstandskämpfer im Exil stellten sich dem Naziregime von Anfang an, ja bereits vor dessen Errichtung entgegen. Im Unterschied dazu hatten viele Angehörige des nationalkonservativen Widerstandes die Diktatur zunächst begrüßt und unterstützt und sich erst angesichts der Verbrechen oder angesichts der drohenden Niedertage entschieden, ihm Widerstand zu leisten.

[23:] Ein *zweites* Differenzierungsmerkmal ist die Art der Gegnerschaft: Richtete sich der Widerstand gegen das Naziregime in seiner Gesamtheit oder gegen bestimmte Elemente wie z. B. gegen die Judenverfolgung und -vernichtung oder gegen die Euthanasieverbrechen. Der bekannte Münsteraner Bischof Graf von Galen wandte sich beispielsweise couragiert und öffentlich gegen die Morde an psychisch kranken deutschen Patienten, doch niemals gegen die Judenverfolgung. Er segnete die deutsche Kriegführung und schickte nach dem 20. Juli 1944 Hitler ein Glückwunschtelegramm zur Errettung.

Ein *drittes* differenzierendes Merkmal bildet die Frage, welche Formen des Widerstands von welchen Kräften für zulässig gehalten bzw. ausgeschlossen wurden: ein militärischer Staatsstreich, die Tötung Hitlers, die bewaffnete Ausschaltung der SS, die Mobilisierung der Arbeiterschaft, die Zusammenarbeit mit den militärischen Gegnern Hitlerdeutschlands, der bewaffnete Kampf in den alliierten Armeen.

Alle drei Kriterien kommen gleichzeitig ins Spiel, wenn der Widerspruch zwischen Widerstand gegen das Naziregime und Kooperation mit ihm von der Widerstandshistoriographie thematisiert wird. Ernst Nolte hat den bei nicht wenigen konservativen Hitlergegnern gegebenen Zusammenhang von Kooperation und Opposition geradezu auf den Begriff gebracht, als er forderte, nur jene als Widerstandskämpfer anzuerkennen, die zunächst „eine Spur anfänglicher Zustimmung“ zu den Zielen der Hitlerregierung und erst einen „späteren Wandel der Einstellung“ erkennen lassen⁴⁶. Damit werden konsequent all jene aus der Widerstandsgeschichte ausgegrenzt, die den Faschismus von vornherein und kompromißlos bekämpft haben. Auch wenn sich die meisten deutschen Historiker gegen diese Formulierung Noltens wenden, in der Sache des nachträglichen Ausschlusses der Kommunisten aus dem Widerstand folgen ihm nicht wenige, wenigstens partiell. Zweifellos knüpfte Nolte mit seinem Vorschlag an wirkliche Entwicklungsprozesse wie an das Selbstverständnis mancher Vertreter des nationalkonservativen Widerstands ebenso an wie an die jahrzehntelange Erhebung gerade dieser Entwicklung zum Musterfall „deutschen Widerstandes“ in der westdeutschen Widerstandsforschung.

Ungeachtet der Zurückweisung der Schlußfolgerung Noltens bleibt die Bewertung des jeweiligen Verhältnisses von Kooperation und Opposition ein Streitproblem und zwar im Längsschnitt der Entwicklung einzelner Personen wie im Querschnitt ihrer Tätigkeiten. Gestritten wird insbesondere [24:] über

⁴⁵ Ebenda, S. 605.

⁴⁶ Ernst Nolte: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945, Frankfurt am Main-Berlin 1987, S. 440.

zwei Gruppen, einmal über die Kirchen, insbesondere den hohen Klerus, zum anderen über die bürgerliche Opposition aus Ministerialbürokratie und Wehrmacht. Für beide gilt, daß sie als Institutionen von Anfang an Stützen des Naziregimes waren und bis zu dessen Zerschlagung blieben. Ihre Vertreter konstituierten und realisierten das den deutschen Faschismus tragende Bündnis von Nazibewegung und Konservatismus auch als Personen – bei aller inneren Veränderung der Bündnisverhältnisse. Für beide gilt gleichfalls eine hochgradige Identität ihrer Ziele mit den politischen Zielen der Hitlerregierung. Die Übereinstimmung der Ziele Hitlers und der Reichswehrführung schloß ausdrücklich auch jene Militärs ein, die sich später aus der Wehrmacht heraus zum Widerstand gegen den Kurs Hitlers entschieden.

Diese grundsätzliche Unterstützung der Hitlerregierung und ihrer imperialistischen Ziele durch Reichswehr bzw. Wehrmacht und Kirchen schloß Differenzen im einzelnen nicht aus.⁴⁷ Aber weder institutionelle noch fraktionelle Differenzen führten unmittelbar zum Widerstand, wie die Verschwörer des 20. Juli schmerzvoll erfahren mußten. Widerstand gegen das Naziregime und seine Politik setzte vielmehr einen Bruch dieser Kräfte mit ihm voraus, der nur als bewußte persönliche Entscheidung vollzogen werden konnte, denn weder korporative noch institutionelle Strukturen konnten der Person diese Entscheidung abnehmen. Deshalb warnte Peter Steinbach zu Recht davor, „auch Gesinnung und Haltung der Regimegegner den Institutionen gutzuschreiben, aus denen heraus sie handelten“⁴⁸. Dies gilt sowohl für die Kirchen als auch für die Wehrmacht und die Ministerialbürokratie.

Das umstrittene Problem der Bewertung des sich verändernden Verhältnisses von Kooperation und Opposition ist also doppelt bestimmt: Zum [25:] einen mußten die Widerstandskämpfer sich von der Politik ihrer Institution persönlich lösen. Denn der Widerstand wurde gerade nicht diesen Institutionen getragen, sosehr dies auch 1945 in Anspruch genommen worden ist.⁴⁹ Zum anderen mußte jene Militärs und Beamten die eigene, persönliche Mitwirkung und ihre Bindung an den Nazistaat und damit auch ihre eigene jüngste Vergangenheit überwinden. Dieser Prozeß wiederum war meist langwierig und widersprüchlich. Die Entscheidung zum Widerstand hob die praktische Kooperation keineswegs auf, sondern änderte nur das Verhältnis, zwang aber zur Konspiration. Das Verhältnis von Kooperation und Widerstand aber war kompliziert und umfaßte mehrere Ebenen, es war nicht nur politisch, sondern entscheidend sozial konstituiert. Die eigene Entscheidung war von der Sozialmoral der eigenen Gruppe sowohl ermöglicht als auch erschwert.⁵⁰

Diese Frage sollte die Forschung stärker auf die materiell-sozialen Grundlagen für die Handlungsspielräume der verschiedenen Angehörigen des Widerstandes lenken. Zur sozialen Charakteristik des Widerstandes gehören auch die spezifische Rekrutierung der Angehörigen von Institutionen wie der Wehrmacht oder der Ministerialbürokratie sowie jene institutionell gegebenen Bedingungen und

⁴⁷ So waren die Amtskirchen schon um ihrer Selbstbehauptungswillen gegen die „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“ und eine „Entchristlichung des Volkes“. Zum Konflikt in den evangelischen Kirchen gibt es zwei Gesamtdarstellungen: die pro-jungreformatorische (= pro-deutschnationale) Darstellung von Klaus Scheider: Die Kirchen und das Dritte Reich, Frankfurt/Berlin/Wien 1977 ff, und die pro-deutschchristliche von Kurt Meier: Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in drei Bänden, Halle/Sa. 1976 ff. Vgl. zur Kritik an beiden: Hanfried Müller: Zum Verständnis und Mißverständnis des Kirchenkampfes, in: Repraesentatio mundi. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hanns Heinz Holz, hg. von Hermann Klenner, Domenico Losurdo, Jos Lensink und Jeroen Bartels, Köln 1997; vgl. weiter: Hans Prolingheuer: Wir sind in die Irre gegangen. Die Schuld der Kirche unterm Hakenkreuz nach dem Bekenntnis des Darmstädter Wortes von 1947, Köln 1987.

⁴⁸ Steinbach, Widerstand-Keimzelle (FN 21), S. 87.

⁴⁹ Steinbach kehrt das Verhältnis um: Dem „entschiedenen und teilweise beeindruckenden Widerstand“ der Kirchen widersprechen nur „manche Berührungspunkte“ zwischen „Kirchen und Nationalsozialismus, die nicht in das Bild der widerständigen Selbstbehauptung passen, welches nach 1945 gezeichnet wurde.“ Widerstand im Widerstreit (FN 17), S. 78.

⁵⁰ Vgl. „Der an der deutschen Opposition viel kritisierte Mangel an Entschlossenheit, zu wirklicher Aktion überzugehen, und die häufig zu optimistische Einschätzung der Chancen, das Regime zu beseitigen, findet in dieser sich immer mehr als Illusion herausstellenden Integrität der Oberschicht ebenso eine Erklärung wie die ausgeprägte Feindschaft und das grenzenlose Mißtrauen, daß ihr von den nationalsozialistischen ‚Emporkömmlingen‘ entgegengebracht wurde. Die soziale Ausgangslage des Widerstandes ist eine der Ursachen dafür, daß er sich ... nicht als ‚Sammlungsbewegung‘ formierte.“ Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, hg. von Hermann Graml, Frankfurt/Main 1984, S. 18.

materiell-technischen Mittel, die diese Widerstandskämpfer zu nutzen vermochten. Die soziale Spezifik ihres Widerstandes erstreckt sich keineswegs nur auf den politischen Inhalt der Flugblätter, Aufrufe, Verständigungspapiere oder Verfassungsmodelle etc., sondern schließt die finanziellen und räumlich-gegenständlichen Voraussetzungen, über die disponiert werden konnte, die Kommunikationsmöglichkeiten und die spezifischen sozialen Fähigkeiten ein. Die Handlungsspielräume der Akteure wie der Adressaten z. B. der Aufrufe [26:] vom 20. Juli 1944 waren jeweils sozial spezifisch konstituiert, d. h. klassen- und milieuabhängig. Dieser Aspekt scheint mir in den Forschungen, und zwar sowohl zu allen Streitfragen der Beziehung von Kooperation oder Widerstand als auch in bezug auf die Handlungsmöglichkeiten des Arbeiterwiderstandes, zu wenig untersucht. In diesem Sinne ist eine Sozialgeschichte des nationalkonservativen Widerstandes, die sich ja nicht auf Milieu- oder Alltagsgeschichte des „kleinen Mannes“ zurückziehen kann, noch zu schreiben.

2.5. *Legitimation oder retrospektive Kritik?*

In bezug auf die Bewertung bewegt sich die Widerstandshistoriographie manchmal innerhalb einer falschen Alternative. Eine erste Option ist die selektive legitimatorische Inanspruchnahme von Widerstandstraditionen samt Heroisierung. Peter Steinbach wählt eine andere: Um „den legitimatischen Rück- oder Selbstbezug mancher widerstandsgeschichtlicher Fragestellungen zu begrenzen oder zumindest zu kontrollieren“ sollen die Prämissen der geschichtlichen Persönlichkeiten und ihrer Wertvorstellungen hermeneutisch entschlüsselt und die „Eigenwertigkeit ihrer Urteils- und Interpretationskriterien“ anerkannt werden.⁵¹ Ein solcher Ausweg erlaube die Bekräftigung der Autonomie des Gewissens und der Ehrenhaftigkeit einer reinen Gewissensentscheidung. Nur so könnte besserwisserische oder moralisierende Kritik vermieden werden. Statt geistige oder ideologische Kritik am Widerstand zu üben, ginge es um die Demonstration seiner Wahrhaftigkeit und Zukunftshoffnungen. Nur „hermeneutisch geschulte, interdisziplinäre und sensible Historiker“ könnten „Vielfalt und Zeitgeprägtheit“ der „inneren Geschichte“ des Widerstands erfassen.

Um also der Gefahr zu entgehen, den Widerstand nach Bedürfnissen seiner „Verwertbarkeit für Gegenwartsanliegen“ zu bewerten⁵², will Stein-[27:]bach sich strikt auf hermeneutische Ausdeutung beschränken. Eine „zu sozialwissenschaftliche“ Widerstandsgeschichte dagegen stehe einer „angemessenen Annäherung“ im Wege. Nun wird niemand die „Eigenwertigkeit“ der Erfahrungen und Urteilskriterien der Widerstandskämpfer bestreiten wollen, ihre Hervorhebung hat hermeneutisch allein die Funktion, die Wahrheitsfrage zu suspendieren. Steinbach ist allerdings bei der Begründung für diesen von ihm bevorzugten Weg gezwungen, einige nicht akzeptable Voraussetzungen zu unterstellen. Wenn nur dem hermeneutischen Historiker Sensibilität für die schwierigen Gewissensprobleme seiner Helden zuerkannt wird, so erweist sich zwangsläufig jeder, der diese Anmaßung zurückweist, bereits dadurch als unsensibel. Ebenso ist es unkorrekt, jedes politische Urteil für ein Vorurteil zu halten.

Steinbachs hermeneutische Orientierung hat mit der methodischen Forderung streng historischer Erklärung von Genese und Wirkung des Widerstandes eines gemeinsam: Selbstverständlich müssen die Kenntnisse und Erfahrungen, die Motive und Ziele der Widerstandskämpfer streng aus ihren historischen Entstehungs- und Wirkungszusammenhängen abgeleitet werden. Doch ist nicht zu einer politisch motivierten Verständnis- und Gefühllosigkeit verdammt, wer als Historiker die hermeneutische Beschränkung für die einzig richtige hält. Die Respektierung der Motive der Widerstandskämpfer

⁵¹ Steinbach, Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld (FN 43), S. 614/615.

⁵² In der Gegenwart hat es oft den Anschein, als ob die Zeitgeschichte nicht nur in der Öffentlichkeit der Medien, sondern auch auf ureigenstem historiographischen Terrain an wissenschaftlicher Autonomie verliert. Das betrifft über historische Legitimationsmuster und Orientierungen für eine bestimmte Politik und deren Interpretation, über „wissenschaftliche“ Handreichungen in tagespolitischen Auseinandersetzungen hinaus die zunehmende Fremdbestimmung und politische Unterordnung der Geschichtswissenschaft bei der Begriffsbildung, Wahrnehmungsweise und Forschungsmethodik. Der eifertige politische und publizistische Ehrgeiz mancher Zeithistoriker mag zu dieser Rolle einer Dienstmagd beitragen, doch er erklärt sie nicht. Zweifellos gab und gibt es eine Kritik der politisch vermittelten, einseitigen Widerstandsbilder [27:] durch die geschichtswissenschaftliche Forschung. Doch sollte sie nicht überschätzt werden. M. E. hat sie niemals vermocht, die dominierende politische Einflußnahme und Bestimmung der Forschungen aufzuheben oder auch nur zu neutralisieren.

bedeutet keineswegs, sich auch auf deren Urteile zu beschränken. Denn die Entschlüsselung der Erfahrungs- und Handlungsvoraussetzungen der Widerstandskämpfer entbindet den Historiker nicht von der Analyse ihres Handelns, seiner Inhalte, Ziele und Wirkungen. Eine hermeneutische Interpretation als Alternative zur von Steinbach abgelehnten retrospektiven Kritik geht am Problem vorbei.⁵³ Das Problem aber ist, daß der Historiker seine Erfahrungen nicht unter den Prämissen und dem Horizont der Personen macht, deren Handeln er untersucht, daß er selbst dann, wenn er deren Motivationen und Ziele teilt, sie als Historiker hinsichtlich ihrer Genese, ihrer Tragweite, ihrer Funktionen, ihrer Wirkungen und nicht zuletzt ihrer Alternativen analysiert und vergleicht. Wissenschaft zielt nicht nur auf Verstehen, sondern auch auf Begreifen und Erklären. Ein „integrales Widerstandsverständnis“ ohne begreifende [28:] Erklärung mag für „existentiell“ erklärt werden.⁵⁴ In der Tendenz läuft der zwar postulierte, praktisch gar nicht vollziehbare Verzicht auf eine Überschreitung des Erfahrungshorizontes der Widerstandskämpfer auf die Ersetzung der Forschung durch Formen des Gedenkens bzw. der Ehrung hinaus, z. B. der Besinnung, der Läuterung, der Feier, der Sinnstiftung, der Erbauung, schließlich des Kultus. Jede Würdigung hat ihre Berechtigung und ihre besondere Funktion, aber auch ihre eigenen Erfordernisse. Die Wissenschaft aber ist ihnen Wahrheit schuldig.

Wissenschaft ist immer kritisch oder sie hört auf, Wissenschaft zu sein. Widerstandsgeschichtsschreibung ist wie jede Geschichtswissenschaft im Unterschied zu Kunst, Religion und Gedenken – eine retrospektive Kritik. Auch unter Einbeziehung des Erfahrungshorizontes und der Erfahrungsinhalte, der Beweggründe und der Handlungsalternativen der Personen des Widerstandes hieße eine kritiklose Beschränkung des Historikerurteils auf die Immanenz der im Widerstand Handelnden Verzicht auf Wissenschaft. Wenn daher z. B. die Rolle beider christlicher Kirchen in ihrem Verhältnis zur faschistischen Diktatur, wenn ihr Arrangement mit dem Faschismus einerseits und das mutige Verhalten einiger Geistlicher andererseits analysiert und retrospektiv kritisiert werden, so wäre es verfehlt, ihre nur „begrenzt Erkenntnissen ihrer Zeit aufgeschlossene Entwicklung“ zum Maßstab nehmen zu wollen, wie Steinbach nahelegt. Die Festlegung des Historikers auf die ausschließliche Position eines Hermeneutikers beraubt ihn des kritischen Erkenntnisvermögens, letztlich des Urteils.

Eine Forschung, die sich nur als Hermeneutik versteht und allein die moralischen Widersprüchlichkeiten der hier handelnden Personen zwischen Schuld und Selbstbehauptung untersucht, wird in eine Moralisierung verfallen, selbst wenn sie dies ausdrücklich vermeiden möchte. Ein Verständnis ohne Begreifen kann nicht einmal den moralischen Konfliktsituationen der Handelnden nicht gerecht werden.

Da die Widerstandsforschung Kriterien der Bewertung erarbeiten muß, ist für sie das Problem des legitimatorischen Bezuges ihrer Untersuchungen und Darstellungen immer gegeben. Eine Unterordnung unter einen legitimatorischen Bezug aber verdrängt, wie Steinbach zu Recht bemerkte, die historisch gegebenen Alternativen aus dem Blickfeld und ersetzt sie durch solche der Gegenwart. Um dies zu vermeiden, reicht der Rückzug [29:] auf eine hermeneutische Ausdeutung der Lebenssituationen nicht aus. Um einen legitimatorischen Rückbezug zu kontrollieren oder zu neutralisieren, muß dessen politischer Kontext selbst thematisiert werden.

3. Wissenschaftliche Herausforderungen für die Widerstandsforschung

Widerstandsgeschichtliche Forschungen sind nicht nur in politische Legitimationszusammenhänge eingeordnet, sondern unterliegen wie alle historischen Disziplinen aktuellen historiographischen Tendenzen. Widerstandsforschung konnte immer nur im Zusammenhang mit der Untersuchung der Verfolgungen betrieben werden. Sieht man davon aber einmal ab, so ist in den letzten Jahrzehnten eine gewisse Verselbständigung gegenüber anderen Teilen der Forschungen über den Faschismus unübersehbar. So wie die meisten Forschungen zum Völkermord an den europäischen Juden eng spezialisiert und getrennt von Forschungen zur deutschen Expansions- und Kriegspolitik, zur Neuordnungspolitik

⁵³ Auf eine philosophische Kritik an der Hermeneutik und ihren von Steinbach verschwiegenen Voraussetzungen wird an dieser Stelle verzichtet, da sie für den historischen Gegenstand nicht zwingend erforderlich ist.

⁵⁴ Konsequenterweise erklärt daher Steinbach auch „Gläubigkeit und Christlichkeit“ zu Voraussetzungen für „Widerstand schlechthin“. Diese hebt jedoch die ebenfalls als Voraussetzung in Anspruch genommene „geistige Unabhängigkeit“ auf. Widerstand im Widerstreit (FN 17), S. 67.

und zur Sozialgeschichte des Faschismus betrieben wurden, ebenso finden wir eine isolierende Spezialisierung der Widerstandsforschung, die sie von den historischen Zusammenhängen des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg unmittelbar trennt.

Dabei haben es die Forschungen zum Widerstand nicht nur mit Problemen zu tun, die unmittelbar aus der Untersuchung des eigenen Gegenstandes, aus den dabei angewandten Konzepten, Analysemustern, Bewertungskriterien und den politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hervorgehen. Vielmehr werden die Widerstandshistoriker immer wieder auch mit Konzeptionen und Resultaten konfrontiert, die für die eigenen Untersuchungen von großer Bedeutung sind, weil sie benachbarte Gegenstände berühren oder weil ihre Folgerungen die eigenen Ergebnisse unmittelbar tangieren. Widerstandsforschung kommt so durch ihren gegenständlichen Zusammenhang manchmal in die Situation, Antworten auf Fragen geben zu müssen, die sie selber nicht gestellt hat. Im folgenden sollen punktuell einige solcher „Herausforderungen“ benannt werden.

Diese Erörterungen verfolgen den Zweck, die streckenweise nur eng auf den eigenen Gegenstand fixierte Widerstandsforschung zur Auseinandersetzung anzuregen. Denn unabhängig von Spezialisierung und Selbstisolierung bleibt die Widerstandsforschung in die breitere Historiographie dieser Periode eingebettet. Daraus erwachsen ihr Konsequenzen, denen sie sich nicht entziehen kann, ohne sich selbst zu beschneiden. Äußere Herausforderungen werden so zu eigenen Desiderata, die sie selbständig behandeln muß, schon um die eigene Spezifik zu verwirklichen.

[30:]

3.1. Die Arbeiter- und Sozialpolitik des Naziregimes und die Realität des Arbeiterwiderstandes

In der Widerstandsgeschichtsschreibung der DDR wirkte lange Zeit die Auffassung nach, die Arbeiterklasse habe sich unter Führung der illegalen KPD in einer breiten Abwehrbewegung gegen die Politik der faschistischen Diktatur und deren Einflüsse quasi immunisiert. Das abstrakte Gegenteil dieser Auffassung ist seit den 70er Jahre in der westdeutschen Forschung unter Mißachtung großer sozialgeschichtlicher Forschungstraditionen hochgradig in Mode gekommen, nämlich die These von der so gut wie vollständigen, fast widerstandsfreien Integration vor allem der Arbeiter in das faschistische System – quasi eine nachträgliche Bestätigung des Volksgemeinschaftsmythos. Für eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Thesen waren die Untersuchungen über die Deutsche Arbeitsfront (DAF) als eines speziell für die Arbeiter geschaffenen und betriebsnahen Unterdrückungsinstrumentes von großer Bedeutung. Die Arbeiter waren dem Zugriff der DAF sehr konkret ausgesetzt, ihre Entzugsmöglichkeiten waren aber ebenso konkret.

Die vom Naziregime betriebene Arbeiter- und Sozialpolitik war eine spezifisch ausgeformte, ebenso potenzierte wie verschleierte Klassenpolitik, sie schuf Planungs- und Handlungsstrukturen des Klassenkampfes von oben.⁵⁵ Der Klassenkampf zielte auf die Beseitigung aller Institutionen und eigenständigen Strukturen der Arbeiterbewegung, auf eine Transformation der gesamten Klassenstruktur und neue Kontrollmechanismen ab. Während die NSBO das Konzept eines „zeitlich gerafften faschistisch-gewerkschaftlichen Syndikatsaufbaus“ verfolgte, betrieb der von der NSDAP-Spitze eines „Komitees zum Schutze der Deutschen Arbeit“ gehieft Reichsorganisationsleiter der NSDAP Robert Ley unter dem Druck der Schwerindustrie einen Kurs der Zerstörung auch der letzten Reste selbständiger Klassenorganisationen der Arbeiter.⁵⁶ Mit der Grün-[31:]dung der DAF am 10. Mai 1933 schien

⁵⁵ Zu seiner Strategie liegt ein umfassendes Quellenwerk vor: Sozialstrategien der Deutschen Arbeitsfront. Hg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, bearbeitet und eingeleitet von Karl Heinz Roth, Karsten Linne und Michael Hepp, Teil A: Jahrbücher des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF 1936-1940/41 (Bd. 1-5: Reprints, Bd. 6: Kommentar), München u. a. von 1986-1992, Teil 8: Periodika, Denkschriften und Gutachten, München 1988-1989.

⁵⁶ Vgl. Karl Heinz Roth: Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“. Eine methodisch-historische Studie am Beispiel des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront, München u. a. 1993, S. 116; sowie ders.: Sozialgeschichte und Sozialpolitik des deutschen Faschismus. Zwischenbilanz und Forschungsfragen, in: Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, hg. von Brigitte Berlekamp und Werner Röhr, Münster 1995, S. 246-257.

die Entwicklung zunächst in die Richtung NSBO-beherrschter Syndikate zu gehen. Die NSBO-Führer übernahmen die Aufsicht über 14 Berufsverbände der Arbeiter und neun der Angestellten, „in denen mit Unterstützung des weitgehend unangetastet gebliebenen unteren gewerkschaftlichen Funktionsapparates energische Initiativen zur organisatorischen Konsolidierung und zur Rekrutierung neuer Mitglieder in Gang kamen. Die Arbeiter- und Angestelltenverbände verfügten zunächst weiter über ihr Kassen- und Finanzwesen, sie verwalteten ihre Unterstützungseinrichtungen selbst und regelten ihre Personalfragen unter einer deutlich zurückhaltenden NSBO-Regie“. Die DAF konnte so durch die scheinbar „gebundene“ Vertretung organisierter Lohnarbeiterinteressen die Mehrheit der Arbeiterklasse entpolitisieren und so weit neutralisieren, daß sie den Konsolidierungsprozeß der faschistischen Diktatur nicht offen bekämpfte.

Doch seit August/September 1933 trat immer deutlicher hervor, daß die Tage einer auf einen „sozialen Kapitalismus“ setzenden faschistischen Einheitsgewerkschaft gezählt waren. Zu dieser Zeit verstärkten sich die Repressalien gegen die NSBO und gegen vereinheitlichte Berufsverbände. Zwischen November 1933 und Oktober 1934 wurde aus der DAF als Zwangs-Einheitsgewerkschaft eine Institution, die Roth „substitutiven Korporatismus“ nennt. Die DAF ließ alle Formen korporativer Einverleibung der Arbeiterbewegung hinter sich, die Arbeiter- und Angestelltenverbände verloren erst ihr Kassen- und Finanzwesen, ihre Rechtsstellen, dann ihre Mitglieder und wurden aufgelöst und das gesamte Verbandswesen auf „betriebsorganische Grundlagen“ gestellt. An die Stelle der einheitsgewerkschaftlichen Syndikate traten Reichsberufsgruppen. Die DAF sollte ein reiner Schulungs- und Erziehungsverband werden, dem jede Einmischung in Lohnfragen generell entzogen war. Die Ausschaltung auch letzter gewerkschaftsinterner Funktionen führte zur Atomisierung. Den Widerstand der NSBO-Spitze konnte Ley im August 1934 ausschalten, ein Drittel der Gauverwaltungen wurde ausgewechselt. Der „Wechselbalg“ DAF wurde schließlich eine „militaristisch kommandierte Indoktrinations-, Einschüchterungs-, Lohnabzugs- und Überwachungsmaschinerie“ in Form von „Betriebsgemeinschaften“, in denen der Herr-im Hause-Standpunkt der Unternehmer voll institutionalisiert war. Die DAF als Zwangsorganisation der Arbeiter und Angestellten war ein Instrument arbeitspolitischer Kriegsvorbereitung in einer vorweggenommenen Kriegssozialpolitik. Den Abschluß der Umwandlung der DAF aus einem Syndi-[32:]kat der Arbeiter und Angestellten selbst zu einer Korporation, die die völlig zerstörten Arbeiterorganisationen korporativ substituierte, war die sog. Leipziger Vereinbarung zwischen Ley und Schacht vom März 1935. Sie regelte die Zusammenarbeit zwischen den Regional- und Fachverbänden der gewerblichen Wirtschaft und der DAF. Die „Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ trat der DAF korporativ bei. Arbeitsausschüsse als Gemeinschaftsinstrument sollten das Arbeitspotential an die Produktionsentwicklung und die Rationalisierungserfordernisse der Kriegsvorbereitung anpassen.

Es ist bisher viel zu wenig bekannt, welche wichtige Rolle vor allem das Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF (AWI) für die „soziale Rationalisierung“, also die Sozialpolitik und die Sozialplanung des Regimes und damit für die vorbeugende Verhinderung von Widerstand spielte. Die DAF zielte insgesamt auf entpolitisierende und sozialintegrative Wirkungen ab. Ihr Arbeitswissenschaftliches Institut gewann als sozialpolitische Planungszentrale weit über die DAF hinaus Bedeutung, im zweiten Weltkrieg profilierte es sich als sozialpolitische Planungszentrale der deutschen Okkupationspolitik.⁵⁷ In wenigen Jahren wurde das AWI zu einer der größten sozial- und wirtschaftspolitischen Forschungseinrichtungen Europas, das maximale Leistungsmobilisierung und intensivierte Kapitalbildung durch die Gewährleistung des „sozialen Friedens“ sichern helfen sollte.

⁵⁷ Vgl. Roth, Intelligenz und Sozialpolitik (FN 56), ders. Das Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF und die Ostplanung, in: Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, hg. von Mechthild Rössler und Sabine Schleiermacher unter Mitarbeit von Cordula Tollmien, Berlin 1993, S. 215-226; ders. Die Sozialpolitik des „europäischen Großraums“ im Spannungsfeld von Okkupation und Kollaboration (1938-1945), in: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945), hg. vom Bundesarchiv, Ergänzungsband 1: Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzept und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Berlin-Heidelberg 1994, S. 461-566.

Die Untersuchungen über das AWI bestätigen, in welchem Maße mittels einer in Dienst genommenen Sozialwissenschaft und Sozialplanung ein Klassenkampf von oben zielbewußt geführt wurde. Die imaginierte und propagierte „Volksgemeinschaft“ war keine nur demagogische Phrase, sondern eben Teil dieses Klassenkampfes. Das faschistische Regime restrukturierte die gesamte Arbeitsverfassung: Zur Abkopplung der Lohnentwicklung von der Rüstungskonjunktur wurde die Behörde Reichs-[33:]treuhänder der Arbeit geschaffen. Gleichzeitig wurde die bislang kommunale Zwangsarbeit für Erwerbslose sukzessive einer zentralen Regulation unterworfen. Damit gewann die Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine große Macht, die sie mit Hilfe der Dienstverpflichtungsverordnung und im Krieg vor allem gegenüber den Massen ausländischer Zwangsarbeiter durchsetzte.

Alle ineinandergreifenden arbeits- und sozialpolitischen Restriktionen führten zu gravierenden sozialen Umschichtungen der lohnabhängigen Bevölkerung. Damit wurde Kriegssozialpolitik bereits im Frieden betrieben. Mit Kriegsbeginn wurde die terroristische sozialpolitische Austeritätspolitik teilweise modifiziert. Sozialökonomische Einfriedung zum einen, innere Rekonstruktion und Rezentralisierung der Arbeiterklasse zum anderen, die Wirksamkeit des Terrorsystems, die Etablierung einer faschistisch-loyalen Kaderschicht in den Betrieben, die Professionalisierung des DAF-Geheimdienstes sowie die Zerstörung der Rückzugsgebiete für oppositionelle Kerne erklären hinreichend, warum es in Deutschland nicht zu größeren Massenaktionen der Arbeiter wie z. B. in Italien kam. Aber sie rechtfertigen nicht, die aufgezwungene Betriebsgemeinschaft und die imaginierte „Volksgemeinschaft“ zur Realität einer vollständig integrierten Arbeiterklasse zu erklären. Von besonderem Interesse für die Widerstandsforschung ist dabei die Kontroverse über Integration oder Widerstand der Arbeiter vor allem am Beispiel jener der Kurzstreiks 1935-1937, wie sie in jüngsten Publikationen ausgetragen wurde.⁵⁸

Die Wechselwirkung der Arbeiter- und Sozialpolitik des Naziregimes und der Geschichte des Widerstandes wurde in der Nachfolge der Arbeiten von Timothy Mason in der Forschung vor allem auf den Arbeiterwiderstand selbst bezogen, während über diesen hinaus Forschungen zur Sozialpolitik, zur Wirtschaftspolitik der Kriegsvorbereitung und zur Kriegswirtschaftspolitik für die Widerstandshistoriographie weitgehend beziehungslos blieben bzw. ihr parallel liefen. Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung der Arbeiter- und Sozialpolitik für Konstituierung und Funktionsweise der faschistischen Diktatur, für die Umstrukturierung der gesamten Arbeitsverfassung und die soziale Rekonstruktion der Arbeiterklasse, insbesondere durch die Okkupationspraxis und die Arbeitskräftepolitik im zweiten Weltkrieg, erscheint mir deren Zusammenhang mit dem Arbeiterwiderstand gerade für eine für eine Sozialgeschichte des Widerstandes wichtig.

[34:] Die Bedeutung dieses Klassenkampfes von oben für die Widerstandsgeschichte ist nicht auf die Arbeiter beschränkt. Vielmehr hatte die Zerschlagung aller ihrer Klassenorganisationen, die Regulierung des Arbeitsmarktes und die Neustrukturierung aller Arbeitsverhältnisse Bedingungen geschaffen, die auch Rahmenbedingungen jener Widerstandskräfte waren, die sozial und politisch den Arbeitern fern standen. Für die Widerstandsforschung ergeben sich daher aus den Untersuchungen zur Arbeiter- und Sozialpolitik m. E. zwei Probleme:

Erstens sollte die These, daß die Arbeiter so vollständig in das Regime integriert gewesen wären, daß Widerstand von ihrer Seite strukturell schon im Ansatz ausgeschlossen wäre und selbst Protestäußerungen wie Streiks nicht als Widerstand gegen die Nazidiktatur begriffen werden könnten, überprüft werden. Sie wird nur scheinbar durch das oral-history-Projekt von Lutz Niethammer über die Arbeiter im Ruhrgebiet bestätigt. In deren Erinnerung waren die Jahre 1936-38 die besten Jahre. Der organisierte Widerstand der Arbeiter schien weitgehend eingestellt. Wie Mallmann jedoch nachweist, ist die These von der Zerschlagung des organisierten kommunistischen Widerstandes nicht richtig.⁵⁹

⁵⁸ Vgl. dazu die Beiträge von Gerhard Paul, Alf Lüdtke und Karl Heinz Roth in dem Band: Terror, Herrschaft und Alltag (FN 56).

⁵⁹ Vgl. dazu den Abschnitt 4.4.

Zweitens muß die strukturelle Bedeutung der sozialökonomischen Einfriedung der Arbeiter für die Widerstandsfähigkeit aller anderen sozialen und politischen Kräfte genauer untersucht werden, und das nicht nur unter dem Aspekt terroristischer Einschüchterung, sondern struktureller Restriktionen ihrer Handlungsfähigkeit.

3.2. *Gestapo – Denunziation – Widerstand*

Jüngste sozialgeschichtliche Untersuchungen zur Tätigkeit der Gestapo und zu ihrer Wirksamkeit gegen den Widerstand⁶⁰ sind m. E. für die Widerstandshistoriographie von besonderer Relevanz. Dabei geht es insbesondere um eine Destruktion der Selbstmythisierung der Gestapo als allmächtig, allwissend und allgegenwärtig. Diese Legendenbildung spielte bei der Verfolgung aller Gegner der Nazidiktatur eine wichtige Rolle. Den Widerstandskämpfern war ihr situativ gegebener Handlungsspielraum keineswegs immer genau bewußt. Dieser war abhängig vom tatsächlichen Wissen der Gestapo, regional und zeitlich unterschiedlich. Er hing [35:] aber auch unmittelbar von der Sozialstruktur und den Traditionen der Bevölkerung ab, auch davon, in welchem Grad die faschistischen Instanzen sie mobilisieren und eine Denunziationsbereitschaft zu nutzen vermochten.

Zu der sozial spezifischen Wirkungsgeschichte der Gestapo als Speerspitze des nazistischen Terrorsystems gehörte einmal ihre Zusammenarbeit mit den anderen Sparten des Herrschaftsapparates, zum anderen die Aufnahme und Bewertung ihrer Tätigkeit durch die Bevölkerung, vor allem die Unterstützung durch relevante Teile. Die Gestapo war kein „exterritorialer“ staatlicher Fremdkörper, sondern tief in dieser Gesellschaft verwurzelt und vielfältig mit ihr verbunden. Für die Widerstandsforschung ist diese Verflechtung von außerordentlicher Bedeutung. Eine Sozialgeschichte der Verfolgung zeigt die spezifische Zusammenarbeit mit der Gestapo in verschiedenen Regionen, insbesondere bei Denunziationen auf. Handlungsspielräume und Wirkungsmöglichkeiten des Widerstandes hingen eben nicht nur von der unmittelbaren Verfolgung ab, sondern entscheidend auch von der Akzeptanz, Tolerierung oder Unterstützung bzw. der Ablehnung und Denunziation durch jene Teile Bevölkerung ab, die die jeweiligen Widerstandskräfte sozial verkörperten.⁶¹ Hinsichtlich der sozialen Ausgangslage, der materiellen Voraussetzungen und der Handlungsspielräume, aber auch der Denunziationsgefahr gab es spezifisch soziale Unterschiede. Dahrendorf hat die für die Oberschicht auch unter dem Naziregime faktisch bestehende Freiheit der politischen Meinungsbildung hervorgehoben⁶², Hans Mommsen auf den „sozialen Nährboden für einen konspirativen, die gesellschaftlichen und politischen Machtpositionen ausnutzenden Widerstand“ verwiesen, denn „aktiver Widerstand, soweit er zu umfassender Konspiration tendierte, erforderte zugleich ... Abkömmlichkeit und ein Mindestmaß materieller Sicherheit.“⁶³ Gerhard Paul hebt die soziale Spezifik der Zusammenarbeit mit der Gestapo hervor, und zwar sowohl hinsichtlich eingeschleuster Spitzel aus der eigenen sozialen Gruppe wie auch hinsichtlich der Denunziationen, die ebenfalls meist Angehörige der eigenen Schicht betrafen. Selbst die eruierbaren [36:] Gründe und Zwecke solcher Denunziationen scheinen schichtspezifisch zu sein.⁶⁴

Ein weiterer Aspekt betrifft die Verfolgung jeglichen Widerstandes durch den faschistischen Staat. Sozialgeschichtlichen Untersuchungen können die Arbeitsteilung und die Wirksamkeit der Gestapo innerhalb dieser genauer herausfinden. Diese hing nicht zuletzt von Umfang und Art der für eine Verfolgung mobilisierbaren andere Kräfte ab. Der „Erfolg“ der Gestapo ist sowohl über- als auch unterschätzt worden.⁶⁵ Dabei ist ihre Leistungsfähigkeit natürlich einer Entwicklung unterworfen

⁶⁰ Vgl. Robert Gellately: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945, Paderborn u. a. 1993; Mallmann/Paul: Herrschaft und Alltag (FN 25); Die Gestapo – Mythos und Realität, hg. von Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann. Mit einem Vorwort von Peter Steinbach, Darmstadt 1995.

⁶¹ Zur Rolle der Einbettung des Widerstandes in die allgemeine Haltung der Bevölkerung und zur Rolle der öffentlichen Meinung für ihn vgl. Semelin: Ohne Waffen gegen Hitler (FN 32). S. 47-58, 135-164.

⁶² Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 441.

⁶³ Hans Mommsen, Verfassungspläne (FN 50), S. 17.

⁶⁴ Gerhard Paul: Zur Sozialgeschichte von Verfolgung und Widerstand am Beispiel des Saartandes (1935-1945), in: Terror, Herrschaft und Alltag (FN 56), S. 32-77.

⁶⁵ Zweifellos führten mangelnde Professionalität, personelle Unterbesetzung und viele andere Gründe in den regionalen Dienststellen der Gestapo dazu, daß sie weniger „effektiv“ war, als ihr Ruf der Allgegenwart und Allwissenheit suggerierte. Doch entscheidend für ihre Wirkung war niemals die Gestapo allein, sondern ihre Rolle als

gewesen, die nicht in erster Linie von ihrer Verwurzelung in der Gesellschaft abhing. So war die Aufdeckung des 20. Juli-Netzes in fast allen Einzelheiten eine „Meisterleistung“, die der Gestapo 1935 nicht möglich gewesen wäre. Alle Aspekte der „Effektivität“ der Gestapo müssen in ihrer Genese gesehen werden. Die Gestapo hatte 1934 ein anderes Gesicht als 1944.

In Reaktion auf jüngste Forschungsstandpunkte zur Gestapo wurde das Verhältnis von Gestapotätigkeit und Denunziation des Widerstandes durch Teile der Bevölkerung kontrovers diskutiert.⁶⁶ Es geht wesentlich um zwei Aspekte ein und derselben Frage:

1. Handelte es sich vor allem um eine denunziatorische Selbstmobilisierung der deutschen Gesellschaft oder ursprünglich um ein strukturelles Denunziationsangebot der faschistischen Behörden an die Bevölkerung, das genutzt wurde? Ich bin der Überzeugung, daß in dieser Frage die staatlich vorgegebene Stigmatisierung zu verfolgender Gruppen in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung nicht vernachlässigt werden darf.

2. Bei wem lag die Initiative zur Verfolgung des Widerstandes, bei der Gestapo oder bei den individuellen Denunzianten? Auch wenn die Gestapo über die Einleitung von Verfolgungsmaßnahmen immer selbst ent-[37:]schied, schreiben Gellately, Mallmann und Paul den Denunzianten die entscheidende Initiative zu. Erst auf deren Anregung habe sie die Verfolgung der denunzierten politischen Gegner begonnen. Dies war zweifellos in zahlreichen Fällen so.

Doch die Gestapo als zentralistische Terrororganisation hat sich nicht von anderen vorschreiben lassen, welche Gruppen und Richtungen sie verfolgte, sondern gab diese selbst vor. Angezeigte Einzelpersonen und Gruppen ordnete sie diesen Kategorien zu. Und die Denunzianten rechneten genau auf die Wirkung dieser Zuordnung.⁶⁷ Die Gestapo konnte eigene organisatorische Schwächen durch den Rückgriff auf ein verbreitetes Denunziantenwesen unter der deutschen Bevölkerung ausgleichen. Entscheidend aber blieb die Tatsache, daß die Bevölkerung immer wieder öffentlich zur Denunziation politischer Gegner aufgefordert wurde. Damit waren sowohl die „politischen Straftatbestände“ vorgegeben als auch die anzuzeigenden politischen Gegner stigmatisiert. Die Wahrung der Anonymität wurde zugesichert. Ein Verbot ihrer Bestrafung gab es nicht.

Eine Sozialgeschichte von Verfolgung und Widerstand sollte sich den sozialen Ausgangslagen und dem sozialen Boden des Widerstands auch für jene Gruppen stärker stellen, die ihre gesellschaftlichen Positionen auch innerhalb des Herrschaftssystems als Machtpositionen für den Widerstand zu nutzen verstanden. Eine komplexe Sozialgeschichte des Widerstandes ist erst noch zu schreiben.

3.3. Der Mikrokosmos des Konzentrationslagers und der ausgeschlossene Widerstand

In den Jahren seit 1989/90 hat sich eine Reihe von Forschern mit der Soziologie der Konzentrationslager beschäftigt.⁶⁸ Paradigmatisch für enthi-[38:]storisierende Anthropologisierung, ja Mystifizierung

Speerspitze des Terrors, also vor allem die Tatsache, welche Kräfte sie mobilisieren bzw. in Anspruch nehmen konnte. Für den Widerstand war wichtiger als die innere „Effektivität“ der Gestapo deren Wirksamkeit insgesamt.
⁶⁶ Vgl. zur Kontroverse die Beiträge von Gerhard Paul, Ludwig Eiber und Werner Röhr in: Terror, Herrschaft und Alltag (FN 56).

⁶⁷ Der Zentralismus betraf nicht nur die „Gegnerbekämpfung“ sondern die „rassische Generalprävention“, also die Ausweitung politisch-polizeilicher Verfolgungsmaßnahmen über politische Vergehen hinaus auf Abweichungen im Sozialverhalten entsprechend einem selbstformulierten Gesamtauftrag der politischen Gesunderhaltung des deutschen Volkskörpers“. Denunziationen aus der Bevölkerung wie „Amtshilfe“ von NSDAP- und staatlichen Stellen wurden erst auf der Grundlage eines Verständnisses des „Auftrages an die Polizei, alle zur Verbrechensvorbeugung erforderlichen Maßnahmen zu treffen“, wirksam. Vgl. Werner Best: Die deutsche Polizei. Berlin 1940, S. 31 f. Zur Kritik siehe: Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996, S. 170 ff.

⁶⁸ Zygmunt Baumann: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust. Hamburg 1992; Wolfgang Kirstein: Das Konzentrationslager als Institution totalen Terrors. Das Beispiel des KZ Natzweiler, Pfaffenweiler 1992; Wolfgang [38:] Sofsky: Absolute Macht. Zur Soziologie des Konzentrationslagers, in: Leviathan 4/1990, S. 518-535; Oers.: Die Ordnung des Terrors: das Konzentrationslager, Frankfurt/Main 1993; Gerhard Armanski: Maschinen des Terrors. Das Lager (KZ und GULAG) in der Moderne, Münster 1993. Zur westdeutschen Forschung vor dieser Welle anthropologisierender Deutung vgl. Gudrun Schwarz: Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/Main – New York 1990, S. 7-16.

der Lagerwirklichkeit ist das Buch von Wolfgang Sofsky. Er will eine Nahtsicht des Konzentrationslagers als gesellschaftlicher Machtform eigener Art geben. Sofskys entscheidende Prämisse, die keineswegs von allen anderen Autoren geteilt wird, lautet, das Konzentrationslager sei nur aus sich selbst zu verstehen, es könne weder ideologisch noch funktionalistisch und auch nicht psychopathologisch begriffen werden. Historische und theoretische Erwägungen würden einer originären Analyse dieser eigenen Machtformen nur ausweichen. Darum werden sie auch zugunsten anthropologisierender Bestimmungen weitgehend ausgespart.

Sofskys Untersuchungsmethoden sind einmal die *dichte soziologische Beschreibung* und zum anderen eine *Mikroanalyse* der Gewalt. Das Konzentrationslager wird mit Hilfe einer Machtsoziologie untersucht, die sich auf dem Begriff der absoluten Macht aufbaut, die sich schlagend im KZ-System entäußert habe. Seine soziologische Situationsanalyse aber faßt das KZ als „abgeriegelten Kosmos“ und „dynamisches Handlungsfeld“, in dem diese absolute Macht alle Strukturen des Raumes und der Zeit, der Sozialität wie der Individualität durchdränge.⁶⁹

Als Subjekt ersetzt die „absolute Macht“ in dieser Konzeption alle im Konzentrationslager selbst tätigen Kräfte, aber auch die Lagerwelt von außen bestimmenden oder doch beeinflussenden Personen, Organisationen und Behörden. Hinter der „absolute Macht“ verschwinden alle Interessen und Zwecke der Menschen und alle Politik. Anstelle handelnder Personen – die Terroristen eingeschlossen – agiert die „absolute Macht“. Sie erscheint als Demiurg des Terrors, sie „tobt sich aus, wann immer sie will“. Äußere Imperative kenne sie nicht. Die „absolute Macht“ organisiere die Gewalt selbst aus, staffele und delegiere sie. Einer ideologischen Legitimation bedürfe sie nicht, vielmehr übe sie ein unbeschränktes Definitions- und [39:] Etikettierungsdispositiv aus. Grausam und fessellos expandiere sie um ihrer selbst willen. Im totalen Tötungsprozeß sei sie sich selbst genug.

Für die Erforschung des Widerstandes in den Konzentrationslagern ist vor allem die negative Konsequenz dieser substantivierten „absoluten Macht“ relevant: die unbegrenzte Ohnmacht der zu Serien gepreßten Menschen. Ihre absolute Ohnmacht heißt, der Handlungsfähigkeit beraubt und der körperlichen Überwältigung ausgeliefert zu sein. Widerstand wird per se ausgeschlossen, da die Zerstörung der Person und die neue, lagerförmige Vergesellschaftung der Häftlinge dafür keine Möglichkeit böten. Aufbegehren oder spontane Hilfe schlugen direkt in Schaden für Opfer und Helfer um. Die „absolute Macht“ bestimme jeweils die Grenze zwischen Leben und Tod, regiere das Sterben. *Absolute Macht* wird so bei Sofsky zum Muster anthropologischer Destruktivität. Diese Konzeption einer subjektlosen, d. h. aber zum überhistorisch gefaßten, unpersonalen Subjekt erhobenen „absoluten Macht“ schließt vom Ansatz her aus, Subjektivitätsmomente der Individuen auf beiden Seiten dieses Gewaltverhältnisses zu erfassen. Nicht die Selbstbehauptung unter schwierigsten Bedingungen, nicht jene, tatsächlich Widerstand leistenden Häftlinge, sondern die „Muselmänner“ sind daher für Sofsky die Zentralfiguren im Konzentrationslager.

Ungeachtet der abstrakten Anthropologisierung „absoluter Macht“ darf nicht verkannt werden, was Sofsky in seinem Buch leistet: Er zeichnet ein umfassendes und überzeugendes Tableau der Gewalt im Konzentrationslager. Seine „dichte soziologische Beschreibung“ der destruierten und deformierten Sozialität in diesen Gewaltverhältnissen ist aber genötigt, auf anthropologisch-psychologische Erklärungsgründe zurückzugreifen, weil sie die historisch-gesellschaftliche Produktion und Wirkungsweise solcher destruktiven Sozialität ausklammert. Allerdings geht das Konzept eines Mikrokosmos „absoluter Macht“ nur scheinbar fugenlos in der beschriebenen Wirklichkeit auf. Denn so wahr es ist, daß Häftlinge, die sich moralisch oder politisch gegen diese Ordnung des zu wenden versuchten, ebenfalls unter ihrem Gesetz standen, so unbestreitbar ist der Widerstand in den Konzentrationslagern.

Organisierter politischer Widerstand in den Konzentrationslagern richtete sich unmittelbar auf Überleben und Selbstbehauptung, konnten doch die Häftlinge von innen die Nazidiktatur nicht stürzen.

⁶⁹ Vgl. zum folgenden die Kritik von Gerhard Armanski: Die absolute Macht ex nihilo. Wolfgang Sofskys Soziologie des Konzentrationslagers, in: BULLETIN – Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V., Nr. 5, 1995, S. 33 ff.

Die Lager sollten zunächst politische Gegner ausschalten und vernichten, später auch zunehmend die billige Arbeitskraft von Sklavenarbeitern aus- und vernutzen. Die Kombination von politischer Ausschaltung, Ausbeutung und Vernichtung wurden in ihnen gefunden und praktiziert: „Vernichtung durch Ar-[40:]beit“. Diese Lager waren Orte des Leidens, der Ausbeutung und des Todes, jeglicher Widerstand sollte gebrochen bzw. ausgeschlossen werden. Wenn jedoch die intendierte völlige Zerstörung der Person und neue lagerförmige Vergesellschaftung weder absolut noch durchgängig gelang, so dank dem Widerstand. Gerade in der Vergesellschaftung durch organisierten Widerstand blieb Selbstbehauptung möglich, ohne daß der tatsächliche Widerstand darauf reduzierbar wäre.⁷⁰

Sofskys Soziologie des Konzentrationslagers als einer sich selbst genügenden Ordnung schließt nicht nur Genese und Historizität der Gewaltverhältnisse aus, sondern auch deren Funktionalität für eine Gesellschaft, die sich diese Lager für gewollte Zwecke schuf. War das Konzentrationslager in der Tat ein Mikrokosmos, so war er mit dem Makrokosmos der ihn umgebenden Gesellschaft direkt und vielfältig verbunden und erfüllte für sie sehr konkrete Funktionen. Da historisch die Wechselwirkungen dieser Lager mit der sie umgebenden Gesellschaft für den Widerstand sehr wichtig waren, wird mit der Isolierung des Mikrokosmos Widerstand in ihm noch von einem weiteren Aspekt her ausgeschlossen.

Die wissenschaftlichen Leistungen der jüngsten soziologischen Mikroanalysen der Gewalt in den Konzentrationslagern sollen hier nicht erörtert werden. Hier geht es darum, nach den Konsequenzen für die Widerstandsforschung und nach deren Reaktionen auf diese Analysen zu fragen. Soweit ich es übersehe, stehen Rezeption, Analyse und Kritik dieser Herausforderung durch die Widerstandshistoriographie noch aus.

An dieser Stelle ist jedoch eine für die Widerstandsforschung wichtige, entscheidend politisch verursachte Erscheinung zu erwähnen, die nur scheinbar mit jener abstraktiven Anthropologisierung menschlicher Destruktivität zur „absoluten Macht“ nichts zu tun hat. Ich meine jene Verunglimpfung des Widerstandes im Konzentrationslager Buchenwald und die Erklärung der kommunistischen Funktionshäftlinge zu Komplizen der SS-Mörder, wie sie im Zuge der politischen Attacken auf den Antifaschismus nicht nur in der Publizistik manifest, sondern leider auch durch wissen-[41:]schaftliche Veröffentlichungen begünstigt wurde.⁷¹ Wenn Widerstand gegenüber einer „absoluten Macht“ strukturell nicht möglich sei, dann könne es auf Seiten der „absoluten Ohnmacht“ nur Komplizenschaft mit der gestaffelten Macht gegeben haben. Ob gewollt oder ungewollt, die These der absoluten Ohnmacht verkehrt jeden Widerstand als sein Gegenteil und denunziert. Das tatsächliche Problem, die Bedeutung der im Widerstand organisierten Funktionshäftlinge für die Strategie des Überlebenskampfes aufzuklären, wie es bereits im Buchenwald-Bericht⁷² und darauf fußend in Kogons Buch „Der SS-Staat“⁷³ aufgeworfen wurde, bleibt bei solcher Dämonisierung unerklärt.

3.4. Der nationalkonservative Widerstand und die Nachkriegsplanungen im deutschen Faschismus

Die Schwierigkeit, das Verhältnis von Kooperation und Opposition mit dem Hitlerfaschismus für einige Gruppen des Widerstands zu bestimmen, zeigt sich besonders deutlich in der Frage, was jene an die Stelle der Nazidiktatur setzen wollten. Seit Mitte der 60er Jahre erfuhr die Bewertung des Widerstandes von Kirchen bzw. kirchlichen Repräsentanten und von Vertretern der nationalkonservativen Opposition in der westdeutschen Historiographie eine kritischere und differenzierte

⁷⁰ Vgl. Krzysztof Dunin-Wasowicz: Ruch oporu w hitlerowskich obozach koncentracyjnych 1933-1945, Warszawa 1979; Der Buchenwald-Report Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, hg. von David A. Hackett, München 1996, bes. S. 293-308; Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, 29. Aufl., München 1994; Klaus Drobisch: Widerstand in Buchenwald, 2., überarb. Aufl. Berlin 1985; Klaus Drobisch/Günther Wieland: Das System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993.

⁷¹ Zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Buch „Der ‚gesäuberte‘ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente“ hg. von Lutz Niethammer, Berlin 1994. Vgl. die Kontroverse zwischen dem Herausgeber und Kurt Pätzold in: BULLETIN, Nr. 5, Berlin 1995, S. 84-113.

⁷² Vgl. Buchenwald-Report (FN 70), bes. S. 111-117 und 293-308.

⁷³ Kogon, Der SS-Staat, (FN 70).

Neuakzentuierung. Basis dafür waren genauere Untersuchungen über die Zielvorstellungen v. Goerdelers, v. Hassells, Popitz und v. d. Schulenburgs, wie sie vor allem von Hans Mommsen⁷⁴ und Hermann Graml⁷⁵ und später von Klaus-Jürgen Müller über Beck⁷⁶ vorgenommen wurden. Signalbedeutung gewann Hans Mommsens Untersuchung der Verfassungspläne, Politikvorstellungen und Gesellschaftsmodelle des zivilen wie des militärischen nationalkonservativen Widerstandes, die erstmals 1966 publiziert wurde. Parallele Untersuchungen zu den Gesellschaftsvorstellungen des [42:] Kreisauer Kreises, zu seinen Staats-, Wirtschafts- und Rechtsauffassungen legten Ger van Roon⁷⁷ bzw. in der DDR Kurt Finker vor⁷⁸.

Ein entscheidender Ansatzpunkt für die politischen Zielvorstellungen entscheidender Repräsentanten des nationalkonservativen Widerstandes war die völlige Mißdeutung des Hitlerfaschismus als revolutionär, ja geradezu bolschewistisch⁷⁹. Ihre konservative Revolutionsfurcht, insbesondere vor einem kommunistischen Umsturz in Deutschland, ließ sie z. B. im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ die Verkörperung dieser Gefahr erblicken, weshalb seine „psychologische Bedeutung für die Verschwörung kaum unterschätzt werden“ könne.⁸⁰ Ein zweiter Ausgangspunkt ihrer Vorstellungen von einer Ersetzung des Hitlerfaschismus durch andere Varianten autoritärer, antiparlamentarischer Herrschaft war ihr ungebrochene Selbstverständnis, sie verkörperten die sozial, politisch und moralisch einzig legitime und zur Führung des Volkes berufene Herrschaftselite.

Ohne politische Differenzen in den Zielvorstellungen zwischen Popitz, v. Hassells, Goerdelers und v. Stauffenbergs beseitezuschieben, dokumentierte Mommsen, wie sehr Verfassungspläne und antiliberale, antiparlamentarische und antipluralistische Gesellschaftsbilder dieser Opponenten nicht nur aus der Ablehnung des Nationalsozialismus, sondern ebenso aus der Ablehnung der bürgerlich-parlamentarischen Traditionen Westeuropas und der Weimarer Republik herrührten, aus der Zurückweisung aufklärerischen Geistes und dem Rückgriff auf vorbürgerliche Traditionen des Obrigkeitsstaates. Ihre allgemeine Überzeugung war, die Weimarer Republik habe sich selber ad absurdum geführt, daher wollten sie auch nicht zu ihr zurück. Unter diesem Aspekt gab es nicht wenige Elemente der Nazidiktatur, die direkt oder modifiziert als übernehmbar angesehen wurden. In v. Hassells Verfassungsentwurf sollten Einrichtungen wie die NSDAP, die NSV, die DAF und der Arbeitsdienst im Prinzip beibehalten werden, vor allem aber die Organisationsform der Wirtschaft. Um den beklagten Dualismus von Staat und Gesellschaft sowohl politisch als auch sozial zu überwinden, suchten sie nach Staatskonstruktionen, die vor allem die Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Klassen aus-[43:]schließen sollte und die nazistische „Volksgemeinschaft“, in der sie Pluralismus und Partikularismus überwunden sahen, als zu bewahrende Errungenschaft einschloß.

Für die innere Krise des Naziregimes war es zweifellos bezeichnend, daß es sich seine politischen Pläne von seinen erklärten Widersachern ausarbeiten ließ: Popitz und Goerdeler beantworteten noch im Gefängnis sehr ausführlich einen ihnen vorgelegten Fragenkatalog des Innenministeriums.⁸¹ Mehr

⁷⁴ Hans Mommsen, Verfassungspläne (FN 50), S. 14-91.

⁷⁵ Graml, Außenpolitische Vorstellungen (FN 50), S. 92-139.

⁷⁶ Klaus-Jürgen Müller. General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungsweise und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933-1938, Boppard 1980.

⁷⁷ Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der Deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.

⁷⁸ Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978.

⁷⁹ Vgl. verwandte Auffassungen in dem 1940 von Sebastian Haffner in London publizierten Buch: Germany: Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet. Deutsche Erstausgabe, Berlin 1996.

⁸⁰ Hans Mommsen, Verfassungspläne (FN 50), S. 81.

⁸¹ Die Antworten Goerdelers sind abgedruckt in: Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, hg. von Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 2, Stuttgart 1989, S. 802 ff. Die „Grundlage eines Fragenkatalogs, welcher Popitz und Goerdeler im Gefängnis zur ausführlichen Beantwortung vorgelegt wurde“, bildete eine Denkschrift v. d. Schulenburgs zu Fragen der Raumordnung. „Es ist wahrscheinlich, daß im Reichministerium des Innern erhebliches sachliches Interesse daran bestand. Sowohl Staatssekretär Stuckart wie sein Vertreter, Ministerialdirektor Ehrensberger, standen seit Jahren in engem Kontakt zu Schulenburg, und es spricht vieles dafür, daß auch Himmler die Vorschläge zu verwerten gedachte.“ Hans Mommsen, Verfassungspläne (FN 50), S. 39.

noch verweist die Eignung der Autoren auf nicht wenige Berührungspunkte und Parallelen. Hans Mommsens Einschätzung, daß die Entwicklung der BRD nach 1945 zu einem bürgerlich-parlamentarischen System im Grunde über die Vorstellungen dieser Widerstandskreise hinweggegangen sei, soll hier über ihren verfassungsrechtlichen Aspekt hinaus geführt werden.⁸²

Bisher sind die Widerstandsforscher noch nicht der Frage nachgegangen, warum die wirtschaftspolitischen Nachkriegsprogramme des 20. Juli für die Nachkriegsplanungen der deutschen Großbourgeoisie überhaupt keine Rolle spielten. Darauf hat in jüngster Zeit Karl Heinz Roth aufmerksam gemacht.⁸³ Ist es nur der Niederlage geschuldet oder warum sind die herrschenden Klassen Deutschlands in ihren Nachkriegsplanungen 1944/45 über die wirtschaftlichen Nachkriegsvorstellungen des 20. Juli so völlig hinweggegangen? Warum war aus der gescheiterten zugleich eine perspektivlose Orientierung geworden? Die Klärung dieser Frage könnte das Verhältnis dieser Widerstandsrichtung zur deutschen Großindustrie unter einem wichtigen Aspekt gründlicher aufklären als bisher.

[44:] Planungen und Vorbereitungen auf den Nachkrieg spielten auf deutscher Seite in allen Kriegphasen eine außerordentliche Rolle, während der Siege 1940/41, nach dem erzwungenen Übergang zur strategischen Defensive und erst recht angesichts der bevorstehenden Niederlage. Hinsichtlich Informationsbeschaffung, Konzeptions- und Entschlußbildung nahmen diese Anstrengungen erhebliche Potentiale auf vielen Führungs- und Funktionsebenen in Anspruch. Seit 1940 beherrschte die Kriegszieldpolitik von den zentralen Entscheidungsebenen bis zu den Standorten alle wirtschaftspolitischen Bereiche. Spätestens im Spätsommer 1943 aber war unwiderruflich der Zeitpunkt gekommen, an dem die bisherigen deutschen Nachkriegsplanungen grundsätzlich in Frage gestellt werden mußten, denn diese waren nur im Hinblick auf eine siegreiche Beendigung des Krieges systematisiert worden.

In den Planungsprozessen seit dem Spätsommer 1943 gab es sehr verschiedene Stränge.⁸⁴ So proklamierte das Auswärtige Amt einen „europäischen Staatenbund“ mit antisowjetischer Orientierung und reaktivierte dafür seine Zollunionspläne. Im Umkreis der IG Farben und des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages wurden Vorstellungen über die Einführung einer europäischen Einheitswährung sowie einer europäischen Wiederaufbaubank entwickelt, die Bestandteil eines europäischen Stabilisierungsprogramms werden sollten, das sich vor allem an die südosteuropäischen Länder richtete. Die Freiburger „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“ forderte die uneingeschränkte Rehabilitation der freien Unternehmerinitiative und ein Ende des Wirtschaftsdirigismus und setzte auf ein neoliberales Austeritätsprogramm. Das Planungsamt im Speerministerium entwickelte eine „Europa-Konzeption“, nach der die kontinentalen Großunternehmen durch große Auftragsverlagerung eingebunden werden sollten, um das Rüstungspotential der „Festung Europa“ zu steigern, basierend auf dem durch die einseitige Rüstungskonjunktur gegebenen Strukturbruch der Volkswirtschaft. Dieser europaweit organisierte Rüstungsverbund sollte für die Nachkriegszeit eine Wirtschaftsplanung ermöglichen, die auf Effizienz, technische Innovation und „Amerikanismus“ setzte.

[45:] Komplementär entwickelten die Außenwirtschaftsabteilungen der großen Industriekonzerne ein exportorientiertes Nachkriegsprogramm. Eine konsolidierbare Nachkriegsperspektive ließe sich – so ihre Maxime – nur außenwirtschaftlich gewinnen. Institutioneller Sammelpunkt dieser als Abwehr des „Amerikanismus“ des Planungsamtes gedachten Planungen war das Reichswirtschaftsministerium. Dessen vom Handelskapital dominierte Grundsatzabteilung profilierte sich für die Durchsetzung von Exportinteressen als Gegenpol zum „Europa-Kreis“ Kehrls durch einen „Arbeitskreis für Außenwirtschaftsfragen“.

Die Nachkriegsprogramme der Gruppe des 20. Juli waren recht heterogen. Ihre Voraussetzung war ein klarer politischer Bruch mit Hitler und der Naziführung. Ihre maßgebenden Vertreter wollten das

⁸² Ebenda, S. 90.

⁸³ Vgl. dazu: Karl Heinz Roth: Wirtschaftliche Nachkriegsprogramme des 20. Juli, in: Kapitulation und Befreiung. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa, hg. von Fritz Petrick, Münster 1997.

⁸⁴ Zusammenfassend siehe dazu: Karl Heinz Roth: Die wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen des deutschen Faschismus – Forschungsbilanz und offene Fragen, in: BULLETIN, Nr. 6, Berlin 1996, S. 51-70. Ausführlicher dazu ders.: Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen, in: Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. III: 1943-1945, Berlin 1996, S. 509-611.

deutsche Wirtschaftspotential in ein antisowjetisches Bündnis mit den Westmächten einbringen. Goerdeler einigte sich mit Leber und Leuschner auf einen Sozialpakt, der auf Vollbeschäftigung und Einheitsgewerkschaft orientierte. Diese Bestrebungen scheiterten jedoch an der Verweigerung der wirtschaftlichen Machtzentren, denn auch in der Phase vom Spätsommer 1943 bis zum Juli 1944 war diese Oppositionsgruppe in keinem der genannten Planungsstränge wesentlich vertreten.

Seit dem Frühjahr 1944 setzte sich die Reichsgruppe Industrie in den wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen gegenüber allen Strängen durch. Sie beerbte Nachkriegsplanungen des Speersehen Planungsamtes, des Arbeitskreises für Außenwirtschaft, der Gruppe der Großbanken oder dem MWT und schoben konkurrierende Planungen der strukturellen Verlierer des Rüstungs-Strukturbruchs in die zweite Linie. Zu institutionellen Zentren ihrer Nachkriegsplanungen wurden der „Stahlkreis“ der Reichsgruppe und Ludwig Erhards Nürnberger Institut für Industrieforschung. Schließlich schob die Führung der Reichsgruppe Industrie alle konkurrierenden Kräfte und deren Wirtschaftsmodelle für eine Nachkriegsordnung radikal beiseite und machte die Interessen der bisherigen Rüstungsgewinner zum ausschließlichen Maßstab der Nachkriegsplanungen. Aber an die Stelle bisheriger wirtschaftspolitischer Vorgaben setzte sie als dringlichstes Problem eines friedenswirtschaftlichen Konsolidierungsprogramms die Liquidation der wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges. Erhard „fand eine überraschende Lösung: Die Kriegsschulden sollten auf den Staat als Alleinschuldner übertragen und so liquidiert werden, daß sie die bis zum Kriegsende akkumulierte Kapital- und Sachvermögenssubstanz intakt ließen.“⁸⁵

[46:] Dieses Wirtschaftsmodell des Übergangs in die Nachkriegszeit und seine praktische Realisierung nach dem 8. Mai 1945 sollen hier nicht nachgezeichnet werden. Relevant für die Widerstandsforschung bleibt, daß wirtschaftspolitische Überlegungen der Repräsentanten des 20. Juli darin keine Rolle spielten. Nach dem Ende des halbherzigen Staatsstreichversuchs unterstützten die an den wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen beteiligten wirtschaftlichen Machtzentren teilweise selbst aktiv „die Zerstörung der ihnen vorgebauten ‚Reformbrücken‘“ durch die zwar perspektivlose, aber im Rachetriumph wütende Naziclique, teils nahmen sie sie passiv hin.⁸⁶ Diesen Sachverhalt zu untersuchen, sollte eine Herausforderung für die Widerstandsforschung sein.

Angesichts der Tatsache, daß die politischen Ziele und die Verfassungsvorstellungen der dominierenden Teile des nationalkonservativen Widerstands weder demokratisch noch parlamentarisch und auch nicht liberal waren schloß auch ihre Inanspruchnahme als staatsbürgerliche Vorläufer des Staatesystems der Bundesrepublik obrigkeitsstaatliche wie politische Großmachtvorstellungen ein. Daher wäre es für die Wissenschaft mehr als abträglich, zugunsten der Immanenz des Horizonts der Handelnden auf eine retrospektive kritische Analyse durch spätere Historiker verzichten zu wollen.⁸⁷ Der Respekt vor der moralischen Qualität einer Gewissensentscheidung kann die Analyse der inhaltlichen Ziele nicht ersetzen.

4. Zur Erforschung einzelner Widerstandsorganisationen

Die folgende Auswahl behandelt mit einer Ausnahme Widerstandsorganisationen, für deren Erforschung sich die Quellenlage in den letzten Jahren wesentlich verändert hat.

4.1. Die Widerstandsorganisation Schulze-Boysen-Harnack

In der BRD blieb die Widerstandsorganisation Schulze-Boysen-Harnack bis 1989 weitgehend ein Desiderat der Forschung.⁸⁸ Andererseits ist dort keine Widerstandsgruppe so systematisch herabgesetzt, stigmatisiert und [47:] verleumdet worden. Eingeleitet wurde die Verurteilung als „kommunistische

⁸⁵ Roth, Die wirtschaftspolitischen Nachkriegsplan ungen (FN 84), S. 65.

⁸⁶ Ebenda, S. 61.

⁸⁷ Steinbach argumentiert, die Kritik an den Konzeptionen von Goerdeler-Beck, Stauffenberg-Leber oder des Kreisauer Kreises sei durch den Hinweis auf die „Zeitverhaftung allen politischen Denkens“ widerlegt und läßt wissenschaftliche Kritik dort enden, wo der moralische Respekt vor den Motiven zur Sinnstiftung nicht nur des Widerstandes selbst, sondern der Beschäftigung mit ihm erhöht wird. Widerstand im Widerstreit (FN 17), S. 95.

⁸⁸ Von den 64 Beiträgen des 1985 von Schmädke und Steinbach herausgegebenen Bandes „Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ (Neuausgabe 1995) befaßt sich keiner mit ihr (FN 13).

Spionage- und Agentengruppe“ 1951 durch Fabian von Schlabrendorf⁸⁹. Gerhard Ritter bezeichnete sie 1956 als „Edelkommunisten, die ... sich bedingungslos dem Landesfeind als höchst gefährliche Werkzeuge zur Verfügung gestellt“ haben.⁹⁰ Anfang der 50er Jahre ermittelte die Staatsanwaltschaft Lüneburg gegen den Chefankläger im Verfahren gegen die „Rote Kapelle“ vor dem Reichskriegsgericht, Manfred Roeder. Ihr Abschlußbericht bei Einstellung des Verfahrens basiert entscheidend auf den von der Gestapo und dem Reichskriegsgericht produzierten Quellen und übernahm auch weitgehend deren Wertungen.⁹¹ Diesen öffentlich nicht zugänglichen Bericht verarbeitete der Spiegel-Redakteur Heinz Höhne Mitte der 60er Jahre zu einer Serie seines Blattes.⁹² Gestützt auf die Wertungen der Gestapobeamten und der Wehrmachtrichter⁹³ wurde ein Geflecht von Lügen, Halbwahrheiten und politischen Klischees in die Öffentlichkeit getragen, das für Jahrzehnte zum entscheidenden Hinder-[48:]nis bei der Untersuchung dieser Widerstandsgruppe werden sollte.⁹⁴ Sein Kristallisationspunkt war der Vorwurf des „bezahlten Landesverrats“, der eine Anerkennung als Widerstand ausschließe.⁹⁵ Doch 1987 wurde gegen heftigen Protest die Widerstandsorganisation Schulze-Boysen-Harnack in die ständige Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin einbezogen.⁹⁶

Grundlage des Vorwurfs „bezahlten Landesverrats“ war nicht in erster Linie die Unkenntnis über die wirkliche Widerstandstätigkeit der Gruppe, sondern entscheidend die Respektierung der Hitlerregierung als legitime Repräsentanten der deutschen Staatlichkeit und damit als authentischer Vertreter der nationalen Interessen Deutschlands. In dieser Frage aber hatten selbst nationalkonservative Widerstandskämpfer festgestellt, daß man gegenüber Hitler gar nicht „eidbrüchig“ werden könne. Nun war eine Identifizierung Hitlers mit den Lebensinteressen der deutschen Nation für Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen obsolet. Sie handelten aus nationaler Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk.

In der DDR wurde die Widerstandsorganisation Schulze-Boysen-Harnack gewürdigt, ihre Tätigkeit aber nicht erforscht.⁹⁷ Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion blieb ausgeblendet, bis 1969

⁸⁹ Fabian von Schlabrendorf: Offiziere gegen Hitler, 2., bearb. Auflage, Zürich 1951, S. 96 ff. In der 1946 erschienenen ersten Auflage wird die „Rote Kapelle“ nicht erwähnt.

⁹⁰ Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, S. 106 f. Ritter schrieb: „Mit ‚deutschem Widerstand‘ hatte diese Gruppe offenbar nichts zu tun; man sollte darüber keinen Zweifel lassen. Sie stand ganz eindeutig im Dienst des feindlichen Auslandes. Sie bemühte sich nicht nur, deutsche Soldaten zum Überlaufen zu bewegen, sondern verriet wichtige militärische Geheimnisse zum Verderben deutscher Truppen. Wer dazu als Deutscher imstande ist, mitten im Kampf auf Leben und Tod, hat sich von der Sache seines Vaterlandes losgelöst, er ist Landesverräter – nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes.“, S. 107.

⁹¹ Das Ermittlungsverfahren wurde 1951 mit der Begründung eingestellt, bei dem Prozeß vor dem Reichskriegsgericht habe es sich um ein „ordnungsgemäßes Strafverfahren“ gehandelt. Vgl. die Analyse des Verfahrens durch Ulrich Sahm in: Rudolf von Scheliha. Ein deutscher Diplomat gegen Hitler, München 1990, S. 296 ff.

⁹² Die Spiegel-Serie wurde vom Autor später zum Buch erweitert: Kennwort Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle. Frankfurt am Main 1972.

⁹³ Da der Prozeß gegen die angeklagten Mitglieder der Widerstandsorganisationen vor dem Reichskriegsgericht stattfand, trug die Stigmatisierung als bezahlte Landesverräter und der Ausgang des Ermittlungsverfahrens gegen Roeder dazu bei, die „Legende von der Wehrmachtjustiz als Insel der Rechtsstaatlichkeit“ im Nazireich zu kolportieren, vgl. Manfred Messerschmidt/Fritz Wüllner. Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987.

⁹⁴ Allerdings gab es auch in der BRD frühzeitig Darstellungen, die sich gegen diese Verschüttung der Wahrheit wandten und die Widerstandsorganisation Schulze-Boysen-Harnack als eine der bedeutendsten und aktivsten Widerstandsgruppen würdigten, vgl.: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, hg. von Günther Weisenborn, Hamburg 1953. Weisenborn forderte in der Einleitung einen gesetzlichen Rechtsschutz für die toten und die lebenden Mitglieder der deutschen Opposition 1933-1945, der jegliche Beschimpfung der Widerstandsbewegung unter Strafe stellt, sowie ein Institut zur Erforschung der Widerstandsbewegung 1933-1945 einzurichten.

⁹⁵ Vgl. Gert Rosiejka: „Landesverrat als antifaschistischer Widerstand“, Hamburg 1986.

⁹⁶ So kritisierte die Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Hanna Renate Laurien; daß „beispielsweise der kommunistischen Gruppe um Hartmut Schulze-Boysen ein großer Schaukasten gewidmet“ sei, dagegen die „Männer und Frauen aus dem christlich-demokratischen Widerstandskreisen“ fehlen würden. Der Brief wurde abgedruckt in: Der Tagesspiegel, 9. Dezember 1987 (gemeint war offensichtlich Harro Schulze-Boysen, W. R.).

⁹⁷ Siehe Karl Heinz Biernat/Luise Kraushaar: Die Schulze-Boysen-Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf, Berlin 1970.

mehreren Angehörigen postum hohe sowjetische Orden verliehen wurden. Der westliche Vorwurf der „landesverräterischen“ Verbindungen zur Sowjetunion wurde nun mit [49:] umgekehrtem Vorzeichen Gegenstand der Würdigung⁹⁸, nach wie vor aber blieben der Forschung die Quellen verschlossen.

Die Schwächen der DDR-Historiographie zur Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe bis Ende der 80er Jahre liegen auf der Hand: Ohne ausreichende Forschungsgrundlage und ohne Zugang zu den wichtigsten Quellen konnte sie viele offene Fragen nicht beantworten. Dagegen wurde die Tätigkeit der Gruppe umstandslos als Teil des von der KPD geführten antifaschistischen Widerstandskampfes und ihrer Volksfrontstrategie eingeordnet. Nun waren in dieser Widerstandsorganisation zweifellos viele Kommunisten, doch ihre Widerstandsaktivitäten erfolgten nicht unter Anleitung des Zentralkomitees der KPD im Exil, sondern in jeder Hinsicht selbständig.⁹⁹

Erst Ende der achtziger Jahre begannen am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin unter Leitung von Heinrich Scheel vertiefte Forschungen zur Widerständigkeit der Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe. Ihr wissenschaftlicher Anspruch mußte bald reduziert werden, als sie weder zum Sammlungsbestand „Rote Kapelle“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR noch zu den relevanten sowjetischen Archivunterlagen Zugang erhielt.

Nach 1990 konnten diese Forschungen größtenteils fortgesetzt werden, vor allem an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Die Quellenlage veränderte sich nach 1990 grundlegend: Ein Teil der Moskauer Unterlagen konnte eingesehen werden, auch verschollen geglaubte Akten des Reichskriegsgerichtes über die „Rote Kapelle“ fanden sich im Prager Militärgeschichtlichen Archiv. In den National Archives in Washington wurde 1991 die Kopie des Berichtes der Gestapo aufgefunden.¹⁰⁰ Die Erschließung dieser Quellen half, Genese und der Formierungsphase der Widerstandsgruppe komplex zu rekonstruieren, Motivationen und Zielvorstellungen der einzelnen zugehörigen Kreise umfassend zu erarbeiten, die Widerstandshandlungen der Gruppe zu erschließen und auch ihre Kontakte zur Sowjetunion einzuordnen.¹⁰¹

Für die Widerstandsforschung der DDR spielte die Auseinandersetzung mit den von der Gestapo getroffenen Wertungen, wie sie in deren hinterlassenen Quellen Ausdruck fanden, forschungsmethodisch keine Rolle. Dies aber wurde nach 1990 erforderlich. Die Forscher stellten sich das Ziel, „das durch die Rezeptionsgeschichte potenzierte Deutungsmonopol der NS-Überlieferung durch eine systematische Erschließung insbesondere lebens- und widerstandsgeschichtlicher Zeugnisse zu brechen“.¹⁰² Der besonderen Spezifik dieser Widerstandsorganisation sollte ein hochgradig individualisierendes Vorgehen bei Erforschung und Darstellung gerecht werden. Beides hat in den Resultaten seinen Niederschlag gefunden.

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand veranstaltete 1992 eine Ausstellung über die Mitglieder der Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe und im November desselben Jahres erstmals eine wissenschaftliche Tagung zu diesem Thema. Auf ihr fußt auch der 1994 herausgegebene Sammelband, der den

⁹⁸ Vgl. Alexander S. Blank/Julius Mader: Rote Kapelle gegen Hitler, Berlin 1979.

⁹⁹ Zur Geschichte der Forschungen in der DDR siehe auch: Hans Coppi/Jürgen Danyel: Abschied von Feindbildern. Zum Umgang mit der Geschichte der „Roten Kapelle“, in: Eva-Maria Buch und die „Rote Kapelle“. Erinnerungen an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hg. von Kurt Schilde, Berlin 1992.

¹⁰⁰ „Bolschewistische Hoch- und Landesverratsorganisation im Reich und in Westeuropa (Rote Kapelle)“ (NA Washington, OSS Archives, RG 319. ZA 020253 Box 59 und 60). Die Kopie stammt wahrscheinlich aus dem Nachlaß des Reichsschatzmeister der NSDAP, Xaver Schwarz, denn in einem Anschreiben vom 22. Dezember 1942 bat der Chef des Amtes IV des RSHA, Heinrich Müller, diesen um Kenntnisnahme des Berichtes. Forscher wie Ulrich Sahm zweifeln allerdings an der Echtheit des Berichtes und halten ihn für eine Nachkriegsfälschung, vgl. Jürgen Danyel: Die Rote Kapelle [50:] innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, in: Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hg. von Hans Coppi, Jürgen Danyel und Johannes Tuchel, Berlin 1994, S. 34, Anm. 11.

¹⁰¹ Doch die beim Bundesnachrichtendienst und beim Verfassungsschutz liegenden Quellen blieben den Forschern versperrt.

¹⁰² Jürgen Danyel: Die Rote Kapelle innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, in: Die Rote Kapelle (FN 100), S. 21.

Forschungsstand resümiert.¹⁰³ Außerdem erschienen mehrere Artikel¹⁰⁴ und einer Biographie Schulze-Boy-[51:]sens¹⁰⁵. Erstmals wurde die Fotodokumentation des Gestapoalbums zur „Roten Kapelle“ publiziert. Die in diesen Arbeiten vorgestellten Forschungsergebnisse betreffen vor allem drei Bereiche:

Erstens die Genese der Gruppe aus sehr heterogenen sozialen Gruppen und Traditionen, einschließlich der individuellen Biographien;

zweitens der lange und komplizierte Prozeß der Vernetzung verschiedener selbständiger Widerstandskreise miteinander, die Entwicklung ihrer Widerstandshandlungen in diesem Prozeß als Reaktion auf die Nazipolitik, ihre Zielvorstellungen und ihre Beziehungen zu anderen Widerstandsgruppen sowie

drittens die Verfolgungsgeschichte und die Selbstbehauptung der Mitglieder in Verfolgung und Haft.

„Rote Kapelle“ ist ein von der Gestapo geprägter Terminus, denn unter dieser Tarnbezeichnung ermittelte sie zwischen 1941 und 1943 tatsächliche oder vermeintliche nachrichtendienstliche Kontakte zur Sowjetunion. Ihr Bild von der „Roten Kapelle“ als einem Westeuropa und Deutschland überziehenden sowjetischen Spionagenetz war jedoch eine Konstruktion, die der Wirklichkeit nicht entsprach. Die darunter gezählten Gruppen und Personen bildeten weder eine zusammenhängende Organisation noch waren sie ein Spionagenetz. Eine Reihe darunter subsumierter Gruppen hatten mit sowjetischen Nachrichtendiensten gar nichts zu tun. Die Forscher des genannten Projektes haben für die Gesamtheit dieser sehr unterschiedlichen und relativ autonome Gruppen und Einzelpersonen trotzdem den Namen „Rote Kapelle“ weiter verwandt.¹⁰⁶ Es handelt sich wesentlich um folgende Gruppierungen:

1. Im Auftrag der sowjetischen Militäraufklärung (GRU) baute Leopold Trepper in Frankreich und Belgien ein Netz nachrichtendienstlicher Stützpunkte auf. Mit der französischen und auch der belgischen Resistance gab es eine Zusammenarbeit sowie Kontakte zu anderen GRU-Funkstellen und Gruppen, so in Holland um Anton Winterink, in Belgien um Konstantin Jefremow. Der in Belgien tätige Resident der GRU Anatolij Gurewitsch übernahm 1940 die von Trepper aufgebaute Gruppe. Parallel gab es das von Sandor Rado in der Schweiz installierte Netz der GRU. Für [52:] sie arbeitete auch Henry Robinson, der Informanten in französischen Regierungs- und Armeestellen hatte und detailliert über die deutschen Angriffsvorbereitungen im Frühjahr 1941 berichtete.

2. Seit Mitte der 30er Jahre bildeten sich in Berlin die Widerstandskreise um Arvid Harnack bzw. um Harro Schulze-Boysen. Nach ihrer Zusammenführung 1939 kamen zu diesem integrativen Kern weitere Kreise und Personen hinzu, so die Gruppe um Hans Coppi und Hans Lautenschläger, der Kreis um John Rittmeister, die an der Akademie der Künste gebildete Gruppe um Wilhelm Schürmann-Horster, die Kommunisten um John Sieg und Wilhelm Guddorf und weitere.

3. Auch die im bzw. für das Auswärtige Amt tätigen Rudolf von Scheliha, Ilse Stöbe und Karl Helferich wurde von der Gestapo dem Komplex zugeordnet. Der für die GRU tätige Journalist Rudolf Herrnstadt hatte Scheliha Mitte der 30er Jahre in Warschau dafür gewonnen, über interne Vorgänge im Auswärtigen Amt zu informieren. Scheliha dachte, er arbeite für den englischen Nachrichtendienst.¹⁰⁷

¹⁰³ Der von Hans Coppi, Jürgen Danyel und Johannes Tucel herausgegebene Band „Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ enthält 19 Beiträge, Dokumente und eine Auswahlbibliographie (FN 1 00).

¹⁰⁴ Jürgen Danyel: Zwischen Nation und Sozialismus. Genese, Selbstverständnis und ordnungspolitische Vorstellungen der Widerstandsgruppe um Arvid Harnack und Harre Schulze-Boysen, in: Steinbach/Tuchel, (FN 7), S. 468-487; Ders.: „Ein Endsieg des nationalsozialistischen Deutschland ist nicht mehr möglich“. Die Widerstandsgruppe um Arvid Harnack und Harre Schulze-Boysen im Kontext der Geschichte des militärischen Widerstandes gegen das NS-Regime, in: Aufstand des Gewissens (FN 14), S. 579-612; Peter Steinbach: Die „Rote Kapelle“ – 50 Jahre danach, in: Ebenda, S. 613-630; Johannes Tuchel: Das Ende der Legenden. Die Rote Kapelle im Widerstand [51:] gegen den Nationalsozialismus, in: Überschar, Der 20. Juli 1944 (FN 1 0), S. 277-290.

¹⁰⁵ Hans Coppi: Harro Schulze-Boysen – Wege in den Widerstand. Eine biographische Studie, Koblenz 1993.

¹⁰⁶ Siehe im einzelnen: Hans Coppi: Die „Rote Kapelle“ im Spannungsfeld von Widerstand und nachrichtendienstlicher Tätigkeit. Der Trepper-Report vom Juni 1943, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1996, S. 431-458.

¹⁰⁷ Vgl. Sahn, Rudolf von Scheliha (FN 91).

4. Einen weiteren Personenkreis bildeten Fallschirmspringer, die 1942 im Auftrage der GRU (Erna Eitler, Wilhelm Fellendorf, Heinrich Koenen) bzw. des Auslandsnachrichtendienstes des NKWD (Robert Barth, Albert Hößler) nach Deutschland kamen, sowie jene Personen, zu denen sie Kontakt aufnehmen sollten, die entweder bereits vor 1933 in die nachrichtendienstliche Arbeit für die Sowjetunion eingebunden waren (Kurt Schulze, Hans Heinrich Kummerow, Erhard Thomfor) oder der Exilführung der KPD als vertrauenswürdig galten (Emil und Max Hübner, Walter Wesolek, Klara Schabbel, Else Imme, Kurt Schulze), wurden von der Gestapo ebenfalls unter „Rote Kapelle“ subsumiert. Diese Personen hatten nur punktuell Berührung mit der Berliner Widerstandsgruppe.

Die Widerstandsorganisation Schulze-Boysen-Harnack war weder eine sowjetische Spionagegruppe noch eine von der Moskauer KPD-Führung angeleitete Organisation. Sie bildete sich aus einem Geflecht vielfältiger privater Beziehungen und Freundeskreise heraus. Die Ursprünge der zahlreichen Kreise und Diskussionszirkel reichen bis in die letzten Jahre der Weimarer Republik zurück. Erst durch den Zusammenschluß der Gruppe um Arvid Harnack mit jener um Harro Schulze-Boysen nach 1939 bildete sich eine relativ konsistente Widerstandsorganisation heraus. Im Mittelpunkt ihres Widerstandes standen 1941/42 die Dokumentation der faschistischen Verbrechen, das Verfassen und Verteilen von [53:] Flugblättern und eine Zettelklebeaktion. Ihre – wenigen – Aktionen sollten die Menschen aufrütteln. Solche Form der Widerstandstätigkeit aber war für die von Moskau in Westeuropa installierten nachrichtendienstlichen Gruppen völlig undenkbar.

Arvid Harnack war im Reichswirtschaftsministerium tätig. Seit 1935 informierte er sowjetische Kontaktmänner. Der sowjetische Nachrichtendienst betrachtete Harnack als seinen Informanten und versah ihn mit einem Decknamen. Harnack selbst sah sich nicht in der Rolle eines Agenten, sondern als Verbündeter eines Landes, mit dem er sich politisch verbunden fühlte und von dem er ebenfalls Unterstützung erwartete. Seit Herbst 1940 informierte er gemeinsam mit Harro Schulze-Boysen regelmäßig sowjetische Stellen über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Mit ihren Warnungen wollten sie die Sowjetunion in die Lage versetzen, einen Angriff zurückzuschlagen, weil eine Niederlage Hitlerdeutschlands die Chance zum Sturz des Naziregimes eröffnet hätte. Auch den Sekretär der amerikanischen Botschaft in Berlin setzte Harnack seit Ende der 30er Jahre über Details wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung in Kenntnis. Weder diese Kontakte noch die Flugblätter, sondern der entschlüsselte Funkspruch der Moskauer Zentrale an ihren Agenten „Kent“ mit dem Auftrag, sich nach Berlin zu begeben, brachte die Gestapo im August 1942 auf die Spur dieser Widerstandsorganisation, denn er enthielt deren Adressen. „Als Gesinnungsgenossen einer von außen gesteuerten Organisation angesehen, wurden die Verhafteten dem westeuropäischen Netz der ‚Roten Kapelle‘ zugeordnet, auch wenn die meisten von ihnen mit dem sowjetischen Nachrichtendienst nichts zu tun hatten.“¹⁰⁸

Gegenüber biographischen Darstellungen und der Aufhellung der Genese der Widerstandsgruppe, gegenüber der Verfolgungsgeschichte, sowie ihrer „Verortung im deutschen Widerstand“ bleibt das Spektrum ihrer Aktionen dieser Organisation in den neuesten Forschungen im Detail weniger untersucht. Eine Gesamtdarstellung steht noch aus.

Die entscheidende Crux für die Forscher, die die Widerstandsorganisation als integralen „Bestandteil und als Beleg für die weltanschauliche und politische Vielfalt des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus“¹⁰⁹ behandeln, blieb das Stigma des „bezahlten Landesverrates“. Es wurde von Gestapo und Reichskriegsgericht geprägt und erhielt im kalten Krieg für die meisten westdeutschen Historiker, Publizisten und Politiker geradezu normative Geltung. Die Autoren wehren den [54:] Vorwurf mit dem Nachweis ab, daß diese Organisation Tat keine Spionageorganisation und nicht von außen gesteuert war. Doch sie wehren ihn meist ab, ohne die Grundlage des Vorwurfs ausdrücklich in Frage zu stellen. Diese ist nämlich, wie Karl Heinz Barck in seinem Beitrag über Werner Krauss im selben Band hervorhebt, jene „nationalistische Logik ..., die dem Vorwurf des Landes- und Hochverrats zugrundeliegt“. Diese aber hatte Schulze-Boysen bewußt aufgekündigt. Die

¹⁰⁸ Coppi, Trepper-Report (FN 106), S. 437.

¹⁰⁹ Die Rote Kapelle (FN 1 00), S. 9.

Hitlerregierung war ihm Zerstörer und nicht Repräsentant nationaler deutscher Staatlichkeit. Und genau das ist der Kern der Sache. Denn die Legitimität dieser Organisation als Widerstand ist absolut nicht davon abhängig, daß die als Landesverrat bewerteten Kontakte zum sowjetischen Geheimdienst innerhalb der Gesamttätigkeiten dieser Widerstandsorganisation nur eine marginale Rolle spielten. Dies ist unzweifelhaft richtig, doch wird damit jener nationalistischen Logik noch nicht wirklich die Stirn geboten.¹¹⁰ Landesverrat, so unterstreicht Steinbach, setzt als Straftatbestand den Willen voraus, dem eigenen Lande schaden zu wollen. Genau das Gegenteil aber trifft für Harnack und Schulze-Boysen zu. Daher bewertet er die systematische Sammlung von Informationen und deren Weitergabe an die Sowjetunion als „konsequent und folgerichtig“, weil angesichts des Völkermordes der Kampf gegen das Regime mit allen Mitteln „ein Gebot der Stunde war und nur die möglichst rasche Beendigung des Krieges maßgebend sein konnte.“¹¹¹

Ritters Stigmatisierung dieser Widerstandskämpfer als „Edelkommunisten, die nicht nur der Haß gegen Hitler“, sondern auch „unklarer sozialer Enthusiasmus“, „der Reiz des geistigen Abenteuers“ und die „Bewunderung der technisch-ökonomischen Leistung des bolschewistischen Systems“ dazu geführt hätten, „sich bedingungslos dem Landesfeind als [55:] höchst gefährliches Werkzeug zur Verfügung zu stellen“¹¹² wird in diesem Band auch unter einem weiteren Aspekt nur halbherzig widersprochen. Die Bewertung dieser Widerstandsorganisation als von der KPD-Führung politisch geführt verzeichnete die Realität. Dessen ungeachtet waren zwei Drittel der sich überwiegend aus Intellektuellen zusammensetzenden Gruppierung Kommunisten. Von den 78 Todesopfern der Widerstandsgruppe waren 50 Kommunisten, 20 Parteilose und 7 Sozialdemokraten. In der Auseinandersetzung mit Ritter wird bedauerlicherweise nicht die Ausgrenzung von Kommunisten generell zurückgewiesen, sondern als verschämte Anerkennung ihrer Ausgrenzung mit dem Argument, in der Mehrzahl habe es sich hier um „recht untypische, nicht gerade der Partei linientreu ergebene Vertreter gehandelt“¹¹³. Sicher ist diese Feststellung richtig. Doch welche Funktion erfüllt hier die Aussage, es habe sich nicht um Parteifunktionäre und auch nicht um orthodoxe oder blind moskauhörige Kommunisten gehandelt? Es ist eine Würdigung auf Knien, die die grundsätzliche Ausgrenzung der „orthodoxen Kommunisten“ nicht aufhebt, sondern voraussetzt.

Die bisherigen Forschungen machen deutlich:

1. Die Geschichte dieser Widerstandsgruppe beweist, daß es einen breiten, sehr heterogenen Kreis einschließenden Widerstand gab, dessen Vertreter das Naziregime grundsätzlich und meist von Anfang an bekämpft haben.
2. Unter den Verhafteten aus dieser Widerstandsorganisation befanden sich Ministerialbeamte, Wehrmachtbedienstete und andere Funktionsträger des Nazistaates, also Angehörige jener sozialen Schichten, deren Unterstützung sich die Nazis sicher glaubten. Auch unter ihnen gab es manche, die sich nach 1933 Illusionen über das Naziregime gemacht hatten.
3. Ihren politischen Zielvorstellungen und ihrer Widerstandsorientierung nach war diese Organisation gerade nicht auf einen Militärputsch zur Bewahrung der Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus ausgerichtet, sondern auf Aufklärung und Mobilisierung auf breiter Basis. Gleichzeitig schloß ihre Tätigkeit das Spektrum aller Handlungen ein, die geeignet waren, einer Schwächung der Nazidiktatur zu dienen.

¹¹⁰ Die Verbindungen Hans Osters, Helmuth James Graf von Moltkes und anderer zu westlichen Nachrichtendiensten werden gewöhnlich von den meisten Autoren, die die „Rote Kapelle“ des „bezahlten Landesverrats“ zeichnen, als Teil des Widerstandes angesehen. Neonazis und Rechtskonservative unterstellen auch ihnen „Landesverrat“. Vgl. das von Waldemar Schütz herausgegebenen und von Ralf Kosiek bearbeiteten „Lexikon Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert“ (Kultur- und Zeitgeschichte -Archiv der Zeit, Rosenheim 1990, Geleitwort von Hellmut Diwald) zum Stichwort „Hans Oster“, S. 328.

¹¹¹ Steinbach, Widerstand im Widerstreit (FN 17), S. 248 bzw. 250. Ähnlich bewertet Johannes Tuchel die Bereitschaft zur Weitergabe von Nachrichten als „auch legitim“: Das Ende der Legenden. Die Rote Kapelle im Widerstand, in: Überschar, Der 20. Juli 1944 (FN 10)“ S. 287.

¹¹² Ritter, Goerdeler (FN 89).

¹¹³ Beatrix Herlemann: Die Rote Kapelle und der kommunistische Widerstand, in: Die Rote Kapelle (FN 100), S. 83.

4. Diese Widerstandsorganisation wurzelte ebenso wie viele andere in Traditionen, die in die Weimarer Republik zurückreichten. Aber sie handelte nicht nach dem Selbstverständnis jener etablierten konservativen [56:] Funktionsgruppen, die allein für sich in Anspruch nahmen, Träger der Macht zu sein und allein ihre Klasseninteressen für den Maßstab des Nationalstaates zu halten.

5. Ihrer inneren Struktur und ihrem Organisationsverhalten nach entsprach die Schulze-Boysen-Harnack-Organisation nicht dem Bild einer zentral geleiteten, straff organisierten Widerstandsgruppe. „Die verschiedenen Gruppen und Freundeskreise definierten sich nicht über verbindliche Organisationsziele, konspirative Rituale und entsprechende Mitgliederrekrutierung“.¹¹⁴

6. „Im Unterschied zu anderen kommunistischen Gruppen der Kriegszeit gab es in ihr keine Spitzel. Erst „das unglaublich leichtsinnige Verhalten sowjetischer Stellen ... führte zur Aufdeckung der Gruppe“.¹¹⁵

7. Im Vergleich zu anderen Gruppen ist der hohe Anteil von Frauen und vor allem deren wirkliche Partizipation an den politischen Diskussionen und an den Aktionen der Widerstandsgruppe bemerkenswert. Von den Verschwörern des 20. Juli 1944 wurden noch mehr Personen hingerichtet als von der „Roten Kapelle“, doch war keine Frau darunter. Von den Kämpfern der Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe wurden 19 Frauen mit dem Fallbeil enthauptet.¹¹⁶

3.2. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere

Wohl für keine andere Widerstandsgruppe hat sich die Quellensituation durch die Öffnung sowjetischer/russischer Archive in den letzten Jahren so verbessert wie für das Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Nun wurde es erstmals möglich, Fragen nach der Initiative bei seiner Bildung, nach Ziel- und Programmvorstellungen, Handlungs- und Propagandaspielräumen, nach innerer Differenzierung und deren Entwicklung und vor allem nach seinen konkreten Beziehungen zu jenen Stellen der Gewahrsamsmacht dieser Kriegsgefangenen, mit denen das Nationalkomitee unmittelbar kooperierte, also die 7. Abteilung der Politischen Haupt-[57:]verwaltung der Roten Armee, nunmehr genauer und quellengestützt zu beantworten.¹¹⁷

Die unerbittliche Konsequenz, „mit welcher ... man im Westen Deutschlands an der Ausgrenzung der NKFD-Mitglieder und der BDO-Anhänger festhielt“¹¹⁸, war wohl das krasseste Beispiel für die politische Ausgrenzung einer bestimmten Richtung aus dem Widerstand. Die Kontroversen um das NKFD hatten verschiedene Ursachen und erfüllten nicht zuletzt die Funktion, der DDR-Führung, die sich auf die Traditionen des Nationalkomitees als Erbe berief, jeglichen Anspruch auf eine Legitimation ihres Staates aus dem antifaschistischen Widerstand streitig zu machen. An den Auseinandersetzungen um das NKFD wurde deutlich, daß eine Verurteilung dieser Widerstandstätigkeit als Verrat ausschloß, nach der Verantwortung für die deutsche Kriegführung und ihre Verbrechen zu fragen, dafür aber implizierte, die Unterstützung des faschistischen Regimes, seines Krieges und seiner Verbrechen durch die zeitgenössischen NKFD-Gegner zu billigen. Wer daher das NKFD aus dem Widerstand ausschloß, weil es im Ausland und unter Bedingungen der Kriegsgefangenschaft, noch dazu unter Kontrolle und zum Nutzen der Gewahrsamsmacht praktisch auf Schwächung und Sturz der faschistischen Diktatur hinwirkte, für den ist eben nicht jeder Versuch gerechtfertigt, das Naziregime zu schwächen und zu stürzen, welche Verbrechen es auch immer begangen hat.

¹¹⁴ Danyel, Zwischen Nation und Sozialismus (FN 104), S. 477.

¹¹⁵ Tuchel, Das Ende der Legenden (FN 111), S. 289

¹¹⁶ Vgl. Marlies Coburger: Die Frauen der Roten Kapelle, in: Die Rote Kapelle (FN 100), S. 91-103. Zur Rolle und zum Anteil der Frauen am antifaschistischen Widerstand siehe auch: Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, hg. von Christi Wickert, Berlin 1995; Hanna Elling: Frauen im deutschen Widerstand 1933-1945, Frankfurt/Main 1978.

¹¹⁷ Überschar, Nationalkomitee (FN 35); Peter Steinbach: „Widerstand hinter Stacheldraht? Zur Diskussion über das Nationalkomitee Freies Deutschland als Widerstandsorganisation seit 1943, in: Überschar, Der 20. Juli 1944 (FN 10), S. 265- 276.

¹¹⁸ Peter Steinbach: Zwischen Verrat und Widerstand: Der Streit um NKFD und BDO bei der Präsentation in der Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand als geschichtspolitisches Symptom, in: Überschar, Nationalkomitee (FN 35), S. 24.

In den Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion wurde unter den gefangenen deutschen Offizieren und Soldaten der Gegensatz zwischen der übergroßen Masse der Anhänger des Naziregimes und der kleinen Zahl sich sammelnder Gegner erbittert ausgetragen. Dieser Streit fand in der BRD eine sehr einseitige Fortsetzung, wobei die Verurteilung der Tätigkeit gefangener deutscher Antifaschisten im Bunde mit der Sowjetunion immer auch die Funktion hatte, die Aggression und die Verbrechen der Wehrmacht im Osten zu rechtfertigen. Die erbitterte Ablehnung beherrschte ideologisch, institutionell und auch wissenschaftlich in der Bundesrepublik das Feld. Mit der Begründung „Verrat“ wurde selbst nach [58:] dem Ende des kalten Krieges die Ausgrenzung erneut zum Katalysator der Angriffe auf die praktische Einbeziehung des NKFD in das Gesamtbild des Widerstandes, wie es in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand nach 1989 gezeigt wird. Mit dieser Konzeption sollte gerade jene tradierte politische Instrumentierung der öffentlichen Würdigung wie auch der Forschung überwunden werden.¹¹⁹

Gründlichere Forschungen und Darstellungen zum NKFD begannen in der DDR Mitte der 50er Jahre. Über sie schreibt Paul Heider:

„Im Unterschied zur Widerstandsforschung in der Bundesrepublik Deutschland gab es ... in der DDR-Geschichtsschreibung nie Zweifel an der Zugehörigkeit von NKFD und BDO zum deutschen Widerstand. Dies durch viele Einzelforschungen nachgewiesen und durch Publikationen zahlreicher Erinnerungsberichte belegt zu haben, ist zweifellos eines ihrer bleibenden Resultate.“¹²⁰

Ein erster, 1958 veröffentlichter Band enthielt Erlebnisberichte von ehemaligen Mitgliedern, verschwieg allerdings die Existenz des BDO.¹²¹ Ein 1959 publizierter Band beschäftigte sich mit der Fronttätigkeit des NKFD. Er enthielt auch zahlreiche persönliche Berichte von Mitgliedern sowie Dokumente über ihren Einsatz zur Beendigung des Krieges und für die Rettung des Lebens deutscher Soldaten. Auch die Tätigkeit des BDO wurde in dem Band dokumentiert.¹²² Erich Weinert, der ehemalige Präsident des Nationalkomitees, hatte bereits früher einen Bericht über dessen Tätigkeit verfaßt, der 1957 posthum erschien, aber keinen wissenschaftlichen Anspruch erhob.¹²³

Ein Arbeitsfeld der 1958 in der DDR gegründeten und 1971 wieder aufgelösten „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ war die Geschichtspropaganda über die Bewegung „Freies Deutschland“.¹²⁴ Auf wissenschaft-[59:]lichen Tagungen zu den Jahrestagen der Gründung des NKFD, in Beiträgen ihres Mitteilungsblattes¹²⁵, in unzähligen Vorträgen, vor allem aber in zahlreichen Erinnerungsbänden trugen die ehemaligen NKFD-Mitglieder zur historischen Erforschung und zur Erinnerung an diesen Teil des Widerstandes bei. Genannt seien die Bücher von Wilhelm Adam, Max Emendörfer, Egbert von Frankenberg, Heinrich Homann, Ernst Kehler, Otto Korfes, Friedrich Wilhelm Krummacher, Bernt von Kügelgen, Arnold von Lenski, Vincenz Müller und Luitpold Steidle¹²⁶, von denen manche in mehreren Auflagen erschienen. Über sie urteilt Paul Heider:

¹¹⁹ Vgl. ebenda, S. 17 ff.

¹²⁰ Paul Heider: Das NKFD und der BDO in der Historiographie der DDR und die „Arbeitsgemeinschaft der ehemaligen Offiziere“, in: Überschar, Nationalkomitee (FN 35), S. 161.

¹²¹ Die Front war überall. Erlebnisse und Berichte von Kämpfen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, Berlin 1958, erw. Ausgabe 1968.

¹²² Sie kämpften für Deutschland. Zur Geschichte des Kampfes der Bewegung „Freies Deutschland“ bei der 1. Ukrainischen Front der Sowjetarmee, Berlin 1959, vgl. auch: Willy Wolff: An der Seite der Roten Armee. Zum Wirken des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an der sowjetisch-deutschen Front 1943-1945, Berlin 1982.

¹²³ Erich Weinert: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1943-1945. Bericht über seine Tätigkeit und seine Auswirkung. Mit einem Geleitwort von Hermann Matern, Berlin 1957.

¹²⁴ Vgl. dazu Heider, NKFD (FN 120), S. 165 ff.

¹²⁵ Das Mitteilungsblatt enthält insgesamt 41 Beiträge zur Geschichte des NKFD und des BDO sowie 60 Artikel bzw. Erlebnisberichte zum persönlichen Wandlungsprozeß deutscher Offiziere.

¹²⁶ Wilhelm Adam: Der schwere Entschluß. Unter wissenschaftlicher und literarischer Mitarbeit von Otto Rühle, Berlin 1965; Max Emendörfer: Rückkehr an die Front. Erlebnisse eines deutschen Antifaschisten, Berlin 1972; Egbert von Frankenberg: Meine Familie in der Geschichte, Berlin 1980; Heinrich Homann: Im Kampf um Deutschland, hg. von Hans Oley und Joachim Hellwig, Berlin 1968; Ernst Kehler: Einblicke und Einsichten. Erinnerungen, Berlin 1989; Otto Korfes, Die Pflicht des deutschen Offiziers, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere 1 (1958), Nr. 1; Vgl. auch Sigrid Wegner-Korfes: Weimar-Stalingrad-Berlin. Das Leben des

„Für das Erkennen der Vielschichtigkeit der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ in der Sowjetunion sind die in der DDR erschienenen Memoiren früherer Mitglieder des Bundes Deutscher Offiziere von besonderem Belang. Sie geben Einblick in das unterschiedliche soziale Milieu der Autoren, ihren politischen Werdegang, ihre religiösen Bindungen und kulturellen Interessen, vor allem aber in die Motive ihres Handelns sowie in den komplizierten Prozeß des Umdenkens vor und während ihrer Zugehörigkeit zum NKFD/BDO. Was die Sowjetunion und die Rote Armee betrifft, sind die Schilderungen allerdings positiv-schönfärberisch ausgerichtet und somit den diesbezüglich vorwiegend negativ geprägten Darstellungen der in der alten Bundesrepublik erschienenen Memoiren diametral entgegengesetzt.“¹²⁷

Die politische und historiographische Würdigung des NKFD und BDO in der DDR schloß vor allem folgende Momente ein.

[60:] – Gründung und Tätigkeit des NKFD wurden als „Markstein der Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstandes“ bewertet. Die Mitglieder des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und des „Bundes Deutscher Offiziere“ haben aktiv für den Sturz der Hitlerregierung und die schnelle Beendigung des Krieges gekämpft, auch wenn ihr Hauptziel, Hitler durch die Wehrmacht zu stürzen und den Krieg schnell zu beenden, nicht erreicht wurde. In der Forschung stand die Fronttätigkeit des NKFD im Vordergrund, dagegen waren die Gründe seiner geringen Wirkung auf die Wehrmacht seltener Gegenstand der Untersuchung. Die politische Vorbildwirkung des NKFD auf Antifaschisten in Deutschland wie im Exil ist unverkennbar und nachgewiesen, dennoch bedeutete es eine maßlose Überhöhung seiner Wirksamkeit, wenn das NKFD zum leitenden Zentrum den antifaschistischen deutschen Widerstandskampfes überhaupt stilisiert wurde, eine Legendenbildung, die Walter Ulbricht persönlich einleitete.¹²⁸

– In der Bewegung „Freies Deutschland“ habe endlich die deutsche Antihitlerkoalition ihren Ausdruck gefunden. Im NKFD wurde so der Vorläufer der Nationalen Front der DDR gesehen. Die Historiographie der DDR hat Möglichkeiten und Grenzen, Leistungen und Schwierigkeiten der Zusammenarbeit so verschiedener Hitler- und Kriegsgegner wie sowjetischer und deutscher Kommunisten, national-konservativer Militärs, liberaler, demokratischer, sozialistischer und christlicher Teilnehmer des NKFD untersucht und dargestellt. Die historische Spezifik dieser Zusammenarbeit wurde allerdings an den Rand gedrückt, indem sie teleologisch bereits die spätere DDR-Entwicklung antizipiert und impliziert haben soll. So war es eine groteske Überinterpretation des Manifestes des NKFD vom Juli 1943, die dort geforderte „neue Demokratie“ im Sinne der Leninschen Revolutionstheorie als Voretappe einer sozialistischen Revolution zu kennzeichnen, denn dieses zeitweilige Bündnis im NKFD war historisch nur möglich, weil es keine sozialistische Alternative zum Naziregime proklamierte.

– Das NKFD galt als Ausdruck der führenden Rolle der KPD im Widerstandskampf, insbesondere als „großartiger Erfolg“ ihrer antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik, wie sie auf der Brüsseler Konferenz beschlossen worden war. In der Tat ist der Anteil deutscher Kommunisten an der Vorbereitung, Gründung und Tätigkeit des NKFD bedeutend und unverzichtbar. Es ist jedoch historisch falsch, die Initiative der KPD zuzuschreiben, sie lag vielmehr bei Stalin und der Politischen Hauptverwal-[61:]tung der Roten Armee, die auch stets die entscheidende Rolle bei der Führung und Kontrolle des NKFD behielten.

– Die Interpretation der Tätigkeit des NKFD als Markstein des Kampfes der KPD als der führenden Kraft des Widerstandes führte nicht nur zu Einseitigkeiten und Verzeichnungen, sondern auch zu wesentlichen Desiderata bzw. verschwiegenen Sachverhalten und Problemen, von denen zwei hier benannt werden sollen:

deutschen Generals Otto Korfes, Berlin 1994; Friedrich-Wilhelm Krummacher: Ruf zur Entscheidung. Predigten, Ansprachen, Aufsätze 1944/45. Dokumente, Berlin 1965; Bernt von Kügelgen: Die Nacht der Entscheidung. Autobiographie, Berlin 1983; Helmut Welz: In letzter Stunde. Biographie nach umfangreichen Aufzeichnungen Arno von Lenskis, Berlin 1978; Vincenz Müller: Ich fand das wahre Vaterland, hg. von Klaus Mammach, Berlin 1963; Luitpold Steidle: Entscheidung an der Wolga, Berlin 1969.

¹²⁷ Heider, NKFD (FN 120), S. 174.

¹²⁸ Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, 1. Halb band, Berlin 1955, S. 20.

1. Das Bündnis des NKFD mit der sowjetischen Gewahrsamsmacht war sehr ungleich. In der konkreten Verflechtung der Tätigkeiten der Frontorganisation vor Ort und mehr noch bei der Verhandlung grundlegender strategischer Fragen im Führungsbereich gab es nicht nur eine einseitige Abhängigkeit, sondern innerhalb dieser – abhängig vom Kriegsverlauf, vom Erfolg des NKFD und von seinem politischen Stellenwert für die Regierung der UdSSR – auch ein ständiges, durchaus widersprüchliches Wechselverhältnis in der Festlegung und Nutzung von Handlungsspielräumen. Die Widersprüche dieses komplizierten Verhältnisses waren kein Thema historischer Forschung der DDR, zudem waren ihr die wichtigsten Quellen nicht zugänglich. Entscheidend aber war: Die spätere sowjetische Verfolgung zweier Vizepräsidenten des NKFD, des Vorsitzenden des BDO General von Seydlitz und des kommunistischen Soldaten Max Emendörfer, und ihre Verurteilung unter falschen Anschuldigungen durch ein sowjetisches Militärgericht war niemals Gegenstand einer wissenschaftlichen Analyse.

2. Die durchaus divergierenden Interessen und politischen Zielvorstellungen der im NKFD vereinten äußerst heterogenen Koalition von Kommunisten bis zu Konservativen und Deutschnationalen hatten natürlich ihre Grundlagen in den jeweiligen sozialen Lebensbedingungen und Traditionen sowie in den sozialpolitischen Bindungen der Mitglieder. Daß Unterschiede und Gegensätze entweder ausgetragen oder vorderhand zurückgestellt wurden, hob sie nicht auf. Die sowjetischen Partner spielten diese Unterschiede bewußt aus und gingen mit den Generalen des BDO anders um als mit den Kommunisten des NKFD. Dies aber blieb weitgehend am Rande der Forschung. Zwei entscheidende Sachverhalte blieben völlig aus der Forschung ausgeblendet:

a) Für den Beitritt der Generale Seydlitz, Korfes und Lattmann zum BDO war ein Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Verwaltung des NKWD der UdSSR für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen, General Nikolaj D. Melnikov, am 23. August 1943 ausschlaggebend, in dem dieser im Auftrag Stalins den Generalen für den Fall eines erfolgreichen [62:] Beitrags des BDO zur Beendigung des Krieges politische Zugeständnisse zu Lasten ihrer kommunistischen Bündnispartner im NKFD machte. In der von Gerd Überschar herausgegebenen Publikation sind die offiziellen Berichte Melnikovs nunmehr erstmals auf deutsch publiziert¹²⁹. In einem Gespräch am 17. September 1943 schlug Seydlitz vor, aus Kriegsgefangenen der 6. Armee ein aus drei Divisionen bestehendes Korps (30.000 Soldaten) aufzustellen, das nach dem Sturz Hitlers die Stütze einer neuen, demokratischen Regierung sein solle. Diese Regierung könne vom NKFD und BDO gebildet werden. Sich selbst betrachtete v. Seydlitz als Kandidat für die Stellung des Oberkommandierenden der Streitkräfte eines künftigen befreiten Deutschland.

b) Mit der Denkschrift vom 4. Februar 1944, die von Seydlitz namens des BDO unterzeichnet hatte und die ohne Wissen des NKFD an General Melnikov übergeben wurde, versuchte der Vorstand des BDO, größeren Einfluß auf die Gestaltung der Nachkriegsordnung in Deutschland zu gewinnen und meldete einen stärkeren Führungsanspruch zu Lasten der deutschen Kommunisten an. Seydlitz warf in der sog. Generalsdenkschrift wichtige Fragen der Propaganda des NKFD auf: Es könne sich nicht auf eine Massenbewegung stützen, seine Kraft sei zur Durchsetzung seiner Forderungen zu gering und seine Propaganda wenig erfolgreich. „Der Appell an die deutschen Truppeneinheiten, auf die Seite des Nationalkomitees überzutreten, wird so lange wenig überzeugend bleiben, wie die deutschen Truppenteile befürchten müssen, daß sie nach Niederlegung der Waffen Kriegsgefangene werden.“ Kern der Vorschläge von v. Seydlitz war daher die Aufstellung deutscher Freiwilligenverbände als Kern einer deutschen Befreiungsarmee. „Das Nationalkomitee muß über Streitkräfte verfügen, um die feindlichen Kräfte zu zerschlagen, die die Schaffung der demokratischen Einheitsfront behindern, und um eine demokratische Regierung zu unterstützen und zu festigen.“¹³⁰ Die sowjetische Regierung hat weder das Nationalkomitee juristisch anerkannt und ihm damit eine Rechtsgrundlage als Kern einer künftigen deutschen Regierung geboten noch auf diese Forderung von v. Seydlitz reagiert.

¹²⁹ Leonid Reschin: General von Seydlitz, der 800 und die Frage einer deutschen Befreiungsarmee unter Stalin. Eine Dokumentation neuer Quellenfunde in Moskauer Archiven, in: Überschar, Nationalkomitee (FN 35), S. 225-238, hier S. 226 und 227.

¹³⁰ Reschin, General Seydlitz (FN 129), S. 234.

Geschichtswissenschaftliche Forschungen zum NKFD und zum BDO hatten es aufgrund der genannten Umstände in der Bundesrepublik sehr schwer, die stereotypen Verurteilungen durch quellengestützte, objektive [63:] Urteile zu ersetzen. Denn zu Vorwürfen wie „Verrat an Deutschland“, „Kameradenverrat“, „Fremdsteuerung des NKFD durch die Gewahrsamsmacht“ bestimmten nicht nur den öffentlichen Umgang, sondern auch die Forschung selbst. Die vielleicht prägnanteste, sicher aber wirkungsvollste Arbeit dieser Art war die Dissertation des ehemaligen Majors Karl-Heinz Frieser von 1981. Er bewertete das NKFD als Trumpfkarte Stalins. Dieser habe mit der Gründung vier Ziele verfolgt:

1. eine „Warnung“ an die Westmächte zu richten,
2. ein „Signal“ an den deutschen Widerstand zu geben,
3. an der Front und in den Gefangenenerlagern Propaganda zu treiben und
4. „Kaderbildung für die spätere kommunistische Umgestaltung Deutschlands“ zu betreiben.¹³¹

NKFD und BDO wurden nicht als Teil und Kraft des deutschen Widerstandes gegen Hitler anerkannt, sondern ausschließlich als politisches und militärisches Instrument der Sowjetunion gewertet. In dieser Sichtweise spiegelte sich das Selbstverständnis der Gegner des NKFD in den Kriegsgefangenenlagern wider. Allerdings vermochte der Autor den politischen Bruch jener Offiziere und Soldaten der Wehrmacht mit der Hitlerregierung nicht zu begreifen, sondern unterstellte ihnen allein opportunistische Gründe.

Friesers Thesen, in Vorträgen verbreitet und mehrfach publiziert, verdeutlichen, wie im Hinblick auf die politische und wissenschaftliche Bewertung des NKFD und des BDO die vom Faschismus tradierte Überlieferung mit der Feindschaft ehemaliger gefangener Angehöriger der Wehrmacht gegen das NKFD sowie mit politischen Bedürfnissen der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und der DDR im kalten Krieg verschmolz.¹³² Institutionell wurde diese Kombination von Ausgrenzungsfaktoren durch Interessenverbände wie den „Verband der Heimkehrer“ und den „Verband der Stalingradkämpfer“ gestützt, die die vielfach entscheidende Rolle des Stalingraderlebnisses für den Bruch deutscher Offiziere und Soldaten mit Hitler und dem verbrecherischen Krieg der Wehrmacht nicht wahrhaben wollten, sondern nur als „Verrat“ stigmatisieren konnten.¹³³ Vor allem [64:] aber wurde solches „Urteil“ über das NKFD in der „Schriftenreihe Innere Führung“ der Bundeswehr nach 1965 gleichsam kanonisiert. Eine freiwillige, ehrliche und bewußte Entscheidung für den Kampf gegen das Naziregime und seine verbrecherische Kriegführung wurde darin ausgeschlossen und durch die „Erklärung“ einer „Gehirnwäsche“ unter massivem Druck und in geistiger Isolation ersetzt.¹³⁴ Diese Begründung fungierte auch als Maßstab der Praxis des „Personal-Gutachterausschusses“ beim Aufbau der Bundeswehr, vor dem die einzustellenden Offiziere erklären mußten, ob sie der allgemeinen SS, dem SD oder dem NKFD angehört hatten.

Gegenüber der Fixierung auf die These, das NKFD sei fremdbestimmt gewesen und seine Mitglieder Landesverräter, hatten es differenzierendere oder quellengestützte Publikationen in der BRD sehr schwer. Eine erste Monographie veröffentlichte Bodo Scheurig 1961, ihr folgte 1965 eine Quellensammlung.¹³⁵ Birgit Petrick analysierte 1979 die Zeitung des NKFD „Freies Deutschland“ und erweiterte damit die Quellenbasis für künftige Arbeiten erheblich.¹³⁶ Alexander Fischer leuchtete in

¹³¹ Karl-Heinz Frieser: Krieg hinter Stacheldraht. Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und das „Nationalkomitee Freies Deutschland“, Mainz 1981.

¹³² Zur Auseinandersetzung mit Frieser vgl. auch Steinbach, Widerstand im Widerstreit (FN 17), S. 276 ff.

¹³³ Z. B. in: Gehört das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in die Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand?, Bonn-Bad-Godesberg 1989 (Schriftenreihe VHD 79/89)

¹³⁴ Durchstehen nach dem Kampf, Sonn 1965 (Schriftenreihe Innere Führung), S. 52 ff.

¹³⁵ Bodo Scheurig: Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945, München 1960; Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945, hg. von Bodo Scheurig, München 1965.

¹³⁶ Birgit Petrick: „Freies Deutschland“ – die Zeitung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (1943-1945). Eine kommunikationsgeschichtliche Untersuchung, München 1979.

seinen Untersuchungen von 1984/85 die Handlungsspielräume des NKFD in seiner Gründungs- und Konsolidierungsphase aus.¹³⁷ Die Flugblätter des NKFD sammelte und publizierte 1985 Hans Heinrich Düsel.¹³⁸ Im Unterschied zur DDR erschienen in der BRD vor 1990 nur wenige Erinnerungen von Angehörigen des NKFD und des BDO, erwähnt seien die von Walther von Seydlitz¹³⁹ und Willi Belz¹⁴⁰.

[65:] Unter den jüngsten Artleiten zu NKFD und BDO sind zunächst einmal eine Ausstellung, ein Film und mehrere Konferenzen zu verzeichnen. Der Erlanger Flugblattforscher Klaus Kirchner zeigte 1989 in Berlin über 100 Flugblätter und Flugblattzeitungen des NKFD.¹⁴¹ Im selben Jahr fand in der Evangelischen Akademie in Berlin eine Konferenz mit Historikern und Zeitgenossen des NKFD über dieses in der BRD „verdrängte Kapitel des Widerstandes“ statt, deren Vorträge als Dokumentation publiziert wurden.¹⁴² Sie dienten ebenso wie der 1989 ausgestrahlte Fernsehfilm „Man nannte sie Verräter“ dem Abbau jener gehässigen Vorurteile, die in einer öffentlichen Kampagne gegen die Repräsentation des NKFD in der ständigen Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstandes erneut ein großes Echo gefunden hatten.

Während Paul Heider die nunmehr zugängliche Quellen des ehemaligen zentralen Parteiarchivs der SED auswertete¹⁴³, hat Helmut Müller-Enbergs die neuesten Moskauer Quellenfunde zum NKFD erstmals herangezogen,¹⁴⁴. Sie dokumentieren, daß die entscheidende Initiative zur Gründung des NKFD von Stalin ausgegangen war, daß aber das NKFD [66:] keineswegs bloßer Handlanger war¹⁴⁵, sondern eine eigenständige Propaganda entfalten konnte. Auf die neuen Quellenfunde gestützte Aussagen wurden 1993 auf einer wissenschaftlichen Konferenz in Krasnogorsk bei Moskau vorgetragen, die aus Anlaß des 50. Jahrestages am historischen Ort der Gründung des NKFD stattfand¹⁴⁶.

Den gegenwärtigen Forschungsstand präsentiert der 1995 von Gerd Überschar herausgegebene Band „Das Nationalkomitee 'Freies Deutschland' und der Bund Deutscher Offiziere“. Er enthält 19 Beiträge deutscher und russischer Forscher sowie mehrere Dokumentenpublikationen. Er stellt in deutscher Übersetzung insbesondere Dokumente zu den Gesprächen und der Denkschrift von Walter v.

¹³⁷ Alexander Fischer: Die Bewegung 'Freies Deutschland' in der Sowjetunion: Widerstand hinter Stacheldraht, in: *Aufstand des Gewissens* (FN 14), auch in: Schmädicke/Steinbach, (FN 13), S. 954-976.

¹³⁸ Hans Heinrich Düsel: Die Flugblätter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ 1943-1945, in: *Jahresbibliographie der Bibliothek für Zeitgeschichte*. Weltkriegsbücherei Stuttgart N. F. 57 (1985), erweitert 1987 Bad Aibling.

¹³⁹ Walther von Seydlitz. Stalingrad. Konflikt und Konsequenz. Erinnerungen. Einleitung: Bodo Scheurig, Oldenburg 1977.

¹⁴⁰ Willi Belz: Soldat gegen Hitler. Ein Antikriegsbuch, Köln 1987.

¹⁴¹ Die 1989 in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz erstmals gezeigte Ausstellung wurde 1994 auch in den Räumen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand präsentiert.

¹⁴² Das Nationalkomitee Freies Deutschland. Ein verdrängtes Kapitel deutschen Widerstandes. Tagung vom 21.-23. Juli 1989. Redaktion: Franz von Hammerstein, Berlin 1990.

¹⁴³ Paul Heider: Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und des Bundes Deutscher Offiziere – alleiniges Verdienst der Führung der KPD oder sowjetischer Entschluß? In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 34 (1992), H. 3; Ders.; Nationalkomitee „Freies Deutschland“ – Antihitlerbündnis oder Koalition für ein demokratisches Deutschland? In: *Ebenda*, 35 (1993), H. 4; Ders.: Deutschland nach Hitler. Überlegungen im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und im Bund Deutscher Offiziere, in: *Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs*. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, hg. von Ernst W. Hansen, Gerhard Schreiber und Bernd Wegner, München 1995, S. 347-367.

¹⁴⁴ Helmut Müller-Enberg: Ein Aspekt zur Vorgeschichte des Nationalkomitees Freies Deutschland, in: *NKFD – 50 Jahre. Die Dokumente der russisch-deutschen wissenschaftlichen Konferenz von Moskau/Krasnogorsk, 7.-9. September 1993*, hg. vom Memorialmuseum Deutscher Antifaschisten, Krasnogorsk 1994 (russisch und deutsch), S. 64-72.

¹⁴⁵ Dies verdeutlicht auch die Tätigkeit von Hauptmann Ernst Hadermann vor der Gründung des NKFD. Bereits am 1. Mai 1942 bildete er im Kriegsgefangenenlager Nr. 95 in Jelabuga eine Offiziersgruppe, die sich zur antifaschistischen Bewegung bekannte. Auf einer Zusammenkunft am 30./31. Mai 1942 referierten Ernst Hadermann und Friedrich Reyher über die Notwendigkeit, im Interesse der Existenz des deutschen Volkes die Hitlerregierung zu stürzen. Die Konferenz beschloß einen Aufruf an Offiziere und Soldaten der Wehrmacht, an das deutsche Volk und an die kriegsgefangenen Offiziere in der Sowjetunion. Vgl. Prof. Dr. Ernst Hadermann. Ein deutscher Humanist. Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“, Potsdam 1996.

¹⁴⁶ NKFD- 50 Jahre (FN 144).

Seydlitz, zur sowjetischen Vorbereitung seiner gerichtlichen Verurteilung, zu den Schwierigkeiten der Gewinnung von Generalfeldmarschall Paulus für eine öffentliche Erklärung gegen Hitler und seinen Beitritt zum NKFD vor. Außerdem enthält der Dokumententeil ausgewählte programmatische Texte von NKFD/BDO sowie Reaktionen der Wehrmachtführung auf ihr Wirken.¹⁴⁷

Zu bisher ungelösten Probleme in der Geschichte von NKFD und BDO bietet der Band weiterführende Ergebnisse. Sie untermauern die entscheidende Rolle Stalins, weisen aber zugleich die Bedeutung deutscher Kommunisten bei der Vorbereitung der Gründung des NKFD nach. Sie erhellen das überaus komplizierte Geflecht der Abhängigkeiten, Steuerungen und Kontrollen zwischen der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, der Führung der KPD und dem NKFD. Die Zusammenarbeit des NKFD mit den Politorganen der Roten Armee bei der Propa-[67:]gandatätigkeit des NKFD vollzog sich vor Ort reibungsloser und effektiver als auf der Spitzenebene.¹⁴⁸ Grundsätzlich war das NKFD aber in die administrativen Strukturen auf sowjetischer Seite eingebunden.¹⁴⁹

Eine eindringliche Analyse des Manifestes des NKFD vom 13. Juli 1943 legt Helmut Müller-Enberg vor und klärt Initiative, Autoren und Intentionen.¹⁵⁰ Rudolf Herrnstadt und Alfred Kurella, die Autoren des Manifestes, hatten damals in der KPD keine Führungsfunktionen. Allerdings brachten beide durch Elternhaus und Beruf die besten Voraussetzungen für die Aufgabe mit, ein Manifest zu verfassen, das auch die kriegsgefangenen Militärs unterschreiben könnten. Unter den 33 namentlichen Unterzeichnern fehlen jedoch die Autoren.

Zweifellos ist mit den Arbeiten der letzten Jahre und mit dem genannten Sammelband die Historiographie zum NKFD mehrere Schritte vorangekommen. Eine grundlegende Monographie steht aber noch immer aus.

4.3. Zur Historiographie des 20. Juli 1944

Zum 50. Jahrestag des Attentates erschien in der Bundesrepublik auch eine Fülle wissenschaftlicher Literatur. Weil die Forschung zu diesem Gegenstand bereits seit Jahrzehnten betrieben wird, waren keine sensationellen Neuheiten zu erwarten. Die neueren Arbeiten schließen einige Lücken, vor allem aber wenden sie sich Fragen der Systematisierung und der Interpretation zu. In dem von Gerd Überschär herausgegebenen Sammelband werden vor allem Rezeption und Bewertung des Widerstandes – nicht nur des 20. Juli 1944 – untersucht.¹⁵¹ Weiterhin erschien eine Reihe von Biographien.¹⁵² Im Vergleich zu den bisher behandelten Widerstandsorganisationen hat sich für den 20. Juli 1944 die Quellengrundlage in den letzten Jahren nicht wesentlich geändert. Es gibt jedoch ein anderes Quellenproblem: Eine Hauptquelle über den 20. Juli 1944 sind [68:] die Berichte jener, die das Attentat rächen und die Beteiligten und ihre Familien vernichten wollten. Obwohl die Berichte aus dem Reichssicherheitshauptamt über manchen Sachverhalt die einzige Quelle darstellen, so wurden sie unter der Optik und mit den Begriffen der Gestapo, vor allem aber direkt im Hinblick auf Hitler als Leser verfaßt. Die von den Verfolgern in ihre Protokolle und Berichte hineingeschriebenen Bezeichnungen

¹⁴⁷ Die Wehrmacht begann bereits im August 1943 mit eigenen Flugblättern auf jene des NKFD zu reagieren, obwohl versucht wurde, jede Nachricht über das NKFD nach Möglichkeit zu unterdrücken. Diese Gegenpropaganda beschwor vor allem den Eid auf Adolf Hitler, Antibolschewismus und Antisemitismus sowie den Durchhaltewillen aus Furcht vor einer Niederlage.

¹⁴⁸ Nikolaj N. Bernikov: Die propagandistische Tätigkeit des NKFD und des BDO sowie deren Zusammenarbeit mit den Politorganen der Roten Armee während des Krieges 1943-1945, in: Überschär, Nationalkomitee (FN 36), S. 112-120.

¹⁴⁹ Jörg Morré: Das Institut 99. Zur Einbindung des NKFD in die administrativen Strukturen der UdSSR, in: Ebenda, S. 133-140.

¹⁵⁰ Helmut Müller-Enberg: Das Manifest des NKFD vom 13. Juli 1943. Initiative, Autoren und Intention, in: Ebenda, S. 93-103.

¹⁵¹ Überschär, Der 20. Juli 1944 (FN 10), a. a. O.

¹⁵² Neben neuen Stauffenberg-Biographien (es gab bereits sechs) von Harald Steffahn und von Eberhard Zeller wurde erstmals eine über Axel von dem Bussche vorgelegt: Axel von dem Bussche, hg. von Gevinon von Medern, München 1994.

und Bewertungen können natürlich nicht Bezugsgrundlage sein, um über Motive und Zukunftsvorstellungen der Beteiligten des Umsturzversuches zu urteilen.¹⁵³

Auch wenn grundlegend neuen Quellen vorliegen, wurde der 20. Juli 1944 hier aufgenommen, um an seinem Beispiel die Bedeutung von politisch determinierten Interpretationsmuster für die Widerstandsforschung zu verdeutlichen. Die bereits von Ulrich Heinemann anhand jüngster Arbeiten zum 20. Juli analysierten Tendenzen erneuter „Arbeit am Mythos“ brauchen hier nicht wiederholt zu werden.¹⁵⁴

Die jahrzehntelange Behandlung der Verschwörer des 20. Juli 1944 als einzig authentische Repräsentanten einer „deutschen Opposition gegen Hitler“, wie sie Hans Rothfels frühzeitig kanalisierte¹⁵⁵, hatte zur Folge, daß in der westdeutschen Historiographie Begriffe, Wahrnehmungsmuster und Bewertungskriterien für den Widerstand entscheidend an diesem Beispiel geprägt wurden. Ihnen zur Seite gestellt wurden die Geschwister Scholl und kirchliche Widerstandskräfte, weil auch sie diesen Kriterien nahekamen. Diese Kanalisierung ist bis heute nicht konsequent überwunden, auch nicht bei jenen Historikern, die sich forschend anderen Rich-[69:]tungen des Widerstandes zuwandten.¹⁵⁶ Von den inhaltlichen und methodischen Folgen dieser einseitigen Konzentration und Normierung sollen an dieser Stelle drei besonders nachhaltig wirkende benannt werden:

1. Die meisten Kräfte Teilnehmer des 20. Juli 1944 waren Repräsentanten der in Deutschland herrschenden Klassen bzw. wichtiger Funktionsgruppen ihres Staates, v.a. des Militärs, der Ministerialbürokratie, der Diplomatie. Die Selbstverständlichkeit, mit der diese traditionell den etablierten Machtgruppen zugehörigen Widerstandskräfte allein sich selbst als legitimiert ansahen, an die Stelle des Hitlerregimes zu treten, fand auch in der Forschung ihre Nachfolge. Denn auch sie respektierte weitgehend jene Vorstellung, nur diese sozialen Kräfte seien legitimiert und auch sozial- und herrschaftstechnisch in der Lage, wirklich und wirksam Widerstand zu leisten. In solchem Widerstandsverständnis blieben andere soziale Klassen am Rande oder außerhalb des Blickfeldes der Forschung, oder ihr Widerstand wurde gar gelehnt oder verfemt.¹⁵⁷ Mit der Fixierung auf den 20. Juli als „deutsche Opposition“ wurde auch die verächtliche Haltung der Offiziere des 20. Juli zum Exil von vielen westdeutschen Forschern übernommen und das Exil ebenso aus dem Widerstandsverständnisausgeschlossen wie die Deserteure der Wehrmacht.¹⁵⁸

2. Diese Einseitigkeit hatte zur Folge, daß vor allem Repräsentanten des Widerstandes im Blickfeld standen, die entweder zunächst selbst begeisterte Anhänger oder Parteigänger der faschistischen Diktatur waren, oder die als Militärs oder Beamte Funktionsträger des Regimes waren, oder die selbst expansionistische und aggressive Ziele befürworteten und für sie mobilisierten, ja die selbst Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit verübt hatten, ehe sie sich gegen Hitler wandten. Dabei galten die Verschwörer des 20. Juli in den ersten Nachkriegsjahren in der westdeutschen

¹⁵³ Der 1961 im Seewaldverlag Stuttgart von Karl Heinrich Peter herausgegebene Dokumentarband „Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944“ hatte auf einen inhaltlichen Kommentar verzichtet. Peter war jedoch davon ausgegangen, daß die Folterung der Verhafteten, die Sprache wie auch der Begriffshorizont der Vernehmer und der berücksichtigte Erwartungshorizont des Adressaten der Berichte deren historischen Erkenntnis- und Beweiswert „nicht wesentlich beeinträchtigt hätten. Der Hauptvorwurf an diese Publikation lautete daher, ihr Zweck sei offenbar die erneute nachträgliche Diffamierung der Widerstandskämpfer gewesen. Eine kommentierte und erweiterte Neuherausgabe erfolgte 1984 durch Hans Adolf Jacobsen: (FN 81).

¹⁵⁴ Vgl. Ulrich Heinemann, Arbeit am Mythos (FN 3)

¹⁵⁵ Hans Rothfels: Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Neue, erweiterte Ausgabe. Eingeleitet von Hermann Graml, Frankfurt/Main 1986 (amerikanische Ausgabe 1948).

¹⁵⁶ Vgl. Widerstand im Dritten Reich (FN 50); Steinbach, Widerstand im Widerstreit (FN 17), S. 67, 81, 86 f.

¹⁵⁷ Dies änderte sich erst in den 70er Jahren mit der Erforschung des regionalen Arbeiterwiderstandes, vgl. vor allem Detlef Peukert: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933-1945, Wuppertal 1980.

¹⁵⁸ Vgl. dagegen Manfred Messerschmidt: Deserteure, Zersetzer und Verweigerer. Zur neueren Diskussion um Opposition und Verweigerung von Soldaten, in: Ders.: Was damals Recht war ... NS-Militär- und Strafjustiz im Vernichtungskrieg, hg. von Wolfram Wette, Essen 1996, S. 97-138; sowie Deserteure der Wehrmacht. Feiglinge – Opfer – Hoffnungsträger? Dokumente eines Meinungswandels, hg. von Wolfram Wette, Essen 1995.

Öffentlichkeit zunächst ebenso wie die „Rote Kapelle“ und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ als „Landesverräter“ – mit [70:] vom den Naziregime übernommenen Begründungen. Das änderte sich erst nach dem Prozeß gegen Remer im Jahre 1952, woran der spätere Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer wesentlichen Anteil hatte. Während jedoch danach die Attentäter des 20. Juli zu Leitbildern der Bundesrepublik wurden¹⁵⁹, blieben die Widerstandskämpfer der „Roten Kapelle“ und des NKFD als „Verräter“ ebenso ausgegrenzt wie deutsche Antifaschisten in ausländischen Partisanenformationen oder alliierten Armeen.

3. Die politischen und verfassungsrechtlichen Zielstellungen entscheidender Repräsentanten des 20. Juli unterschieden sich von denen der Hitlerregierung in einigen Fragen nur gering. Ja, einem Teil dieser sich gegen Hitler wendenden Konservativen galt die Nazidiktatur geradezu als sozialistisch oder durch ihre Niederlage eine Bolschewisierung befördernd. Viele Forscher zogen daraus die Konsequenz, weniger die politischen und sozialen Zielvorstellungen und schon gar nicht deren soziale Interessen zu analysieren, sondern vor allem die persönlichen Motive der Beteiligten. So entstand jene Tendenz, Widerstand nur als legitim anzuerkennen, wenn er aus dem „Aufruhr des Gewissens“ gegen die Untaten der Nazis entstand. Die Kehrseite dieser Bewertung des Widerstandes vorrangig als moralische Empörung war, den Widerstand aus primär politischer Zielsetzung geringer zu werten¹⁶⁰. Diese Einseitigkeit wurde in der westdeutschen Widerstandshistoriographie erst sehr spät und bis heute nicht konsequent überwunden. Sie basiert darauf, ein Widerstandsrecht nur der einzelnen Person zuzugestehen.

Erst Mitte der 60er Jahre erfuhr die Geschichtsschreibung der BRD über den nationalkonservativen Widerstand durch die genannten Untersuchungen von Hans Mommsen, Hans Graml und später Klaus-Jürgen Müller über die Zielvorstellungen der Bewegung des 20. Juli eine kritische Neuakzentuierung. Damit wurden für die Widerstandsforschung neue Maßstäbe gesetzt, die trotz verzögerter Rezeption nicht mehr ignoriert werden konnten.¹⁶¹ Ungeachtet dessen blieben die am Beispiel des 20. [71:] Juli geprägte Begrifflichkeit, Wahrnehmungsweise und Problemsicht der westdeutschen Widerstandshistoriographie weiterhin scheinbar ungebrochen wirksam.

In der Widerstandsforschung der DDR stand der Widerstandskampf der Arbeiterorganisationen, speziell der KPD, in allen Phasen im Vordergrund. Begrifflichkeit und Bewertungsmaßstäbe der Untersuchungen wurden wesentlich an ihrem Beispiel entwickelt, und sie blieben auch maßgebend für die Forschungen zum 20. Juli 1944. In den ersten Jahren nach der Befreiung sorgte sich vor allem die Forschungsstelle der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes um die Sammlung und Sicherung von Dokumenten und um die Erforschung des gesamten Widerstandes, den Kreis des 20. Juli gleichberechtigt eingeschlossen. Doch diese Forschungsstelle wurde 1952 in der DDR zusammen mit der WN aufgelöst.¹⁶²

Rezeption und Darstellung jenes Teiles des Widerstandes, der später von Hanns Mommsen „nationalkonservativ“ genannt wurde, war „durch ein insgesamt ambivalentes Interpretationsmuster

¹⁵⁹ Norbert Frei dokumentiert, wie mühsam die Anerkennung der Attentäter in der Bundesrepublik durchgesetzt werden mußte. Frei, *Erinnerungskampf* (FN 4), S. 493-504.

¹⁶⁰ Im Gegensatz dazu hat z. B. Caesar von Hofacker seinen Übergang zum Widerstand ausdrücklich politisch begründet. Vgl. Ulrich Heinemann: *Widerstand als politischer Lernprozeß*. Caesar von Hofacker und der 20. Juli 1944, in: *Festschrift Hans Mommsen* (FN 4), S. 451-467.

¹⁶¹ Diese Neubewertung der Verfassungs-, Gesellschafts- und Politikvorstellungen des nationalkonservativen Widerstandes trug erheblich dazu bei, in der [71:] BRD den Blick auf andere Strömungen des Widerstandes auf der politischen Linken, im Exil und im Alltag zu richten. Diese Folgen als „große Verwirrung“ oder „Verdrängung des klassischen Widerstandskreises um Beck, Goerdeler, Stauffenberg und Moltke“ zu beklagen ist wissenschaftlich unhaltbar, noch mehr die Schlußfolgerung: „Nicht zuletzt aber leistete die Relativierung des konservativen Widerstandes einer Vermengung nationalsozialistischer, rassistischer und ostimperialer Programmatik und des innen- und außenpolitischen Wollens des Widerstandes in einer nicht nur bedenklichen, sondern zuweilen auch die jetzige Verfassungsordnung und die Widerstandskämpfer des Jahres 1944 diffamierenden Weise Vorschub“. Steinbach, *Widerstand im Widerstreit* (FN 17), S. 86/87.

¹⁶² Zur Frühgeschichte dieser Widerstandsforschung siehe Olaf Groehler: *Zur Genesis der Widerstandsforschung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, in: *Festschrift Hans Mommsen* (FN 4), S. 505-511.

geprägt, das gleichermaßen Erinnerung und Ehrung, alternative Bewertungen sowie Kritik und Verurteilung einschloß“. ¹⁶³ Nicht zuletzt bedingt durch die sowjetische Verurteilung des Attentats vom 20. Juli ¹⁶⁴ wurde ab 1947 die bürgerlich-[72:]konservativen Opposition vorrangig negativ bewertet und ihr der Charakter echten antifaschistischen Widerstandes abgesprochen. Sie wurde – bei innerer Differenzierung der Gruppe – nur als Fraktion der Herrschaftsträger des Regimes begriffen, der es vorwiegend um die Abwendung der Kriegsniederlage durch Hitlers Sturz gegangen sei.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem 20. Juli 1944 kam in der DDR unter den Bedingungen des kalten Krieges nur sehr langsam voran. Mit dem 20. Jahrestags des Attentats, mit den Buch des sowjetischen Historikers Daniil Melnikow über den 20. Juli ¹⁶⁵ wurde eine pauschalisierende Bewertung als „reaktionär“ zugunsten konkreter Forschungsergebnisse überwunden. Mit der Stauffenberg-Biographie von 1967 und einem Buch über den Kreisauer Kreis 1978 hatte Kurt Finker an den Forschungen zum diesem Gegenstand maßgeblichen Anteil. ¹⁶⁶ Die Auffassungen über die Verschwörung erfuhren in der wissenschaftlichen Literatur wesentliche Korrekturen: Die Aktion wurde insgesamt als „antinazistische Tat“ gewertet, die objektiv auf die Beseitigung der barbarischen Herrschaftsform des deutschen Imperialismus gerichtet war, die Heterogenität der Bewegung des 20. Juli wurde deutlicher herausgearbeitet. Allerdings trugen die benannten Unterschiede zu einer noch schärferen Ausprägung einer dichotomischen Sichtweise bei. Insbesondere die Stauffenberg-Gruppe und der Kreisauer Kreis wurden als Gruppen mit „überwiegend fortschrittlicher Tendenz“ bewertet. Seit Ende der 70er Jahre wurde auch die Geschichte der militärischen Opposition seit 1938/39 als Vorgeschichte des 20. Juli Gegenstand der Forschung. ¹⁶⁷ Insgesamt blieb der 20. Juli innerhalb der Widerstandsforschung der DDR ein Randgebiet.

Zum 40. Jahrestag des Umsturzversuches gab es mehrere Colloquia und Konferenzen, auf denen wesentliche Akzente neu gesetzt und dogmatische Einengungen überwunden wurden. Kurt Finker und Ines Reich benennen folgende: „Erstens erschien der Umsturzversuch eindeutig als antifaschistische Aktion. Zweitens verlor die These vom ‚volksfeindlichen‘ [73:] Charakter der Verschwörung ihre Wirksamkeit. Drittens rückte die Stelle, die die Bewegung des 20. Juli zu den Grundfragen der Zeit einnahm, vor allem zur Beendigung des Krieges, in den Mittelpunkt der Bewertung. Viertens wurden Fragen der Kooperation und des Methodenunterschieds gründlicher untersucht und differenzierter beurteilt ¹⁶⁸ ... Fünftens gewann der Entwicklungsprozeß, den die beteiligten durchlaufen hatten, sichtbar an Bedeutung.“ ¹⁶⁹ Maßgebend für die Beurteilung des nationalkonservativen Widerstands blieb seine Stellung zur Sowjetunion, zur KPD und zur Bewegung „Freies Deutschland“.

Von den Neuerscheinungen der letzten Jahre soll an dieser Stelle nur Kurt Finkers ein Buch herangezogen werden, weil es eine hypothetische Fragestellung zum Ansatz macht: „Militärputsch oder Revolution?“ ¹⁷⁰ Finker bezog sich mit dieser Alternative nicht auf die gescheiterte Aktion selbst, sondern auf die Möglichkeiten, die erst aus ihrem Erfolg entstanden wären. Unmittelbar nach der

¹⁶³ Ines Reich/Kurt Finker: Reaktionäre oder Patrioten? Zur Historiographie und Widerstandsforschung in der DDR bis 1990, in: Überschar, Der 20. Juli 1944 (FN 10), S. 126-142.

¹⁶⁴ So in der „Täglichen Rundschau“ vom 20. Juli 1945. Ansonsten vermieden unmittelbar nach der Befreiung alle vier Besatzungsmächte, zum deutschen Widerstandskampf gegen die Nazidiktatur Stellung zu nehmen. Zur sowjetischen Stellungnahme siehe: Kurt Finker: Die Stellung der Sowjetunion und [72:] der sowjetischen Geschichtsschreibung zum 20. Juli 1944 in Deutschland, in: Überschar, Der 20. Juli 1944 (FN 10), S. 38-54.

¹⁶⁵ Daniil Melnikow: Der 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit, Berlin 1964.

¹⁶⁶ Kurt Finker Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1967; ders.: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978.

¹⁶⁷ Kurt Finker: Probleme des militärischen Widerstandes und des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 in Deutschland, in: Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wahrheit, hg. von Christoph Klessmann und Falk Pingel, Frankfurt/M./New York 1980. S. 153-186.

¹⁶⁸ „Es wäre nicht richtig, den 20. Juli 1944 nur im Zusammenhang mit der Überlebensstrategie herrschender Kreise zu sehen, was wir früher sehr stark betont haben.“ Kurt Finker Widerstand und Geschichte des Widerstands in der Forschung der DDR, in: Widerstand, ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, hg. von Peter Steinbach, Köln 1987, S. 104.

¹⁶⁹ Reich/Finker, Reaktionäre oder Patrioten (FN 157), S. 139.

¹⁷⁰ Kurt Finker Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution? Berlin 1994.

Befreiung vom Faschismus hatte Otto Grotewohl hatte vom 20. Juli als einer Revolution gesprochen. Militärhistoriker dagegen vertreten dezidiert die These, dieser Staatsstreich hätte weder eine Revolution von oben werden noch eine Revolution von unten initiieren können. Finker ist der Auffassung, daß ein Erfolg des Umsturzes Möglichkeiten für fortschrittliche Veränderungen geboten hätte. Zur Begründung greift er auf Untersuchungen über Motivation und Zielvorstellungen von zwanzig Beteiligten zurück, die den Kern der Umsturzgruppe des 20. Juli ausmachten, ergänzt durch weitere fünfundzwanzig Personen in seinem Umkreis.

Bemerkenswert an Finkers Erhebungen ist die krasse Widersprüchlichkeit zwischen jenen sozialpolitischen Zielsetzungen einerseits, die selbst Goerdeler dem Flügel um Leber und Leuschner zu konzedieren bereit war, und dem Konzept des Staatsstreiches selbst. Vor allem Leber und Leuschner wollten schnell eine einheitliche starke Gewerkschaftsorganisation schaffen. 1944 habe selbst Goerdeler deren Berechtigung anerkannt. Julius Leber war der Auffassung, daß die Arbeiterbewegung sich nach dem Ende des Terrors schnell wieder entfalten würde. Er wollte eine gesellschaftliche Erneuerung, die vor dem Großgrundbesitz und den In-[74:]dustrie- und Bankmonopolen nicht Halt machen würde. Aber selbst Goerdeler befürwortete 1944 die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien. Während Leber bereit war, mit den Kommunisten zum Sturz Hitlers zusammenzuarbeiten, war Leuschner strikt dagegen. Leuschners spezifischer Antikommunismus war sogar ein Motiv für seine Forderung nach weitgehenden sozialen Reformen – um auf diese Weise eine kommunistische Massenpartei in Zukunft nicht zuzulassen. Stauffenberg hätte Leber dem als Reichskanzler designierten Goerdeler vorgezogen. Auch Leber sah künftige Konflikte mit Goerdeler voraus, sobald eine durch einen siegreichen Staatsstreich erst ermöglichte Massenbewegung für weitergehende Veränderungen über Goerdelers Konzepte hinausgehen würde.

Aus einen siegreichen Umsturzversuch, so argumentiert Finker, hätten progressive Veränderungen hervorgehen können. Aber bereits im Konzept des Staatsstreiches waren wesentliche Begrenzungen für künftige deren Entfaltungsmöglichkeiten, für jede „Revolution von oben“ gesetzt: Obwohl der Staatsstreich begonnen und damit der Rubikon überschritten worden war, wurde weder der Rundfunk besetzt und sofort genutzt, noch wurde Goebbels verhaftet. Der Gedanke, die Konzentrationslager zu besetzen und sich so eine große Zahl entschiedener Gegner des Hitlerregimes zu Hilfe zu holen, kam ihnen nicht.

50. Jahre nach dem 20. Juli 1944 sollte dieser halbherzige Staatsstreich weder überhöht noch abgewertet werden, nicht nach links oder rechts gerückt und nicht erneut vereinseitigt werden. Tatsache bleibt, daß keine deutsche Widerstandsgruppe je so nahe an der Macht war, wie diese am Nachmittag des 20. Juli 1944. Finkers hypothetische Fragestellung fordert jedoch zu Fragen heraus, die zugleich deutlich machen, welche Probleme trotz immenser Literatur zum Thema weiterhin offen sind:

– Wie war der Zustand des deutschen Volkes und wie hätte die deutsche Bevölkerung auf einen erfolgreichen Umsturz reagiert? Wäre angesichts der Hitlerhörigkeit bzw. apathischer Schicksalsergebenheit wirklich eine Initialzündung in Richtung auf progressive Veränderung zu erwarten gewesen? Hätte ein siegreicher Staatsstreich nicht vielmehr auf eine Militärdiktatur abgezielt, ja sie zunächst erfordert?

– Welchen außenpolitischen Spielraum hätte eine aus einem siegreichen Putsch hervorgehende Regierung Goerdeler angesichts der Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation tatsächlich haben können? Wie hätte ihr äußerst geringer Spielraum sich zum Ziel jener geplanten Regierung, gerade eine bedingungslose Kapitulation zu vermei-[75:]den, verhalten? Alle Versuche, die USA und England für die Positionen ihrer Widerstandskreise zu interessieren, waren vergeblich gewesen.

– Auch wenn im deutschen Widerstand 1943 programmatische Dokumente in größerer Zahl entstanden sind, bleibt hinsichtlich der politischen Zukunftsvorstellungen und politischen Positionen der Akteure im Sommer 1944 doch zu fragen, inwieweit die jeweiligen Positionen des Politikers Goerdeler wie die Akzeptanz der Bildung von Gewerkschaften dem gegebenen Kräfteverhältnis geschuldet waren und für eine Regierung Goerdeler keineswegs verbindliche Maxime gewesen wären?

4.4. Probleme der Erforschung des kommunistischen Widerstandes

In der Widerstandshistoriographie der DDR stand der Arbeiterwiderstand, insbesondere der der KPD und der großen von Kommunisten geführten Widerstandsorganisationen, im Vordergrund. Sie konnte sich seit den 50er Jahren und noch mehr seit 1973 auf eine Breitenforschung zur Geschichte des deutschen Widerstandes stützen, die über die Fachhistoriker hinaus in nahezu allen Kreisen Kommissionen zur örtlichen Arbeiterbewegung, Laien- und Hobbyforscher einbezog und einen außerordentlichen Fundus an empirischem Material zu Tage förderte. Olaf Groehler resümiert dazu:

„Im Verlauf von fast 40 Jahren liegt damit hinsichtlich des antifaschistischen Widerstandes eine Literaturfülle vor – und das betrifft gleichermaßen Dokumentationen wie Erinnerungen, wissenschaftliche Monographien oder unzählige Studien –, die im weitesten Sinne noch vielfach gar nicht für eine verallgemeinernde Darstellung des Widerstandes in diesem Teile Deutschlands erschlossen worden sind. Dabei ist ferner in Anschlag zu bringen, daß ein großer Fundus von Material, der seit den 50er Jahren in Form von Namenskarteien, Erinnerungsberichten usw. gesammelt wurde, ebenfalls noch der freien Auswertung durch die Forschung harret.“¹⁷¹

Besonderheiten, Leistungen und Defizite der Widerstandsforschung der DDR hängen unmittelbar mit ihrem Selbstverständnis als antifaschistischer Staat zusammen. Sie berief sich vor allem auf die Traditionen des Widerstandes der Kommunisten, würdigte aber nicht nur diesen, sondern in zunehmendem Maße auch den Widerstand der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, der pazifistischen und demokratischen bürgerlichen [76:] Kräfte, der kirchlichen und konservativen, der aristokratischen und der militärischen Hitlergegner. Von Anfang an waren das Exil und der Widerstandskampf in den Reihen der Partisanen und der alliierten Armeen in die Würdigung eingeschlossen. Demgegenüber blieb deren Erforschung zurück.¹⁷² Historische Forschungen über die faschistische Diktatur schlossen in der DDR zwangsläufig Untersuchungen über den Widerstand ein, es gab es keine „reine NS-Geschichte“. Publikationen zum Widerstand umfaßten über ein Drittel der Veröffentlichungen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Faschismus. Besonders eng war die Erforschung des Widerstandes mit jener der Terrorpolitik und des Terrorapparates verknüpft. Das hatte aber auch zur Folge, daß die Widerstandsforschung die Schwächen und Defizite jener benachbarten Richtung teilte. Niemals zuvor jedoch war in der offiziellen deutschen Historiographie den Opfern ein derartiger Platz eingeräumt worden. Vor allem die großen kommunistisch geführten Widerstandsorganisationen wurden bereits dargestellt¹⁷³, ohne daß dies allerdings zu weiterer, vertiefter Erforschung führte. Dokumentiert wurden die Parteikonferenzen der KPD und ihre Bemühungen um eine wirksame antifaschistische Strategie, die publizistischen Aktivitäten und Flugblätter der KPD, die Verfolgungen und die Widerspiegelung des kommunistischen Widerstandskampfes in den Berichten der Gestapo¹⁷⁴. Über den Widerstand in einzelnen Regionen und Orten gab es zahlreiche Veröffentlichungen.

Die grundlegenden Schwächen dieser Forschung waren politisch bedingt: eine tendenzielle Enthistorisierung und Idealisierung, eine fehlende sozialhistorische Konkretisierung, vor allem aber eine starke Überbewertung des gesellschaftlichen Stellenwertes der Widerstandsaktivitäten der KPD [77:] innerhalb der faschistischen deutschen Gesellschaft. Die berechnete Hervorhebung der Kommunisten, die von Anfang an die Hitlerdiktatur bekämpften und die meisten Opfer brachten, verwandelte

¹⁷¹ Olaf Groehler: Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite, in: Krise- Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, hg. von Rainer Eckert, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Mit einem Nachwort von Jürgen Kocka, Stuttgart 1992, S. 410.

¹⁷² Während dem offiziellen Andenken des antifaschistischen Widerstandskampfes öffentliche Mahnmale errichtet wurden, versäumte die DDR, ein Forschungs- und Dokumentationszentrum zum Widerstandskampf zu schaffen.

¹⁷³ Gerhard Nitzsche: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, Berlin 1957; Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann: Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Thüringen – 1939 bis 1945), Berlin 1957; Ursula Puls: Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf an der Wasserkante während des zweiten Weltkriegs, Berlin 1959; Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig 1943-1945); Luise Kraushaar: Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1936-1942. Robert Uhrig und Genossen, Berlin 1981.

¹⁷⁴ Vgl. Gestapoberichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933-1939, ausgewählt, eingeleitet und bearbeitet von Margot Pikarski und Else Warning, 3 Bde., Berlin 1989.

sich in eine der Forschung abträgliche Abstraktion von den konkreten historischen Bedingungen von Terror und Widerstand und damit auch von deren Widersprüchen und Problemen. Die DDR-Historiographie zur Entwicklung den kommunistischen Parteiorganisationen unter der Nazidiktatur litt unter einer am Staat geschulten obrigkeitlichen Sicht, die der Forschung wesentliche Mängel bescherte. Zum einen wurde die notwendige, unbefangene kritische Untersuchung der tatsächlichen Politik der Parteiführung zunehmend zugunsten einiger Probleme, Widersprüche, Mißerfolge, Machtkämpfe und Fehler weitgehend eliminierenden Sicht zurückgedrängt. An die Stelle des Bemühens um Einsicht und Erfolg ruckte die Darstellung der „richtigen“ Parteilinie mit Prädestinationscharakter, an die Stelle wirklicher Auseinandersetzungen mit Schwächen und Stärken trat die heroisierte Pseudo-Harmonie. Zum anderen wurde selbst kommunistischer Widerstand nur dann als legitim behandelt, wenn er angeblich die vom Zentralkomitee gegebenen Direktiven realisierte und unmittelbar von ihm angeleitet wurde, als wenn nicht unter Bedingungen der Illegalität zwangsläufig die notwendige Selbstständigkeit der Gruppen solches geradezu ausschloß.¹⁷⁵ Dazu wurde ohne Rücksicht auf die Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse die ungebrochene organisatorische Kontinuität einer einheitlichen, zentralen funktionsfähigen Leitung unterstellt, die alle Aktionen der illegalen Parteiorganisationen von oben politisch bestimmt und synchronisiert hätte. Drittens aber ist dieser Sicht zu verdanken, daß alle zwischen der KPD und der Sozialdemokratie angesiedelten sozialistischen Widerstandsgruppen aus der DDR-Forschung ausgeblendet wurden.¹⁷⁶

Aber auch sozialhistorische Untersuchungen des Widerstandes von unten, seiner Einbettung in soziale und Milieuzusammenhänge, seiner [78:] Wirksamkeit auf die Arbeiter blieben sekundär oder wurden weitgehend ausgespart. Eigene Fragestellungen wurden ebensowenig entwickelt wie methodische Instrumentarien, vergleichende Darstellungen fehlen. Die Schwierigkeiten und Probleme für die Widerstandskämpfer nicht nur mit der Gestapo, sondern in ihrem sozialen Umfeld wurden kaum thematisiert, die Wirkungen des kommunistischen Widerstandes auf die deutsche Gesellschaft nicht konkret untersucht, sondern meist überzeichnet. Die DDR-Historiographie war, nach einem Wort von Mallmann, geneigt, „den kommunistischen Widerstand zum klandestinen Siegeszug aufzuwerten.“¹⁷⁷

Die Überschätzung des kommunistischen Widerstandes und seiner Wirkungen, der noch nachträgliche Führungsanspruch der Moskauer KPD-Führung für den Widerstand insgesamt sowie die hochgradige historische Kritiklosigkeit gegenüber der Politik der KPD-Führung schlossen aber keineswegs aus, daß der Widerstand in Deutschland und im Exil, in deutschen Konzentrationslagern und sowjetischen Kriegsgefangenenlagern, von Kommunisten und von nichtkommunistischen Antifaschisten bei allen überzogenen Proportionen im einzelnen von den Historikern insgesamt umfassend untersucht wurde, auch wenn die Problemanalysen dem Umfang des empirischen Materials nicht entsprechen.¹⁷⁸

In der westdeutschen Widerstandsforschung wurde der Arbeiterwiderstand, insbesondere der kommunistische, lange vernachlässigt. Dies hing direkt mit der politischen, juristischen und gesellschaftlichen Ausgrenzung der Kommunisten in der BRD zusammen. Ihre politische und rechtliche Verfemung führte dazu, daß sie aus Wiedergutmachungsleistungen für Haft und Verfolgung ausgegrenzt

¹⁷⁵ Hatte sich die Widerstandsforschung der DDR bis 1962 auf die Darstellung des inneren, in Deutschland illegal geführten kommunistischen Widerstandes konzentriert, so wurde ihr von Walter Ulbricht 1962 vorgeworfen, die führende Rolle des im Moskauer Exil tätigen Zentralkomitees der KPD nicht ausreichend gewürdigt zu haben. Erst mit dem Amtsantritt Honeckers erhielt die Erforschung des Widerstandes in Konzentrationslagern und Haftanstalten Deutschlands wieder eine stärkere Akzentuierung.

¹⁷⁶ So ist z. B. der Wirkungsaspekt bei einer Dokumentation der Flugblätter der KPD weitgehend ausgeklammert. Siehe: Margot Pikarski/Günter Übel: Die KPD lebt. Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf 1933-1945, Berlin 1980.

¹⁷⁷ Klaus-Michael Mallmann: Konsistenz und Zusammenbruch? Profile des kommunistischen Widerstandes 1933-1945, in: Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, hg. von Detlef Schmiechen-Ackermann, Berlin 1997, S. 161.

¹⁷⁸ Vgl. Klaus Mammach: Widerstand 1933-1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Berlin 1984; ders.: Widerstand 1939-1945, Berlin 1987.

wurden, zeitweise galt antifaschistischer Widerstand in der Bundesrepublik als strafverschärfend. Wurde kommunistischer Widerstand überhaupt thematisiert, so erwies sich die spezifische Quellenlage als die Erkenntnis nicht nur beschränkendes, sondern auch deformierendes Moment: Da sich die westdeutsche Forschung lange Zeit allein auf die Polizei- und Justizakten stütze, wurde der polizeilich aufgedeckte Widerstand in Umfang und Protokol-[79:]lierungsweise mit dem Widerstand generell gleichgesetzt. Nun hätte solche Quellenlage niemals dazu gezwungen, auch die Perspektive der Verfolger auf den Widerstand zu übernehmen, doch man unterstellte eine „Allwissenheit der Gestapo“ und nahm deren Berichte kritiklos für bare Münze:

„Daß sie nur ein Ausschnittwissen präsentieren, daß sie ihren eignen Projektionen aufsaßen, daß die einzelnen Stapo-Stellen unter Erfolgszwang standen, darum auch interessengesteuert gegenüber dem vorgesetzten Gestapa agierten und unter dem Motto ‚Alles unter Kontrolle‘ die eigene Effizienz grotesk überzeichneten, sich aber auch nicht scheuten, illegale Gruppen zu erfinden, wenn Stellenkürzungen ins Haus standen – all das wurde in der Regel übersehen. Damit aber unterstellte man dieser Quellengattung nicht nur einen überhöhten Wahrheitsgehalt, man übernahm auch die Polizeiperspektive des Hochverrats, reduzierte Widerstand auf Organisationsdiagramme und die Frage danach, wer ein Flugblatt in welcher Auflage gedruckt hatte und welcher Kurier es zu welcher Anlaufstelle gebracht hatte.“¹⁷⁹

Nicht wenige Forscher übernahmen so mit der Blickverengung auf die Verfolgerinstanzen auch deren Perspektive, ja sie werteten sie dadurch nachträglich noch auf. So bestimmte der Kenntnisstand der Gestapo vielfach noch den Kenntnisstand der westdeutschen Historiographie. Die Gestapo aber bot ein Bild des zerschlagenen Widerstandes. Eine Unterbewertung des kommunistischen Widerstandes durchzieht bis heute leider auch die Werke mancher westdeutschen Historiker, die seiner Ausgrenzung entgegentreten. Im Westen, so urteilt Mallmann, dominierte „die Auffassung, daß das kommunistische Widerstandspotential nach drei Jahren Illegalität ausgeblutet, die 'heroische Phase' des kommunistischen Widerstandes 1935 zu Ende gegangen war“.¹⁸⁰

Erst im Zuge der breiten Erforschung von Regionalgeschichte wurde vor allem seit den 70er Jahren auch der Arbeiterwiderstand, eingeschlossen der kommunistische – zunächst dezentral – einbezogen. Dies erfolgte einmal in der ausdrücklichen Hinwendung zum Arbeiterwiderstand, wie sie beispielhaft Detlef Peukert mit seiner Untersuchung des Widerstands im Ruhrgebiet vollzog¹⁸¹, weiterhin in Spezialuntersuchungen zu einzelnen kommunistischen Organisationen¹⁸² bzw. der Widerstandstätigkeit von [80:] außerhalb der KPD tätigen kommunistischen oder sozialistischen Organisationen und Gruppen¹⁸³, vor allem jedoch eingebettet in die Widerstandsgeschichte einer Region¹⁸⁴ oder Stadt¹⁸⁵, jeweils mit unterschiedlichen Konzepten, Begriffen und Methoden, meist sozial- bzw. alltagsgeschichtlich orientiert.

¹⁷⁹ Mallmann, Profile (FN 177), S. 161.

¹⁸⁰ Ebenda (FN 177).

¹⁸¹ Detlef Peukert: Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945, Frankfurt/Main 1976.

¹⁸² Vgl. Detlef Peukert: Die KPD im Widerstand (FN 157); Beatrix Herlemann: Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Sonn 1986; Hartmut Mehringer: Die KPD in Bay-[80:]ern 1919-1945: Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 5, hg. von Martin Broszat und Hartmut Mehringer, München 1983, S. 1-283.

¹⁸³ Vgl. Karl Hermann Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Erlangen 1970, Kap. III, S. 317-359; Olaf Ihlau: Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Meisenheim 1969; Hanno Drechsler: Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim 1965; Jutta von Freyberg: Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934-1937, Köln 1973.

¹⁸⁴ Vgl. z. B.: Martin Broszat/Eike Frölich: Alltag und Widerstand – Bayern im Nationalsozialismus, München-Zürich 1987.

¹⁸⁵ Vgl. die mehrbändige Serie „Widerstand 1933-1945 – Berlin“, in der sehr detailliert das Spektrum des Widerstands für jeden Stadtbezirk dargestellt wird; Adolf Mirkes/Karl Schild: Zeugnisse: Offenbach 1933-1945. Verfolgung und Widerstand in Stadt und Landkreis Offenbach, Köln 1988; Helmut Beer: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933-1945, Nürnberg 1976; Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, hg. von Erich Matthias und Hermann Weber, Mannheim 1984.

Von den jüngsten Arbeiten zum kommunistischen Widerstand bietet Klaus-Michael Mallmanns Kritik der bundesdeutschen wie der DDR-Geschichtsschreibung gegenwärtig den besten Einblick in deren Stand, Leistungen, Fehler, Schwächen und Desiderata, vor allem, weil er Profil und Entwicklung des kommunistischen Widerstandes selbst einer systematischen Problemanalyse unterzieht¹⁸⁶. Mallmann geht von einem sozialhistorischen Forschungsansatz aus, erschließt die bisher umfangreichste Quellenbasis zum kommunistischen Widerstand und benennt die klärungsbedürftigen Themenkomplexe.¹⁸⁷

[81:] Die Erforschung des kommunistischen Widerstandes band in der DDR große Kapazitäten der Forschung, auch die Arbeiten aus der BRD füllen inzwischen einige Regale. Die Zahl der Veröffentlichungen ließe vermuten, dieser Bereich des Widerstandes gehöre zu den am besten aufgearbeiteten. Doch eine Bilanz der Forschung erweist das Gegenteil: Eine Synopse ist noch nicht möglich, das bisherige Wissen ist fragmentarisch und widersprüchlich, manche wesentliche Fragen wurden noch gar nicht gestellt.

Detlev Peukerts Studie über den kommunistischen Widerstand an Rhein und Ruhr ist bisher die wichtigste westdeutsche Arbeit zu diesem Thema, sie durchbrach die verbreitete Unterschätzung bzw. Ignoranz dieses Sektors des Widerstandes. Doch hinsichtlich seiner hier zu erörternden These, 1935 habe es einen Kollaps der illegalen KPD gegeben und der organisierte kommunistische Widerstand aufgehört, blieb Peukert allzu sehr der Gestapo-Perspektive verhaftet. Aber gerade sie sollte in der BRD meinungsbildend werden.¹⁸⁸ Peukerts Einschätzung, daß die KPD zwischen Herbst 1934 und Frühjahr 1935 in den meisten Bezirken endgültig zerorochen sei, so wendet Mallmann ein, sei empirisch keineswegs abgesichert, und er stellt sie durch zahlreiche widersprechende Befunde in Frage. Mallmann belegt nämlich die Bildung vieler neuer illegaler KPD-Organisationen im Bezirks-, Unterbezirks- und Lokalmaßstab für die Zeit vom Februar 1935 bis zum Kriegsbeginn 1939¹⁸⁹. Für das Saarland speziell stellt Mallmann fest, daß sich hier „trotz zweijähriger nationalsozialistischer Herrschaft, trotz verheerender Niederlage beim Plebiszit am 13. Januar 1935 und trotz der kommunistischen Massenemigration danach ein breitgefächelter Widerstand der verbliebenen KPD-Mitglieder feststellen läßt.“¹⁹⁰ Diese Regenerationsfähigkeit der KPD selbst auf Füh-[82:]rungsebene war die Voraussetzung für die Tätigkeit der großen von Kommunisten geführten Widerstandsgruppen im zweiten Weltkrieg.

Die wichtigsten offenen Probleme bei der weiteren Erforschung von Profil und Dimensionen des kommunistischen Widerstandes sind sozialhistorischer Natur und sie gruppieren sich um den Grundwiderspruch illegaler Arbeit zwischen der aufklärerischen Wirkung nach außen und der Erhaltung der eigenen Organisation. Mallmann resümiert vier Probleme:

1. Das Sozialprofil des kommunistischen Widerstandes sei noch zu konturlos, Lebensgeschichten, Erfahrungshorizonte und Parteitraditionen der illegalen Kämpfer wurden kaum systematisch untersucht. Im Durchschnitt wirkten etwa zehn Prozent der KPD-Mitglieder nach 1933 aktiv im illegalen Kampf mit.

¹⁸⁶ Vgl. Mallmann, Profile (FN 177), S. 160-173; ders.: Kommunistischer Widerstand 1933-1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten, in: Steinbach/Tuchel (FN 7), S. 113-125.

¹⁸⁷ Während der Sammelband von Steinbach/Tuchel (FN 7) für alle übrigen Widerstandskräfte die Geschichte ihrer Aktivitäten umreißt, fehlt dort eine solche Darstellung für den kommunistischen Widerstand. Mallmanns Problemanalyse macht das Fehlen einer Darstellung noch deutlicher.

¹⁸⁸ Peukert postulierte, „daß die 1935 beschlossene Einheitsfrontpolitik den kommunistischen Untergrund destabilisiert habe, weil sie das Eingeständnis der Niederlage bedeutete und damit gewissermaßen den Himmel bisheriger Revolutionserwartungen einrollte, daß also gerade die Korrektur der bislang beflügelnden Illusionen zu einer schweren Vertrauenskrise und zur Weigerung vieler Kommunisten (führte), die nunmehr aussichtslos gewordene Arbeit fortzusetzen“. Mallmann, Profile (FN 177), S. 1162. Mallmann bezieht sich auf Peukert, KPD (FN 157), S. 192.

¹⁸⁹ Mallmann, Profile (FN 177), S. 163 und Quellen in den Fußnoten 24-42.

¹⁹⁰ Ebenda, S. 161, vgl. auch Klaus-Michael Mallmann: Die geschlagenen Sieger. Kommunistischer Widerstand an der Saar und im Exil 1933-1945, in: Gerhard Paul/Klaus Michael Mallmann: Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Widerstand, Bonn 1995.

2. Die politische Kultur des kommunistischen Widerstandes, im einzelnen seine Feindbilder und seine Selbstbilder, seine Deutungs- und Orientierungsmuster sind noch weitgehend unerforscht. Der wirkliche Widerstand der Kommunisten vor Ort war mit den Verlautbarungen des Zentralkomitees nicht identisch und könne daher auch konkret nicht aus ihnen deduziert werden. Die Kommunisten waren anfangs die einzigen organisierten Widerstandskräfte, doch ihre Orientierung von 1933/34 auf einen Massenwiderstand erwies sich als undurchführbar. Nach 1934 verschob sich der Schwerpunkt der illegalen Aktivität von Massenagitation und Massenwiderstand zwangsläufig auf die Erhaltung der eigenen Organisationen. Die außerordentlich opferreiche Offensive der Anfangszeit, die entscheidend nach außen gerichteten Aktivitäten vermochten keinen Massenwiderstand der Arbeiter zu mobilisieren.

3. Genauer untersucht werden muß das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten an der Basis, denn das Verhältnis der Parteiführungen zueinander wurde dort nicht unmittelbar widerspiegelt. Es gab keine chinesische Mauer zwischen den Anhängern beider Arbeiterparteien. In der Illegalität kamen in Hessen und Nordbaden die Bezirksleitungen beider Parteien zu einem Einheitsfrontabkommen, lokal wirkten gemischte Gruppen, es gab im Unterschied zur Parteispitze durchaus kooperationswillige Sozialdemokraten.¹⁹¹

4. Die Aufdeckung des kommunistischen Widerstandes durch die Gestapo einerseits, die Widersprüche seiner Einbettung in die sozialen Lebensverhältnisse der Arbeiter und die Denunziation und Bekämpfung des Arbeiterwiderstandes durch das eigene Milieu bezeichnen einen vierten [83:] Komplex offener Fragen. Die Beibehaltung zentralistischer und hierarchischer Organisationstonnen in der illegalen KPD begünstigte die Einschleusung von Gestapo-Agenten und zu einem noch genauer zu bestimmenden Teil zu deren Zerschlagung beitrug. Doch nicht nur der Terrorapparat der Faschisten machte dem Widerstand zu schaffen. Die Denunziation aus der Arbeiterschaft und die V-Leute in den eigenen Reihen trugen ganz wesentlich dazu bei, den Handlungsspielraum der Widerstandskämpfer einzuschränken. So erwies sich die Einbettung des kommunistischen Widerstandes in die Milieus der Arbeiter sowohl als Stärke wie als Schwäche. Handelt es sich generell um einen Widerstand ohne Volk, so bezieht sich diese Tragik auf die kommunistischen Widerstandskämpfer in besonderer Weise.

5. Politische Vereinnahmung des Widerstands gegen Hitler für eine neue deutsche Großmacht-politik?

Die im gegenwärtigen Deutschland dominierenden Tendenzen des öffentlichen Erinnerns an den 20. Juli 1944 sind in den politischen Reden und publizistischen Verlautbarungen zum 50. Jahrestag des Attentats und zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ablesbar. Gestützt auf Recherchen von Kurt Finker¹⁹² sollen einige signifikante Merkmale dieser politischen Äußerungen zum Widerstand benannt werden.

1. Das politisch gravierendste Merkmal ist zweifellos der massive Versuch, die Kommunisten zu verteufeln und sie nachträglich aus der Geschichte des Widerstands gegen den Hitlerfaschismus auszuschließen. Dabei griff besonders Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, ein Sohn des Attentäters, die ständige Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand an, die das gesamte Spektrum des Widerstandes einschließlich der Kommunisten vorstellt. Die Ausgrenzung der Kommunisten fand Ausdruck in den Reden Kohls, Rühes und weiterer führender Politiker. Solche Angriffe sind aber nicht auf die Vertreter einer konservativen Offensive beschränkt. Ihrem Druck beugen sich auch liberalere Publizisten und Historiker. Selbst manche Historiker, Politiker und Publizisten, die die Einheit des Widerstandes betonen und die Einbeziehung aller Widerstandskräfte in seine Würdigung verteidigen, sind keineswegs immer völlig frei von diskriminierender Ausgrenzung der Kommunisten aus dem Widerstand.

¹⁹¹ Vgl. auch Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Mit einem Vorwort von Wilfried Loth, Darmstadt 1996.

¹⁹² Finker, Nachbetrachtung (FN 2).

2. Sowohl im offiziellen Sprachgebrauch als auch in den Publikationen konservativer, liberaler und auch vieler sozialdemokratischer Autoren [84:] wird der Begriff „Antifaschismus“ vermieden und verfemt. Selbst das Wort wird in ostdeutschen Gedenkstätten etc. getilgt. Die Begründung dafür ist gewöhnlich, „Antifaschismus“ sei „totalitär“ belastet, weil er mit der KPD, mit der „Roten Kapelle“, dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und mit der DDR zusammenhänge. Wenn der Begriff „Antifaschismus“ doch benutzt wird, dann allein in denunziatorischem Sinne, als „verordneter Antifaschismus der DDR“. Es geht bei der Eliminierung aber nicht nur um das Wort, sondern um die Sache. „Deutscher Widerstand“ soll nicht antifaschistisch gewesen sein. Der Kolumnist der FAZ Günther Gillessen schrieb am 10. Juni 1994 in seiner Zeitung: „Mit ‚Antifaschismus‘ war und bleibt auch künftig keine Gemeinsamkeit zwischen dem 20. Juli und dem NKFD, nicht zwischen der Geschichte der Bundesrepublik und jener der DDR, auch nicht zwischen Bundeswehr und ehemaliger NVA herzustellen.“¹⁹³ Wenn diese Bundesrepublik also Widerstand gegen Hitler öffentlich würdigt, so darf er nicht antifaschistisch gewesen sein. „Vor dem antitotalitären Grundmuster wird alles gleich“, schrieb Gunter Hofmann dazu in „Die Zeit“: „Am Ende steht ein großes Ziel: der Traum vom unbefleckten Konservatismus. Deutschland denken, ohne Hitler.“¹⁹⁴

3. Viele Politiker, Publizisten und auch Historiker verschwiegen in ihren öffentlichen Reden zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1944, daß die meisten Offiziere, Juristen und Beamte, die aus dem Nazisystem kamen und am Aufbau der Bundesrepublik, ihrer Verwaltung, Justiz, ihrer Bundeswehr und ihrer Bildungseinrichtungen führend beteiligt waren, die Männer und Frauen des 20. Juli keineswegs als Patrioten ehrten, sondern als Eidbrüchige und Verräter ansahen, die keinen Platz im Traditionsbild der Bundesrepublik besetzen sollten. Von den Wehrmachtsgenerälen, die 1944 die Verschwörer aus der Wehrmacht ausstießen und vor den Volksgerichtshof brachten, hat in der BRD keiner vor Gericht gestanden. 1994 wurde der 20. Juli zum Höhepunkt, ja zum Wendepunkt der deutschen Geschichte erklärt. Helmut Kohl gar ließ entgegen allen Tatsachen den Widerstand jener Frauen und Männer bereits 1933 beginnen, als die meisten Teilnehmer der späteren Verschwörung das Naziregime noch begeistert begrüßt hatten. 1994 aber wurde die Tradition des 20. Juli als Tradition und Vorläufer der von der CDU/CSU regierten Bundesrepublik gefeiert, zur Verherrlichung und Legitimierung der konservativen Kräfte.

[85:] 4. Das perspektivisch vielleicht gefährlichste Moment der Indienstnahme des 20. Juli 1944 aber ist das Bestreben, als Vermächtnis des Widerstandes den Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltmachtstellung zu preisen, wie es Bundesverteidigungsminister Rühe im Hinblick auf „die Rechtmäßigkeit der internationalen Einsätze unserer Bundeswehr“ unternahm: „Der Auftrag der Bundeswehr, ... an internationalen Friedenseinsätzen teilzunehmen, entspricht den Herausforderungen unserer Sicherheitspolitik. Den Einsatz für Frieden, Freiheit und Humanität sind wir auch den Frauen und Männern des Deutschen Widerstandes schuldig, die für diese Werte ihr Leben gaben.“¹⁹⁵

¹⁹³ Günther Gillessen: Aber wofür waren sie? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland vom 10. Juni 1994.

¹⁹⁴ Gunter Hofmann: Links und Rechts. Und Gorazde. In: Die Zeit, 29. April 1994, S. 65.

¹⁹⁵ Volker Rühe: „Aufstand des Gewissens“, in: Das Parlament, 5. August 1994, S. 22

Die Sabotageorganisation von Asbjørn Sunde und der Widerstandskampf der norwegischen Kommunisten

Das Thema kann mehr oder minder umfassend behandelt werden. Ich möchte mich hier in erster Linie auf die Rolle der Wollweber-Organisation im norwegischen Widerstandskampf gegen die deutsche Okkupationsherrschaft 1940-1945 konzentrieren, und – soweit es darum geht – stütze ich mich dabei hauptsächlich auf die leider noch unveröffentlichte Doktorarbeit von Lars Borgersrud.¹ Um die Rolle, die diese Organisation in diesem Zusammenhang gespielt hat, verständlich zu machen, muß ich vorerst allerdings – wenn auch knapp – ein Gesamtbild vom Widerstand in diesem Lande im allgemeinen und des von der Kommunistischen Partei Norwegens (NKP) geführten Widerstandskampfes im besonderen skizzieren.² Deshalb möchte ich zunächst darauf eingehen.

1. Besonderheiten des Widerstandskampfes in Norwegen

Als eine Besonderheit des norwegischen Widerstandes ist festzuhalten, welche Rolle der unbewaffnete, zivile Kampf vor allem in den ersten Jahren spielte. Das ergab sich aus der Besonderheit des deutschen Okkupationsregimes in Norwegen: der norwegischen faschistischen Partei Nasjonal Samling (NS) unter Vidkun Quisling wurde formell die Regierungsverantwortung übertragen – natürlich nicht ohne Einschränkungen und selbstverständlich ohne die reelle Macht zu begrenzen, die in letzter Instanz beim Reichskommissar oder beim Wehrmachtbefehlshaber lag. Aus dieser Position versuchte die NS, die Kontrolle über die wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen zu gewinnen und die Gesellschaft insgesamt nach ihren Vorstellungen umzugestalten.

Damit gewann das Okkupationsregime in Norwegen mehr ideologisches Profil, als es in anderen besetzten westeuropäischen Ländern der Fall war, und das bestimmte dann auch den Charakter des Widerstandes. Dieser war lange vor allem ein Verteidigungskampf gegen das NS-Regime, den verschiedene Teile der Gesellschaft – die Sportverbände, das Oberste Gericht, die Kirche, die Lehrerschaft etc. – in unterschiedlichen Formen zivilen Ungehorsams führten.

Ein Kampf gegen die Nutzung norwegischer Ressourcen durch die deutsche Okkupationsmacht für strategische und kriegswirtschaftliche Ziele lag demgegenüber lange außerhalb des Blickfeldes dieser nach und nach völlig durchorganisierten Widerstandsfront, in der zudem die Tendenz dominierte, militärischen Widerstand als ungeeignet für Norwegen anzusehen – jedenfalls als ungeeignet unter den obwaltenden Umständen.

Zwar formierte sich beizeiten auch eine militärische Widerstandsorganisation, die Milorg, deren Leitung sich allerdings erst 1943 operativ voll dem norwegischen Oberkommando in London und damit letztlich dem Oberkommando der Streitkräfte der Alliierten unterordnete. Für unmittelbare militärische Kampfmaßnahmen gegen die Okkupationsmacht war die Milorg nicht zu haben. Ihre Parole lautete „Bereitsein ist alles“, d.h. die im Untergrund formierten Streitkräfte sollten erst im Fall einer alliierten Invasion in Norwegen in Aktion treten. Und selbst dieser vorsichtige Kurs wurde von der Leitung des zivilen Widerstands nicht akzeptiert, die die geplante Erhebung hinter der deutschen Front noch im Februar 1943 als „Kinderkreuzzug“ bezeichnete und ablehnte.³

¹ Lars Borgersrud: Wollweberorganisasjonen i Norge. Doktoravhandling i historie ved Universitetet i Oslo 1994/95 (Ms). Jan v. Flocken und Michael Scholz informieren in ihrer Biographie (Ernst Wollweber. Saboteur – Minister – Unperson, Berlin 1994) vor allem über Wollweber selbst, jedoch journalistisch in der Form, zudem mit vielen Fehlern, Ungenauigkeiten und unüberprüften Behauptungen.

² Eine kurze Darstellung der Grundzüge des Widerstands und der Kollaboration in Norwegen findet sich bei Terje Halvorsen: Zwischen London und Berlin: Widerstand und Kollaboration in Norwegen 1940-1945, in: Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, hg. von Robert Sohn, Jürgen Elvert, Hain Rebas und Michael Salewski, Stuttgart 1991. Dort auch ausführlichere bibliographische Hinweise.

³ Halvorsen, Zwischen London und Berlin, S. 348.

Die britische Special Operations Executive (SOE) mißbilligte den vorsichtigen Kurs der Milorg und versuchte insbesondere im Jahre 1942, als die Alliierten vorübergehend die Möglichkeit einer Invasion in Norwegen ins Auge faßten, eigene Gruppen im Lande aufzubauen. Das führte zur Konkurrenz mit der Milorg, deren Angehörige von der SOE nicht selten nochmals rekrutiert, auf diese Weise verunsichert, enttarnt [88:] und verfolgt wurden. Die Folge war unter anderem der „zivile Ausnahmezustand“ in Trondheim mit 34 Hinrichtungen im Oktober 1942. Die damit aufkommende Konfrontation zu norwegischen Instanzen – und die schwindende Perspektive für eine Invasion – veranlaßte die SOE, ihre Organisation nach und nach wieder abzuwickeln und die Milorg von 1943 an mit Instruktoren und Ausrüstungen zu unterstützen.

Die angeführte Besonderheit des Okkupationsregimes trug allerdings auch dazu bei, daß der norwegische Widerstand von den traditionellen Machteliten weitaus stärker unterstützt und wesentlich stärker beherrscht wurde, als es z. B. in Frankreich oder Dänemark der Fall war, wo die Machteliten bekanntlich eine realpolitisch motivierte Kollaboration betrieben. In Norwegen war Reichskommissar Josef Terboven in den Verhandlungen über die Einsetzung einer neuen Regierung – eines „Reichsrates“ – die er mit den Mitgliedern des Präsidiums des Stortings und anderen Repräsentanten der Machteliten eingeleitet hatte – auf ausgeprägte Kompromißbereitschaft gestoßen. Danach hätte in Norwegen auch eine politische Kollaboration wie beispielsweise in Dänemark zustande kommen können, selbst wenn sie angesichts der Existenz des Königs und der Regierung im Londoner Exil wesentlich umstrittener gewesen wäre. Lediglich Hitlers Forderung nach einer starken Stellung der NS in einer solchen Regierung brachte die Verhandlungen zum Scheitern. Das Ende September 1940 errichtete NS-Regime, in dem Quisling vorerst noch im Hintergrund agierte, blockierte danach mit seinem Machtanspruch jede derartige Entwicklung. Dadurch gewann die Widerstandsfront in Norwegen von vornherein eine solche Breite, d.h. sie wurde so allgemein, daß – wiederum im Unterschied zu den beiden genannten Ländern – eine organisierte Zusammenarbeit mit den Kommunisten für sie nicht erforderlich schien.

2. Die norwegischen Kommunisten im Widerstandskampf

Anders als beispielsweise in Dänemark und Frankreich wurden die Kommunisten in Norwegen deshalb niemals in eine allgemeine Widerstandsbewegung und deren Führungsgremien integriert, und deshalb mußte die NKP ihren eigenen separaten Widerstandskampf führen. Die Partei vertrat zwar seit Herbst 1941 eine Linie, die auf die Bildung einer nationalen Front hinauslief – also auf ein vorläufiges Bündnis der Arbeiterklasse mit der eigenen Bourgeoisie gerichtet war –, doch wurde sie dafür weder benötigt, noch war sie z. B. bei dem mit ihr rivalisierenden sozialdemokratischen Teil der Widerstandsfront als Partner erwünscht, noch fand sie Akzeptanz mit ihren Vorstellungen vom Widerstandskampf, auf die ich gleich eingehen werde.

[89:] Wie andere kommunistische Parteien beschränkte sich die NKP, so lange der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag in Kraft war, auf politischen und ideologischen Widerstand gegen die Okkupationsmacht und das norwegische NS-Regime.⁴ Seit Ende 1941 aber führte die NKP unter ihrem neuen Generalsekretär Peder Furubotn eine Kampagne, die die Aufmerksamkeit der Widerstandsfront auf die Nutzung der Ressourcen des Landes durch die deutsche Okkupationsmacht richten sollte. Nicht nur defensiver ideologischer Widerstand gegen die NS, sondern aktiver Widerstand in Form von Partisanenkampf und Sabotagekrieg unmittelbar gegen die Okkupationsmacht – und nicht erst bei einer Invasion, war ihre Forderung. Und da diese Forderung vom übrigen Widerstand nicht akzeptiert wurde, versuchte die Partei, diese Vorstellung auf eigene Faust durchzusetzen.

Auf diese Weise trug die NKP zweifellos dazu bei, daß der allgemeine Widerstand seine Linie alsbald aufgab – wenngleich erst mit den Aktionen von 1943 und 1944 gegen die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht für die Okkupationsmacht und dann auch mit den systematisch durchgeführten

⁴ Siehe Terje Halvorsen: Die kommunistischen Parteien Europas im zweiten Jahr des deutsch-sowjetischen Paktes am Beispiel Norwegens und Frankreichs. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995, Bertin 1995; ausführlicher ders., Mellom Moskva og Berlin. Norges Kommunistiske Parti under ikkeangrepspakten mellom Sovjet-Unionen og Tyskland 1939-1941, Oslo 1996.

Sabotageaktionen der Milorg im letzten Dreivierteljahr des Krieges – in dem allein im Gebiet der Hauptstadt weit über 100 Sabotageakte erfolgten. Der Stimmungswandel, den die Kampagne und die Aktionen der Kommunisten bewirkt hatten, und ihre Rolle als Konkurrenten im Widerstandskampf traten während der großen deutschen Truppentransporte aus Nordnorwegen, die der Räumung Finnlands im September 1944 folgten, deutlich in Erscheinung. Die Eisenbahn war der Milorg von den norwegischen und alliierten Befehlsstellen noch nicht zur Sabotage freigegeben worden, und die Führung der nichtkommunistischen Widerstandsbewegung beklagte sich im November darüber:

„Wir befürchten, daß der Grund dafür ist, daß die Regierung und FO (Forsvarets Overkommando – Oberkommando der norwegischen Streitkräfte, T. H.) den Eindruck haben, wir zuhause fürchteten solche Aktionen, die Repressalien nach sich ziehen können. So verhielt es sich vielleicht noch vor ein oder zwei Jahren, aber heute nicht mehr ... Die Aktivisten in der Heimat werden es nicht verstehen können, wenn die Räu-[90:]mung Nordnorwegens glattgeht ... Der Anschluß an die Kommunisten wird zunehmen.“⁵

Die Freigabe erfolgte denn auch, und von Dezember 1944 an wurde die Eisenbahn ein wichtiges Sabotageziel auch für die Milorg. Doch als es endlich soweit war, hatte die NKP sich mit ihrer Forderung schon längst mit dem allgemeinen Widerstand zerstritten und immer weiter isoliert. Die Anfang 1944 von ihr erhobene Forderung nach einem einheitlichen Führungsorgan für den Widerstandskampf – einem „Freiheitsrat“ nach dänischem Muster – wurde zurückgewiesen, führte jedoch im Zusammenhang mit dem militanten Kurs der Partei dazu, daß die Leitungen des zivilen Widerstands und der Milorg ihre internen Unstimmigkeiten beilegten, zueinander fanden und schließlich eine gemeinsame „Heimatfrontführung“ (HL- Hjemmefrontens Ledelse) – ohne Kommunisten – etablierten.

Die NKP trat also gleichzeitig als – allerdings illegale – politische Partei und als Widerstandsorganisation in Erscheinung. Berücksichtigt man ihre geringe Größe – ca. 3.000 Mitglieder in Partei und Jugendverband und weniger als zwei Prozent Anteil an den Wählerstimmen bei den Kommunalwahlen von 1937 –, dann gab es in Norwegen keine andere Partei, die vergleichbare Opfer im Widerstandskampf erbrachte. Magne Skodvin, der Nestor der norwegischen Okkupationszeithistoriker, attestierte ihr 1969: „Eine Sache ist über jedem Zweifel erhaben: daß die Kommunisten ... eine ungewöhnliche, gut ausgebaute und effektive Organisation hatten und sich trotz schrecklicher Verluste nicht unterkriegen ließen!“⁶ Daß es der Partei gelang, ihre Aktivitäten nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch noch zu erweitern, verdankte sie der Rekrutierung einer bedeutenden Zahl kampfbereiter Jugendlicher, die insbesondere aus dem sozialdemokratischen Jugendverband kamen. Ihr Überlaufen zu den Kommunisten war ein zusätzliches Motiv für die Weigerung der Sozialdemokraten, die Kommunisten zur Leitung des Widerstands zuzulassen, in der sie selbst übrigens nur die zweite Geige spielten und die Bürgerlichen den Ton angaben.

An der Spitze der NKP stand eine zentrale Leitung, die sich seit 1942 in verschiedenen Orten des norwegischen Hochgebirges gut genug verbergen und allen Verfolgungen durch die Okkupationsmacht entgehen konnte – zuletzt der großen Operation „Almenrauschen“ im Juni 1944. Sie verfügte über eine annähernd reguläre Parteiorganisation – mit Bezirks-[91:] und (im Gebiet der Hauptstadt auch) Kreisleitungen sowie Grundorganisationen, Gruppen und – last not least – Zirkeln, in denen das Studium des Marxismus-Leninismus mit großem Eifer betrieben wurde. Im Gebiet der Hauptstadt existierten gegen Ende des Krieges immerhin fast 300 solcher Studienzirkel.⁷

Außerdem errichtete die Partei eine Reihe sogenannter Apparate, die teils unter Frauen und Jugendlichen arbeiten sollten, teils spezielle Aufgaben im Widerstandskampf erfüllten. Von den letzteren waren die wichtigsten:

⁵ Halvorsen, Zwischen London und Berlin, S. 351-352.

⁶ Im Programm des Norwegischen Rundfunks am 19. September 1969, zit. nach Friheten, Nr. 36 (22.-27. September) 1969.

⁷ Der Verfasser stützt sich auf eigene, nicht veröffentlichte Studien über die NKP 1941-1945, die die Grundlage für eine zusammenfassende Darstellung bilden. Zur Organisation der NKP siehe: Knut E. Eriksen/Terje Halvorsen: Frigøring, (= Norge i Krig, hg. Magne Skodvin, Bd. 8), Oslo 1987, S. 120-122.

Erstens der **Flüchtlingsapparat**: Die NKP verfügte damit über eine der größten und effektivsten Organisationen für die Fluchthilfe ins neutrale Schweden, die nicht zuletzt während der großen Aktionen gegen die norwegischen Juden im Oktober/November 1942 wesentlich dazu beitrug, daß etwa die Hälfte von ihnen in Sicherheit gebracht werden konnte. Im Bereich der Fluchthilfe kooperierte die NKP mit den anderen Widerstandsorganisationen – auf der „Flüchtlingsbörse“ in Oslo wurden Flüchtlinge von denjenigen Organisationen übernommen, die jeweils gerade über freie Kapazitäten verfügten. Die Möglichkeiten zur Flucht, die sich angesichts der 1.600 km langen Grenze zu Schweden eröffneten, schufen eine Ursache dafür, daß die norwegische Widerstandsbewegung ihre personellen Verluste relativ gering halten konnte.

Zweitens der **Presseapparat**: Über ihn gab die NKP – mit einer Auflage von jeweils ca. 20.000 Exemplaren – einige der am weitesten verbreiteten und drucktechnisch besten illegalen Zeitungen heraus. Die Parteiorganisation, die in Oslo auf Betriebszellenbasis arbeitete, und das Netz der Studienzirkel setzten sowohl die Verteilung als auch die Spendensammlung effektiv ins Werk.

Drittens der **Militär- und Sabotageapparat**: Die von der Partei seit 1942 mobilisierten militärischen Gruppen gingen allerdings seit Ende des Jahres in der Milorg auf, teils als Ergebnis der Einheitsbestrebungen an der Basis und teils in der von der NKP gehegten Erwartung, auf diese Weise nicht nur an die aus Großbritannien gelieferten Waffen und Ausrüstungen zu gelangen, sondern auch den Kurs der Milorg zu beeinflussen und eine stärkere militante Richtung zu geben. Letzteres schlug indessen fehl – die Milorgleitung konnte sich die volle Kontrolle sichern, in den Arbeitervier-[92:]teln Oslos allerdings erst nach einem erbitterten Streit um die Hegemonie mit den Exponenten der NKP im ersten Halbjahr 1943. Spätestens von da an ist für die NKP de facto nur vom Sabotageapparat zu sprechen.

Dieser Sabotageapparat bildet schon insofern eine Ausnahme, als er nicht wie die anderen Apparate gewissermaßen aus dem Boden gestampft werden mußte. Nicht daß die Partei etwa schon vor dem Kriege einen derartigen Apparat besessen hätte, aber in Norwegen gab es im Unterschied zu anderen Ländern noch den intakten Apparat der Wollweber-Organisation.

3. Die Wollweber-Organisation

Die laut Lars Borgersrud 1935 errichtete und der geheimdienstlichen „Abteilung für Sonderaufgaben“ des NKWD unterstellte „Organisation zum Kampf gegen Faschismus und Krieg und zur Verteidigung der Sowjetunion“ ist später weithin unter dem Namen des Mannes bekannt geworden, der sie aufgebaut und geleitet hat – der KPD-Funktionär, Gewerkschaftsführer und Reichstagsabgeordnete Ernst Wollweber (1898-1967). In den Hafenstädten des nordeuropäischen Festlands, d. h. in Belgien und den Niederlanden, in Skandinavien, Finnland und den baltischen Staaten formierte er Sabotagegruppen, die sich zunächst vor allem aus Seeleuten und Hafenarbeitern rekrutierten. Spanienkämpfer kamen nach und nach dazu. Seit 1936 leitete Wollweber die Organisation illegal von Oslo aus, wo er mit seiner norwegischen Ehefrau wohnte.

Im Prinzip hatte die Wollweber-Organisation mit den kommunistischen Parteien nichts zu tun, auch wenn deren Existenz einigen wenigen Spitzenfunktionären bekannt war. Kommunisten, die sich der Organisation anschlossen, waren zwar verpflichtet, aus der Partei auszutreten, bewahrten jedoch ihre politische Einstellung. Und es war auch nicht zu umgehen, daß sie von Zeit zu Zeit auch Parteimitglieder einbezogen, um ihre Aufträge zu erfüllen. Das konnte allerdings zu ernststen Konflikten mit den Parteien führen, deren politische Glaubwürdigkeit, ja sogar legale Existenz davon abhing, ob sie mit einem derartigen „Terrorismus“ verbunden waren. Das war 1938 vor allem in Dänemark der Fall, als die Polizei nach einem versuchten Sabotageanschlag gegen einige für Franco-Spanien bestimmte Trawler einen Teil der Organisation aufdeckte. Die Führung der NKP distanzierte sich öffentlich von der Aktion und verpflichtete die Mitglieder, an deren Aufklärung mitzuwirken! Auch die schwedische [93:] Partei sah sich – wenngleich mehr taktisch motiviert – 1941 zu einer ähnlichen Distanzierung gezwungen.⁸

⁸ Vgl. Kurt Jacobsen: Aksel Larsen. En politisk biografi, København (Kopenhagen) 1993, S. 202-203, und Borgersrud, Wollweberorganisasjonen, S. 432-433.

In den Jahren 1937-38 verübte die Organisation mindestens 23 Sabotageanschläge gegen Schiffe aus Deutschland, Italien, Japan und Franco-Spanien, 1938 – nach einer polnisch-sowjetischen Kontroverse – auch einen gegen ein polnisches Schiff. Danach wurden diese Aktivitäten vorerst eingestellt. Erst gegen Ende des Winterkrieges zwischen der Sowjetunion und Finnland im März 1940 wurde versucht, wiederum zwei Sabotageanschläge auszuführen: gegen die finnische Eisenbahn.⁹ Die offizielle deutsche Note vom 22. Juni 1941, die den Angriff auf die Sowjetunion rechtfertigen sollte, verzeichnete explizit die Sabotageanschläge der Wollweber-Organisation gegen deutsche Schiffe als einen Beweggrund.¹⁰

Wie Borgersrud en détail nachweist, setzte 1937 eine intime Zusammenarbeit zwischen der deutschen Polizei, und zwar der in erster Linie zuständigen Stapoleitstelle Hamburg, Abteilung II N, und den Polizeinstanzen der anderen Länder ein, in denen die Wollweber-Organisation operierte. Informationen, Personenbeschreibungen und Beweismaterialien wurden ausgetauscht und bi- und multilaterale Polizeikonferenzen veranstaltet. Vom 14. bis 19. September 1938 fanden beispielsweise größere derartige Konferenzen in Hamburg und Berlin statt, auf denen Polizeibeamte der drei skandinavischen Staaten und der Niederlande mit Vertretern der Gestapo über die Koordination der Ermittlungen gegen die Schiffssabotage diskutierten, die als gemeinsames Verbrechen definiert wurde.¹¹ Besonders eng arbeitete die Gestapo mit der dänischen und mit der schwedischen Polizei zusammen, und das setzte sich auch nach der deutschen Besetzung Norwegens und Dänemarks fort. In Norwegen sowie in Belgien und den Niederlanden, die nur wenig später okkupiert wurden, übernahm die Gestapo die Ermittlungen selbst.

Bereits 1938 gelang es, Teile der Organisation aufzudecken – so vermochte die dänische Polizei Wollweber als ihren Leiter auszumachen. Und bis zum Herbst 1941 konnten auch Polizeikräfte anderer Länder die die Wollweber-Organisation in ihren Ländern außer Gefecht setzen, insbesondere durch Einsatz von Agenten – mit Ausnahme Norwegens.

[94:] Wollweber hatte nach dem deutschen Überfall vom April 1940 Oslo verlassen und im Mai 1940 die Flucht nach Schweden angetreten, wo er wegen Paßfälschung verhaftet worden war. Dort hatte die Polizei bereits im Februar 1940 bei einer Razzia gegen die schwedischen Kommunisten seinen nächsten Mitarbeiter in Skandinavien, den Norweger Martin Hjelman, festnehmen können. Hjelman war im Januar 1941 nach Norwegen ausgeliefert und dort sofort von der Gestapo übernommen worden, die ihn nach Deutschland bringen ließ, wo er später hingerichtet wurde. In Belgien und den Niederlanden hatte die Wollweber-Organisation schon im Herbst 1940 endgültig ausgespielt, und die Zusammenarbeit der Polizeien Skandinaviens unter Einschluß der Gestapo führte zu Aktionen, die sie im Laufe des ersten Halbjahrs 1941 auch in Schweden und Dänemark vernichteten.

Allein in Norwegen existierten die Wollweber-Organisation und ihre Sprengstofflager noch. Darüber verfügte der Seemann, Spanienkämpfer – dort als Saboteur ausgebildet und eingesetzt – und Hjelman-Nachfolger Asbjörn Sunde. Für die Fortexistenz der Gruppen in Südnorwegen, d. h. in Oslo und Bergen, gab es Ursachen: die norwegische Sicherheitspolizei (Overvåkingspoliti) war kleiner und weniger aktiv als die in den Nachbarstaaten, die Wollweber-Organisation hatte lediglich eine einzige Aktion von einem norwegischen Hafen aus gestartet und war deshalb weniger exponiert, kein einziger Überläufer meldete sich als potentieller Agent, und die Gestapo hielt die Ermittlungen in anderen Ländern für vorrangig. Später kam noch der Kompetenzstreit zwischen der Stapoleitstelle Hamburg und der Gestapo in Oslo dazu.

4. Die Sabotagetätigkeit der „Gruppe Osvald“

Schon im Juli 1941 – gleich nach Barbarossa – startete die Organisation die ersten Sabotageaktionen gegen Eisenbahnstrecken in und um Oslo. Deshalb war es für die NKP nur natürlich, die Zusammenarbeit mit dieser Organisation zu suchen, statt eine ganz neue Sabotageorganisation aus dem Boden zu stampfen.

⁹ Aktionsübersicht als Anlage bei Borgersrud, Wollweberorganisasjonen, S. 867-868.

¹⁰ Vgl. v. Flocken/Scholz, Ernst Wollweber, S. 100.

¹¹ Borgersrud, Wollweberorganisasjonen, S. 211-214.

Nach allem, was wir wissen, war Norwegen also das einzige Land, in dem die Wollweber-Organisation weiterhin intakt geblieben war und im Sommer 1941 operativ tätig wurde. Asbjørn Sunde – Deckname „Osvald“ – baute diese Organisation noch aus. Sie wurde später oft „Gruppe Osvald“ genannt. Sunde leitete ihre Tätigkeit teils von konspirativ genutzten Wohnungen in Oslo aus, teils von seinem in der Einöde der Wald- und Gebirgsregion in Ostnorwegen gelegenen Hauptquartier. Aus der hier konzentrierten Kerntruppe wurden jeweils kleinere Aktionstrupps gebildet und [95:] ausgesandt. Die Mitgliederzahl der Gruppe belief sich 1941 auf 48 und 1944 auf 65. Berücksichtigt man den Apparat, der Hilfe und Unterstützung leistete, so verdoppeln sich diese Zahlen.¹²

Sunde selbst konnte nie gefaßt werden, obwohl ein hoher Preis für seine Ergreifung ausgesetzt wurde und er mehrmals in eine sehr gefährliche Situation geriet. So konnte er, als die Deutschen im Mai 1944 sein Hauptquartier einkreisten, das sich damals in einem Waldgebiet ca. 120 km nördlich von Oslo befand, zusammen mit seiner Frau und seinem zehnjährigen Sohn unbeschadet entkommen. Aber Freunde und Kampfgefährten fielen im Verlaufe der drei Jahre den Verfolgern in die Hände, darunter auch sein Bruder Haakon. Mit ihm kamen insgesamt 35 Angehörige der Gruppe ums Leben, doch Sunde glückte es, ihre Reihen immer wieder mit neuen Kämpfern aufzufüllen.

Von Juli 1941 bis November 1944 führte die „Gruppe Osvald“ wahrscheinlich an die 120 Aktionen durch- bestätigt sind bisher 109.¹³ Zumeist waren es Sabotageanschläge gegen die Eisenbahn sowie auch gegen Industriebetriebe, Energieanlagen, Treibstofflager und andere Depots. Es gab aber auch die Liquidation von Personen, und es müssen auch die vier bis fünf Überfälle auf Banken genannt werden, die 1944 unternommen wurden, um die Organisation finanzieren zu können.

Sensationell wirkten besonders fünf Aktionen. Im Februar 1942, als Quisling in einer pompösen Veranstaltung zum „Ministerpräsidenten“ gemacht wurde, markierte die Gruppe ihre Existenz erstmals in aller Öffentlichkeit mit Bombenanschlägen gegen die beiden großen Bahnhöfe der Hauptstadt. Die zweite dieser spektakulären Aktionen erfolgte im August 1942: Bei einem Sprengstoffanschlag auf das Hauptquartier der Staatspolizei des Quisling-Regimes wurde einer der für die Verfolgung des Widerstandes zuständigen Stapo-Offiziere getötet. Die dritte richtete sich im April 1943 gegen das Arbeitsamt der Hauptstadt: von einem LKW aus warfen Sunde und andere Molotow-Cocktails durch die Fenster des Gebäudes und zerstörten damit die zentrale Arbeitskräftekartei. Der Plan dafür stammte von Sunde, der in diesem Fall einen Auftrag der Milorg besorgte. Als vierte Aktion ist der Sprengstoffanschlag auf einen deutschen Truppentransportzug in der Nähe von Drammen im Oktober 1943 zu nennen, auf den die Okkupationsmacht mit der Verhaftung von über 60 und der Erschießung fünf norwegischer Geiseln reagierte. Eine fünfte große Aktion unternahm die Gruppe im Mai 1944 mit einem Spreng-[96:]stoffanschlag auf die Transformatorenfabrik Per Kure AS in Oslo, der in den „Meldungen aus Norwegen“ als „einer der schwersten Anschläge seit der Besetzung“ gegen die kriegswichtige Industrie des Landes charakterisiert wurde.¹⁴

Von besonderem Interesse ist hier, daß die Führung des übrigen Widerstands die zweite und die vierte Aktion, also die gegen das Stapo-Hauptquartier und die gegen den deutschen Truppentransport, scharf verurteilt und als verantwortungslose Handlungen bezeichnet hat. Nach der Aktion gegen das Stapo-Hauptquartier wandte sie sich sogar an die Exilregierung in London, um den Ministerpräsidenten zu einer entsprechenden Rundfunckerklärung gegen solche „terroristischen Anschläge“ zu veranlassen. „Der Kampf der norwegischen Heimatfront muß notwendigerweise waffenlos sein, und alle Versuche, die Mittel des Gegners anzuwenden, schwächen uns nur selber“, hieß es in einer illegalen Zeitung, die der Leitung des zivilen Widerstands nahestand.¹⁵ Die gegensätzlichen Auffassungen vom Widerstand traten damit in aller Deutlichkeit zutage.

Auch die erwähnte Aktion im Oktober 1943 verschärfte das Klima zwischen der Führung der Heimatfront und den Kommunisten, insbesondere weil die NKP ihr eine große Propagandakampagne für

¹² Ebenda, S. 357 und 659.

¹³ Ebenda, S. 868-872.

¹⁴ Meldungen aus Norwegen, Nr. 69, 11. Juni 1944, S. 27.

¹⁵ Fri Fagbevegelse, Nr. 32 (29.08.) 1942.

die Sabotagekriegführung in der illegalen Presse anschloß. „Diejenigen, die den deutschen Terror als Schreckbeispiel benutzen, um den nationalen Widerstand gegen die Unterdrücker zu verhindern, sind nichts und können nichts anderes sein als die Helfer des Feindes ...“, schrieb beispielsweise ihr Hauptorgan im Februar 1944.¹⁶

In der Tat war die „Gruppe Osvald“ die einzige Organisation, die innerhalb des besetzten Landes über drei Jahre lang – vom Sommer 1941 bis zum Sommer 1944 – kontinuierlich Sabotage betrieb. Die Milorg dagegen unternahm bis zum Sommer 1944 Sabotageaktionen nur ausnahmsweise zur Unterstützung des zivilen Ungehorsams. Und ansonsten wurde Sabotage – wie die Aktion gegen die Schwerwassererzeugung in Rjukan 1943/44 – nur von Norwegern ausgeführt, die der SOE angehörten und von Großbritannien aus per Schiff oder Flugzeug ins Land gebracht wurden. Nach Ausführung ihres Auftrages kehrten sie normalerweise auch wieder nach Großbritannien zurück. Erst im letzten Kriegsjahr kamen sie [97:] in größerer Zahl als Instrukteure oder als operative Saboteure für die Milorg wieder.

Zwei Fragen sind im Zusammenhang mit der Sunde-Gruppe näher zu erörtern: War sie eine reine Fortführung der Wollweber-Organisation? Wie war ihr Verhältnis zur NKP? Es ist klar, daß die neuen Rahmenbedingungen, die mit „Barbarossa“ entstanden, die Unterstützung des Kampfes der Sowjetunion mit dem Kampf für die Befreiung Norwegens in der Praxis zusammenfallen ließen. Sowohl sozial als auch politisch konnte die Gruppe sich nunmehr aus weiteren Kreisen der Bevölkerung rekrutieren – eine ausgeprägt prokommunistische oder prosowjetische Einstellung mußte nicht mehr gefordert werden (aber eine in dieser Hinsicht negative Haltung wäre auch nicht denkbar gewesen). Und es kam zu einer umfassenden Rekrutierung neuer Kämpfer. Die Gruppen, die operativ von Sunde geleitet wurden, wuchsen wie erwähnt von 48 Mitgliedern 1941 auf 65 im Herbst 1944, obwohl 35 Mitglieder in der Zwischenzeit gefallen oder hingerichtet worden waren.

Aber dasselbe könnte für die NKP gesagt werden, ohne daß es irgendeinen Grund gäbe, die Tatsache anzufechten, daß sie als Partei geblieben war, wie sie vor dem Kriege existiert hatte. Borgersrud legt das Schwergewicht seiner Argumentation darauf, daß die Wollweber-Organisation fortgesetzt existierte: als die Sabotageanschläge 1941 begannen, waren es die „alten“ Mitglieder und die „alte“ Führung unter Sunde, die in Aktion trat. Sunde selbst, der von Hjelmén eingesetzt und von Wollweber anerkannt worden war, behielt die Leitung die ganze Zeit hindurch in der Hand und bestimmte autoritativ in allen entscheidenden Fragen. Ebensovichtig ist die Tatsache, daß Sunde sich weiterhin als dem NKWD unterstellt ansah. Nachdem Wollweber ausgefallen war, bemühte er sich selber um die Herstellung einer direkten Verbindung. Diese führte nunmehr zur Zoya Rybkina (geb. Vozkresenskaja) in der sowjetischen Gesandtschaft in Stockholm. Borgersrud macht plausibel, daß die Aktionen 1941 auf direkte Anweisung oder zumindest indirekte Richtlinien des NKWD wiederaufgenommen wurden. Und es ist auch klar, daß Sunde die Tätigkeit der Gruppe im Herbst 1944 auf direkte Weisung des NKWD (seit 1942: KGB) einstellte und die Gruppe selbst auflöste.¹⁷

Die NKP konzentrierte sich zunächst auf den Aufbau der bereits erwähnten militärischen Kampfgruppen. Soweit es jedoch um Sabotage ging, lag es für sie nahe, die Zusammenarbeit mit der schon existierenden Sunde-Gruppe zu suchen.

[98:] Vorübergehend – von Herbst 1942 bis Februar 1944 – fungierte die „Gruppe Osvald“ auch als Sabotageorganisation der NKP und Sunde als Sabotageführer der Partei. In dieser Zeit führte Sunde eine Reihe von Kursen durch, um neue Saboteure aus den Reihen der Partei auszubilden und sie für seine Gruppe zu rekrutieren. Als er die Zusammenarbeit mit der Parteiführung im Februar 1944 einstellte, mußte die NKP im Gebiet der Hauptstadt eine neue, eigene Sabotageorganisation aufbauen, die im Herbst 1944 unter der Führung des Parteiaktivisten Ragnar Sollie (Deckname „Pelle“) ihre Tätigkeit zu entfalten begann. Sie verübte die bedeutendste Sabotageaktion der Okkupationszeit in Oslo, als sie im November 1944 fünf deutsche Schiffe samt Kran- und Kaianlagen im Hafen zerstörte.

¹⁶ Alt for Norge, Nr. 2, 1944. Vgl. Halvorsen, Zwischen London und Berlin, S. 348-349.

¹⁷ Borgersrud, Wollweberorganisasjonen, S. 398-402 und 616-618.

Beim Bruch zwischen Sunde und der Parteiführung blieben einige Sabotagegruppen, die er lediglich ausgebildet, jedoch nicht operativ geführt hatte, der NKP treu. Dazu gehörte die Sabotagegruppe in Bergen, die von dem Wollweber-Mann und Spanienkämpfer Norman Iversen geleitet wurde. Diese Gruppe befand sich insofern in einer einzigartigen Situation, als sie eine Zeitlang sowohl mit Sunde als auch mit der Partei und zudem noch mit der SOE und mit der Milorg zusammenarbeitete.

Für den Bruch zwischen Sunde und der Parteiführung waren mehrere Ursachen maßgebend. So meinte Sunde, daß die NKP ihn zu wenig unterstützen würde, während die politischen Führer der Partei darüber klagten, daß Sunde keinerlei Verständnis für andere Aufgaben als die Sabotagetätigkeit hätte. Entscheidend war nach Auffassung Borgersruds jedoch die Forderung der Parteiführung, daß Sundes Organisation sich ihrer Kontrolle unterzuordnen hätte. Und das konnte und wollte Sunde nicht akzeptieren. Er behielt sich die ganze Zeit über Handlungsfreiheit vor – und arbeitete zeitweilig auch mit anderen Widerstandskräften zusammen. Vor allem aber war er als Leiter der Wollweber-Organisation anderen Instanzen als der NKP untergeordnet.

Obwohl Sunde seine Gruppe selbständig führen mußte und nur sporadisch Kontakt zur sowjetischen Gesandtschaft in Stockholm hatte – ein 1943 geliefertes Sendegerät konnte niemals funktionstüchtig gemacht werden –, war das Unterstellungsverhältnis prinzipiell klar. Als Sunde nach dem Bruch mit der Parteiführung in die Isolation geriet, wandte er sich denn auch mit der Bitte um Waffen und Ausrüstungen an die Gesandtschaft in Stockholm. Diese Bitte wurde jedoch abgeschlagen, stattdessen erhielt er die Weisung, die Organisation aufzulösen und ihre Mitglieder in die Polizeitruppen zu überführen, die in Schweden aus norwegischen Flüchtlingen rekrutiert wurden.

[99:] Sunde wickelte deshalb im Spätsommer 1944 fast die gesamte Organisation ab und verhielt sich seit Herbst 1944 völlig passiv, während die UdSSR-Gesandtschaft in Stockholm nach Moskau meldete, daß die Weisung ausgeführt wurde. Damit fand die Tätigkeit der Wollweber-Organisation in Norwegen ihren Abschluß. Behauptungen und Gerüchte über eine Fortsetzung ihrer Sabotageaktivitäten nach dem Kriege – wiederum unter Wollwebers Führung – hat Borgersrud als unbegründete Spekulationen von Antikommunisten während des Kalten Krieges zurückgewiesen.¹⁸

Es ist über die Gründe spekuliert worden, die den KGB veranlaßt haben könnten, der Sunde-Gruppe die Einstellung der Sabotagen zu einem Zeitpunkt zu befehlen, da die Milorg endlich damit begann. Geschah das, um nach dem Kriege eine Organisation in Bereitschaft zu haben? Dagegen spricht, wie Borgersrud meint, die Tatsache, daß Sunde angewiesen wurde, die Gruppe aufzulösen. Er möchte den Befehl deshalb als eine Bestätigung dafür ansehen, daß die Sowjetunion Südnorwegen als ein primär britisches Einflußgebiet ansah und keine Komplikationen riskieren wollte, den ein umfangreicher Versorgungsdienst für die Sunde-Gruppe mit sich bringen mußte. Dem kann die Frage hinzugefügt werden, ob eine solche Versorgung zu jener Zeit praktisch überhaupt möglich gewesen wäre. Man muß daran erinnern, daß Sunde von regelmäßiger Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Waffen, Sprengstoff, Tabak, Alkohol und nicht zuletzt Geld abhängig war. Das war für ihn ein wichtiges Motiv gewesen, die Zusammenarbeit nicht nur mit der NKP, sondern zeitweise auch mit der Milorg und anderen Widerstandsorganisationen einzugehen. Die Serie der Banküberfälle nach dem Bruch mit der NKP löste die Probleme nur vorübergehend und machte die Gruppe vielerorts unpopulär.

Spekulationen darüber, daß sowjetischerseits beabsichtigt worden sei, die in Schweden formierten norwegischen Polizeitruppen zu „infiltrieren“, wirken auch nicht besonders glaubwürdig. Es ist nur schwer zu verstehen, wie die 30-40 Männer, die Sunde nach Schweden beorderte, einen nennenswerten Einfluß auf eine Streitmacht von 13.000 Mann nehmen könnten, die unter einem festen militärischen Kommando standen. Zusammenfassend können wir sagen, daß das fortgesetzte Wirken der Wollweber-Organisation als „Gruppe Osvald“ ein wichtiger Teil des kommunistischen Widerstands im okkupierten Norwegen gewesen ist. Die kommunistische Grundeinstellung ihres Führers und seiner nächsten Mitarbeiter – sowie vieler Mitglieder – läßt diese Aussage auch für jene Perio-[100:]

¹⁸ Ebenda, del II, beispielsweise S. 854-865.

den plausibel erscheinen, in denen die Gruppe nicht formell an die NKP gebunden war. Der wichtigste Beitrag der Gruppe zum norwegischen Widerstandskampf bestand wie gesagt darin, drei Jahre hindurch teils in eigener Regie, teils für andere Auftraggeber als einzige Sabotageorganisation fungiert zu haben. Außerdem trug sie mit ihren Aktionen, so umstritten sie auch gewesen sein mochten, zu einem Stimmungswandel bei und damit zur Verschärfung des Kampfes, der die Sabotage im Sommer 1944 zu einem wichtigen Element auch für den nichtkommunistischen Widerstand in Norwegen werden ließ. „Sunde gab ein Beispiel,“ schrieb später ein Historiker über den Anschlag vom April 1943 auf das Arbeitsamt in Oslo¹⁹, im Jahr darauf folgte die Milorg mit entsprechenden Aktionen.

Die Organisation war schon während des Krieges umstritten, und sie wurde es danach wieder. In Norwegen bewirkte 1954 ein Gerichtsurteil, das Asbjørn Sunde der Spionage für die Sowjetunion beschuldigte, daß er bei allen Jubiläen des Widerstandes zur Unperson gemacht wurde – und selbst sein Ersuchen um Zahlung von Kriegsrente wurde abgeschlagen. Auch die Medaille für die Teilnahme am Widerstandskampf wurde ihm verweigert.

Erst im Zusammenhang mit den Feiern zum 50. Jahrestag der Befreiung Norwegens im Mai 1995 – zehn Jahre nach seinem Tod – erfuhr Sunde de facto eine Rehabilitation, als eine Gedenktafel für die Gefallenen der „Gruppe Osvald“ am Hauptbahnhof in Oslo enthüllt wurde. Darauf wurden sie allerdings lediglich als Angehörige der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet – was übrigens auch stimmt –, während Wollweber und die Wollweber-Organisation namentlich weder auf der Tafel noch in der feierlichen Ansprache erwähnt werden konnten. Nichtsdestoweniger war die Enthüllung dieser Gedenktafel ein wichtiger Schritt auf dem Wege von der Stigmatisierung zur Anerkennung für den langwierigen antifaschistischen Kampf dieser Organisation, den ihre wenigen noch lebenden Mitglieder als Satisfaktion empfunden haben.

Übersetzung aus dem Norwegischen: Flitz Petliek

¹⁹ Sverre Kjeldstadli: Hjemmestyrkene. Hovedtrekk av den militære motstanden under okkupasjonen, Oslo 1959, S. 280-281.

Zum 65. Geburtstag von Dr. Günther Wieland am 16. April 1996 veröffentlichen wir nachfolgende

Bibliographie der wissenschaftlichen Publikationen von Günther Wieland

Zusammengestellt von Margarete Piesche

Monographien (Autor)

1. Das war der Volksgerichtshof. Ermittlungen, Fakten, Dokumente. Berlin: Staatsven., 1989. 217 S.
2. Der Jahrhundertprozeß von Nürnberg. Nazi- und Kriegsverbrecher vor Gericht. Berlin: Staatsverl., 1986. 158 S. (Recht in unserer Zeit; 70)

Monographien (Koautor)

3. u. Joachim S. Hohmann: MfS-Operationsvorgang „Teufel“, „Euthanasie“-Arzt Otto Hebold vor Gericht. Berlin: Metropol-Verl., 1996. 319 S.
4. u. Klaus Drobisch: System der Konzentrationslager 1933-1939. Berlin: Akademie-Verl., 1993. 371 S.

Beiträge in wissenschaftlichen Sammelbänden

5. Der Beitrag der deutschen Justiz zur Ahndung der in den besetzten Gebieten verübten NS-Verbrechen. In: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945. Bd. 8: Analysen, Quellen, Register / Hg. vom Bundesarchiv. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr. Heidelberg: Hüthig-Verl., 1996. S. 344-409.
6. Deutsch-deutscher Rechtsverkehr 1945-1990. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996, hg. von Werner Röhr und Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 367-384.
7. Die Nürnberger Prinzipien im Spiegel von Gesetzgebung und Spruchpraxis sozialistischer Staaten. In: Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den [102:] Nürnberger Prozessen / Hg. von Gerd Hankel u. Gerhard Stuby. Hamburg: Hamburger Edition, 1995. S. 98-123.
8. Die deutsch-deutschen Rechtsbeziehungen zur Ahndung von NS-Verbrechen zwischen Mauerbau und Wiedervereinigung. In: Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag / Hg. von Helge Grabitz; Klaus Bästlein; Johannes Tuchel. Berlin: Verl. Edition Henrich, 1994. S. 386-407. (Reihe deutsche Vergangenheit; 112)
9. Der sowjetische Sachsenhausenprozeß 1947. In: Sachsenhausen bei Berlin, Speziallager Nr. 7 (1945-1950). Kassiber, Dokumente und Studien / Hg. von Günter Agde. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verl., 1994. S. 234-251.
10. Der Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik zur Ahndung der Nazi-Justizverbrechen. In: Justiz und Nationalismus. Bewältigt – Verdrängt – Vergessen / Hg. von Julius H. Schoeps u. Horst Hillermann. Stuttgart; Bonn: Burg-Verl., 1987. S. 32-54.
11. Die internationale Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Naziverbrechen. In: Politik als Verbrechen. 40 Jahre „Nürnberger Prozesse“ / Hg. von Martin Hirsch, Norman Paech, Gerhard Stuby. Hamburg: VSA-Verl., 1986. S. 120-125.
12. Besonderheiten der Strafverfahren zur Ahndung von Nazi-Justizverbrechen. In: Recht, Justiz und Faschismus. Nach 1933 und heute / Hg. von Helmut D. Fangmann u. Norman Paech. Köln: presse-Verl., Ralf Theuer, 1984. S. 94-99.
13. Die justitielle Verfolgung des an sowjetischen Kriegsgefangenen im faschistischen Konzentrationslager Buchenwald verübten Massenmordes. In: Die Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes im Konzentrationslager Buchenwald und die Verbreitung seiner Lehren in der DDR

– Ergebnisse, Erfahrungen, Perspektiven. Materialien eines wissenschaftlichen Kolloquiums der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald und der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora vom 9./10. Oktober 1984 / Red.komm. Walter Bartel [u. a.]. T. 2. Weimar-Buchenwald: Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, 1984. S. 9-17. (Buchenwaldhefte; 21)

14. Die aktuelle Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Verfolgung des Nazi-Völkermordes. In: Internationale Wissenschaftliche Session zum Thema Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit in Polen und Europa 1939-1945 = Miedzynarodowa Sesja Naukowa nt. Hitlerowskie Ludobojstwo w Polsce i Europie 1939-[103:]1945 / Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce. Warszawa, 1983. in getr. Z., S. 1-7.

15. Der Beitrag der DDR zur völkerrechtsgemäßen Ahndung der in der Nazizeit unter dem Deckmantel der Medizin verübten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In: Medizin im Faschismus. Symposium über das Schicksal der Medizin in der Zeit des Faschismus in Deutschland 1933-1945. Protokoll / Hg. von Achim Thom u. Horst Spaar. Berlin: Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR, 1983. S. 308-319.

Artikel in Zeitschriften und Periodika

16. Zwischen Konfrontation und Kooperation – der Rechtsverkehr beider deutscher Staaten bei der Ahndung von NS-Verbrechen. In: Zeitgeschichte, Wien, 20 (1993) 11/12, S. 403-418.

17. Die Ahndung von NS-Verbrechen in Ostdeutschland 1945-1990. In: Neue Justiz, Berlin, 45 (1991) 2, S. 49-53.

18. Verfolgung von Verbrechen der Nazi-Justiz – ein dringendes Gebot. In: Neue Justiz, Berlin, 39 (1985) 1, S. 14-16.

19. und Ingo Rösler. Vor 50 Jahren: Bildung des faschistischen Volksgerichtshofs. In: Staat und Recht, Berlin, 33 (1984) 7, S. 589-594.

20. Die Ahndung der Verbrechen der Volksgerichtshof-Juristen. Ein zwingendes Gebot des Völkerrechts und der Gerechtigkeit. In: Archivmitteilungen, Berlin, 33 (1983) 2, S. 51-54.

21. Die aktuelle Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Naziverbrechen (Zum Fall Barbie). In: Neue Justiz, Berlin, 37 (1983) 8, S. 309-312.

22. Der Reichstagsbrandprozeß und die Schaffung des Volksgerichtshofs. In: Neue Justiz, Berlin, 37 (1983) 10, S. 394-395.

23. Die normativen Grundlagen der Schutzhaft in Hitlerdeutschland. In: Jahrbuch für Geschichte, Berlin, 26 (1982), S. 75-102.

24. Rechtshilfe der DDR bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In: Neue Justiz, Berlin, 36 (1982) 7, S. 298-301.

25. Die Rolle der Justiz im Nazistaat In: Neue Justiz, Berlin, 34 (1980) 9, S. 409-413.

26. Zur Verfolgung der an Kindern verübten Naziverbrechen. In: Neue Justiz, Berlin, 33 (1979) 6, S. 244-245.

27. Zusammenwirken von Justiz und KZ-System in der Nazizeit. In: Neue Justiz, Berlin, 33 (1979) 11, S. 492-496, 498.

[104:]

Rezensionen (Auswahl)

28. Recht und Rechtslehre im Nationalsozialismus. Ringvorlesung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel / Hg. von Franz Jürgen Säcker. (Kieler rechtswissenschaftliche Abhandlungen: N. F.; 1). Rez. in: Neue Justiz, Berlin, 47 (1993) 3, S. 121.

29. Bredemeier, Karsten: Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich. Ausgewählte Beispiele. Baden-Baden: Nomos Verl.ges., 1991. Rez. in: Neue Justiz, Berlin, 46 (1992) 5, S. 210.
30. Wüllner, Fritz: Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung. Ein grundlegender Forschungsbericht. Baden-Baden: Nomos Verl.ges., 1991. Rez. in: Neue Justiz, Berlin, 46 (1992) 8, S. 356.
31. Müller, Ingo: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. München: Kindler, 1987. Rez. in: Neue Justiz, Berlin, 42 (1988) 1, S. 30-31 (mit Horst Luther).
32. Rabofsky, Eduard; Oberkofler, Gerhard: Verborgene Wurzeln der NS-Justiz. Strafrechtliche Rüstung für 2 Weltkriege. Wien [u. a.]: Europa-Verl., 1985. Rez. in: Neue Justiz, Berlin, 39 (1985), S. 371-372.
33. Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942 / Hg. von Kurt Pätzold. Leipzig: Reclam Verl., 1983. (Reclams Universal-Bibliothek; 1008). Rez. in: Neue Justiz, Berlin, 38 (1984), S. 383-384.

[105:]

Zum 65. Geburtstag von Professor Dr. sc. phil. Paul Heider am 31. Dezember 1996 veröffentlichen wir nachfolgende

Bibliographie der wissenschaftlichen Publikationen von Paul Heider

Zusammengestellt von Margarete Piesche

Monographien

1. Militärische Traditionen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Streitkräfte. Eine Studie zu Problemen der Entstehung, Entwicklung und Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR. Dresden: Militärakademie „Friedrich Engels“, 1979. 91 S. (Schriften der Militärakademie „Friedrich Engels“, Bd. 168).
2. Militärische Traditionen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Streitkräfte. Eine Studie zu Problemen der Entstehung, Entwicklung und Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR. Diss. B, Dresden: Militärakademie „Friedrich Engels“, 1978. XI, 253 Bl. Habilitationsschrift.
3. Antifaschistischer Kampf und revolutionäre Militärpolitik. Zur Militärpolitik der KPD von 1933 bis 1939 im Kampf gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Berlin: Militärverl. der DDR, 1976. 311 S. (Militärhistorische Studien: N. F.; 17)
4. Die Militärpolitik der KPD von 1933-1939 im Kampf gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung. Diss. Militärakademie „Friedrich Engels“, Dresden, 1968. XIX, 357 gez. Bl., 285 gez. Bl.

Herausgebertätigkeit / Beiträge in Sammelbänden

5. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Antihitlerbündnis oder Koalition für ein demokratisches Deutschland?. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 323-336.

[106:] 6. Der Bolschewismus – eine Hauptlinie im prosowjetischen Rußlandbild deutscher Kommunisten und Antifaschisten. In: Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Leipzig: Rosa-Luxemburg Verein / Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft, 1995. S. 269-279.

7. Deutschland nach Hitler. Überlegungen im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und im Bund Deutscher Offiziere. In: Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller / Hg. von Ernst Willi Hansen, Gerhard Schreiber, Bernd Wegner. München: Oldenbourg Verl., 1995. S. 347-367.

8. Das NKFD und der BDO in der Historiographie der DDR und die „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“. In: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere / Hg. von Gerd R. Ueberschär. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verl., 1995. S. 161-181.

9. „Nicht Feind, nicht Gegner, sondern Partner.“ Zum Transformationsprozeß der Nationalen Volksarmee auf dem Weg in die deutsche Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. In: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit / Hg. von Bruno Thoß. München: Oldenbourg Verl., 1995. S. 419-442.

10. Zum Rußlandbild im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und dem Bund Deutscher Offiziere. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich / Hg. von Hans-Erich Volkmann. Köln; Weimar; Wien: Böhlau Verl., 1994. S. 165-199.

11. Gedanken zum Antifaschismus in der Geschichte der DDR. In: 1933-1993. Fragen an die deutsche Geschichte; Fragen an Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland. Jena: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft, 1993. S. 159-164.
12. Der totale Krieg. Seine Vorbereitung durch Reichswehr und Wehrmacht. In: Der Weg der deutschen Eliten in den 2. Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation / Hg. von Ludwig Nestler in Verbindung mit Paul Heider [u. a.]. Berlin: Akademie-Verl., 1990. S. 35-80.
13. Der Weg der deutschen Eliten in den 2. Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation / Hg. von Ludwig Nestler in Verbindung mit Paul Heider [u. a.]. Berlin: Akademie-Verl., 1990. 383 S.
- [107:] 14. Geschichte der Militärpolitik der KPD (1918-1945) / Autorenkoll.: Paul Heider (Leiter). Berlin: Militärverlag der DDR, 1987. 450 S. Schriften des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR).
15. Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale über militärpolitische Erfordernisse des Friedenskampfes. In: Im Kampf um dauerhaften Frieden und historischen Fortschritt. Zum 50. Jahrestag des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands / Wiss. Red.: Erwin Lewin; Rolf Otto; Helmut Steinbach. Berlin: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1986. S. 75-80. (Thematische Information und Dokumentation; R. B:54).
16. Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte. Berlin: Militärverlag der DDR, 1985 (Mitglied der Hauptredaktion, Autor).
17. Militärisches Erbe im geistigen Leben des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Wissenschaftliches Erbe im kulturellen Leben der sozialistischen Gesellschaft der DDR. Halle/Saale: Universität Halle-Wittenberg, 1979. S. 66-79. (Arbeitsblätter zu Wissenschaftsgeschichte; 3).
18. Lebendige Tradition. Lebensbilder deutscher Kommunisten und Antifaschisten. Halbbd. 1-2 / Hg. von einem Autorenkoll. unter Leitung von Paul Heider. Berlin: Militärverlag der DDR, 1974. 321 S.; 287 S.
19. Pasaremos. Deutsche Antifaschisten im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes. Bilder – Dokumente – Erinnerungen. Berlin: Militärverlag der DDR., 1968 u. 1970 (Mitglied des Autorenkollektivs).
20. und Horst Kühne: Das antifaschistisch-demokratische Militärprogramm der KPD und der Kampf der deutschen Interbrigadisten in Spanien. In: 1917-1945. Neue Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Forschung und Lehre / Wiss. Red.: Karl Drechsler u. a. Berlin: Akademie-Verl., 1965, S. 121-129.

Artikel in Zeitschriften und Periodika

21. Die NVA im Herbst 1989. Zu ihrer Haltung während der revolutionären Umwälzung und ihr innerer Wandel auf dem Weg zur deutschen Einheit. In: Utopie kreativ, Berlin, (1995) 54, S. 47-63.
22. Nationalkomitee „Freies Deutschland“ – Antihitlerbündnis oder Koalition für ein demokratisches Deutschland? In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 35 (1993) 4, S. 13-30.
23. Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und des Bundes Deutscher Offiziere – alleiniges Verdienst der Führung der KPD [108:] oder sowjetischer Entschluß? In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 34 (1992) 3, S. 4-28.
24. Stalingrad – sinnloses Kämpfen und Sterben einer Armee. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 34 (1992) 3, S. 33-48.
25. Neue Anforderungen an die Militärgeschichtsschreibung. In: Militärgeschichte, Berlin, 29 (1990) 1, S. 3-7.

26. Streitkräfte – Faschismus – Kriegsvorbereitung. In: Militärgeschichte, Berlin, 29 (1990) 1, S. 67-77.
27. Militärisches Denken und Handeln gegen die Weimarer Republik. In: Militärgeschichte, Berlin, 28 (1989) 6, S. 592-595.
28. u. Lakowski, Richard: Theorie vom totalen Krieg. Blitzkriegskonzeption und Wehrmacht in Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges. In: Militärgeschichte, Berlin, 28 (1989) 4, S. 291-300.
29. Der totale Krieg – seine Vorbereitung durch Reichswehr und Wehrmacht. In: Revue internationale militaire, Potsdam, 71 (1989), S. 22-43.
30. Zur Überwindung der faschistisch-militaristischen Ideologie unter Führung der KPD/SED in der sowjetische besetzten Zone 1945/46. In: Militärgeschichte, Berlin, 25 (1986) 1.
31. Der 8. Mai mahnt – nie wieder Krieg von deutschem Boden. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 27 (1985) 2, S. 147-160.
32. Erbe und Tradition der DDR aus militärhistorischer Sicht. In: Militärgeschichte, Berlin, 24 (1985) 1, S. 73-76.
33. Internationalistische Militärpolitik der KPD zur Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistische Aggressionen. In: Militärgeschichte, Berlin, 21 (1982) 5, S. 541-546.
34. Internationalistische Militärpolitik der KPD zur Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistische Aggressionen. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, Berlin, (1982) 3, S. 51-55.
35. Der Kampf der KPD für die Antifaschistische Aktion. In: Einheit, Berlin, 37 (1982) 6, S. 634-640.
36. Probleme der Militärpolitik der Kommunistischen Partei Deutschlands (1919-1945). In: Militärgeschichte, Berlin, 21 (1982) 1, S. 5-28.
37. Militärische Traditionen im geistigen Leben des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, Berlin, (1979) 1/2, S. 149-163.
- [109:] 38. Der Beginn einer neuen Etappe der Militärpolitik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Zum 60. Jahrestag der Gründung der KPD. In: Militärwesen, Berlin, 22 (1978) 11, S. 3-10.
39. Militärgeschichte und lebendige Bewahrung der revolutionären Traditionen in der Klassenaussensetzung unserer Zeit. In: Militärgeschichte, Berlin, 14 (1975) 4, S. 389-400.
40. Der Internationalismus in der Militärpolitik der KPD im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, 21 (1973) 11, S. 1342-1351.
41. Die Stellung der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Armee in der Zeit der Weimarer Republik und während der faschistischen Diktatur. T. 1-2. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin, 10 (1971) 1, S. 20-33; 2, S. 148-163.
42. u. Jäntsche, Roland: Proletarische Wehrorganisation gegen Faschismus- und Kriegsgefahr. In: Einheit, Berlin, 24 (1969) 5, S. 579-591.
43. Zum Kampf der KPD gegen die Kriegsvorbereitungen des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin, 8 (1969) 5, S. 517-536.
44. Probleme der Militärpolitik und des Militärprogramms der KPD in den Jahren 1935 bis 1939. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin, 7 (1968) 3, S. 277-293.
45. Militärpolitische Probleme des Kampfes der KPD von 1933 bis zur Brüsseler Parteikonferenz. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin, 6 (1967) 4, S. 432-444.

46. Über den Massenselbstschutz in der ersten Etappe der Antifaschistischen Aktion (Mai bis August 1932). In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin, 3 (1964), S. 58-72.

Rezensionen

47. Deserteure der Wehrmacht. Feiglinge – Opfer – Hoffnungsträger? Dokumentation eines Wandels / Hg. von Wolfram Wette. Essen: Klartext Verl., 1995. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, 44 (1996) 4, S. 373-375.

48. Franz, Walter; Dürr, Tobias; Schmidtke Klaus: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Bonn: Dietz Verl., 1993. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, (1996) 1, S. 116-118.

49. Buddrus, Michael: Die Organisation „Dienst für Deutschland“. Arbeitsdienst und Militarisierung in der DDR. München: Juventa Verl., 1994. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, (1995) 3, S. 124-125.

[110:] 50. Geschichte und Transformation des SED-Staates / Hg. von Klaus Schröder. Berlin: Akademie-Verl., 1994. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, (1995) 2, S. 109-112.

51. „Nach Hitler kommen wir“ / Hg. von Peter Erler, Horst Laude, Manfred Wilke. Berlin: Akademie-Verl., 1994. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, (1995) 2, S. 109-112.

52. Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht / Hg. von Wolfram Wette, Gerd R. Ueberschär. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verl., 1992. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, (1995) 3, S. 122-124.

53. Kaufmann, Bernd; Reisener, Eckard; Schwips, Dieter u. Walter, Henry: Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937. Berlin: Dietz Verl., 1992. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, (1994) 4, S. 111-113.

54. Stalingrad. Ereignis – Wirkung – Symbol / Hg. von Jürgen Förster. München; Zürich: Pieper, 1992. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, (1994) 1, S. 106-108.

55. Wette, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf: Droste, 1987. In: Militärgeschichte, Berlin, 28 (1989) 2, S. 275-276.

56. Wimmer, Ruth; Wimmer, Walter: Friedenszeugnisse aus vier Jahrtausenden. Berlin: Urania-Verl., 1987. In: Militärgeschichte, Berlin, 27 (1988), S. 305-306.

57. Butterwegge, Christoph; Hofschien, Heinz-Gert: Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation. Heilbronn: Distel Verl., 1984. In: Militärgeschichte, Berlin, 26 (1987) 1, S. 80.

58. Schumann, Rosemarie: Amsterdam 1932. Der Weltkongreß gegen den imperialistischen Krieg. Berlin: Dietz Verl., 1985. In: Militärgeschichte, Berlin, 26 (1987) 3, S. 278.

59. Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der KPD in der Provinz Brandenburg 1939-1945. Teil 1 u. 2. Potsdam: Märkische Volksstimme, 1985. In: Militärgeschichte, Berlin, 25 (1986) 6, S. 567.

60. Benser, Günter: Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945). Berlin: Dietz Verl., 1985. In: Militärgeschichte, Berlin 25 (1986) 2, S. 179-180 (mit Richard Lakowski u. Erhard Moritz).

61. Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd. 6 / Hg. von Wolfgang Schumann u. Olaf Groehler. Berlin: Akademie-Verl., 1985. In: Beiträge [111:] zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 28 (1986) 5, S. 704-706.

62. Das Deutsche Reich und der zweite Weltkrieg / Hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Bd. 1-4. Stuttgart: Deutsche Verl. Anstalt, 1979, 1983, 1984. In: Militärgeschichte, Berlin, 25 (1986) 3, S. 273-277 (mit Richard Lakowski u. Erhard Moritz).

63. Kühnlich, Heinz: Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933 bis 1945. Berlin: Dietz Verl., 1983. In: Militärgeschichte, Berlin, 25 (1986) 6, S. 565-566.
64. Der zweite Weltkrieg 1933-1945. Kurze Geschichte. Berlin: Dietz Verl., 1985. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 28 (1986) 2, S. 273-275.
65. Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd. 5 / Hg. von Wolfgang Schumann u. Olaf Groehler. Berlin: Akademie-Verl., 1984. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 27 (1985) 1, S. 126-127.
66. Mammach, Klaus: Widerstand 1933-1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration. Berlin: Akademie-Verl., 1984. In: Militärgeschichte, Berlin, 24 (1985) 2, S. 178-179.
67. Finker, Kurt: Geschichte des Roten Frontkämpferbundes. Berlin: Dietz Verl., 1981. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 24 (1982) 4, S. 619-620
68. Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd. 2 / Hg. von Karl Drechsler. Berlin: Akademie-Verl., 1976. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 19 (1977) 2, S. 321-323 (bespr. 2. Aufl.).
69. Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd. 1 / Hg. von Gerhart Hass. Berlin: Akademie-Verl., 1974. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 18 (1976) 1, S. 163-165.
70. Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar-1. Februar 1939) / Hg. von Klaus Mammach. Berlin: Dietz Verl., 1974. In: Militärgeschichte, Berlin, 15 (1974) 6, S. 740-742.
71. Mammach, Klaus: Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939. Berlin: Dietz Verl., 1974. In: Militärgeschichte, Berlin, 13 (1974) 6, S. 742-744.
72. Kießling, Wolfgang: Ernst Schneller. Lebensbild eines Revolutionärs. 2. überarb. Aufl. Berlin: Dietz Verl., 1972. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 15 (1973) 2, S. 347-349.
73. Lucas, Eberhard: Märzrevolution im Ruhrgebiet. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand. Bd. 1: März-April 1920. Frankfurt/M.: März-Verl., 1970. In: Militärgeschichte, Berlin, 11 (1972) 1, S. 109-113.
- [112:] 74. Pieck, Wilhelm: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. 5: Februar 1933 bis August 1939. Berlin: Dietz Verl., 1972. In: Militärgeschichte, Berlin, 11 (1972) 6, S. 730-733.
75. Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe / Hg. von Luise Kraushaar (u. a.). Bd. 1-2. Berlin: Dietz Verl., 1970. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin, 10 (1971) 1, S. 114-117.
76. Laschitzka, Horst: Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD. Berlin: Dt. Militär-Verl., 1969. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin, 9 (1970) 2, S. 330-332.
77. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4: Von 1924 bis Januar 1933. Berlin: Dietz Verl., 1966. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin, 5 (1966), S. 739-745.
78. Vogelsang, Thilo: Reichwehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst., 1962. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin, 4 (1965), S. 104-107.

Berichte

79. Deutsche Widerstandskämpfer in den Reihen der Alliierten. In: Bulletin / Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Berlin, (1996) 6, S. 77-79.

80. „Im Bunde mit dem Feind. Deutsche auf alliierter Seite“. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Berlin, 32 (1996) 1, S. 136-137.
81. Konferenz zum Thema „Kapitulation und Befreiung“. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Berlin, 31 (1995) 1, S. 148-149.
82. Rote Kapelle. Ein Porträt der Widerstandsgruppe um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen. Ausstellungsbericht In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, 41 (1993) 2, S. 145.
83. Leonhard, Wolfgang: Spurensuche. 40 Jahre nach „Die Revolution entläßt ihre Kinder“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, (1993) 2, S. 132-134.
84. und Glaser, Günter u. Schmidt, Dorothea: XV. Internationaler Historikerkongreß in Bukarest. In: Militärgeschichte, Berlin, 20 (1981) 2, S. 225-229.